



Geschäftsbericht 2018

1. Prolog des Regierungspräsidenten	3
2. Berichte der Staatskanzlei und der Departemente	6
1. Staatskanzlei	6
2. Volkswirtschaftsdepartement	12
3. Departement des Innern	18
4. Bildungsdepartement	24
5. Finanzdepartement	32
6. Baudepartement	38
7. Sicherheits- und Justizdepartement	44
8. Gesundheitsdepartement	50
3. Aussenbeziehungen	56
4. Regierungscontrolling	60
5. Antrag	82

Titelbild

Mit der IT-Bildungsoffensive wird gezielt in alle Bildungsstufen investiert, damit die Chancen der St. Galler Bevölkerung und Wirtschaft steigen, zu den Gewinnern der Digitalisierung zu gehören.

Prolog des Regierungspräsidenten

Liebe Leserinnen und Leser

Das Jahr 2018 stand ganz im Zeichen der Innovation. Seit mehreren Jahren ist Innovation in aller Munde und omnipräsent. Die Innovation ist zentraler Antriebsmotor unserer Wirtschaft und unserer Wohlfahrt. Sie schlägt sich nieder in neuen Ideen für Verfahren und Dienstleistungen sowie deren gewinnbringende Anwendung in der Praxis. Vor allem die lokalen Unternehmen leisten hier einen relevanten Beitrag. Innovationen entstehen auch durch das erfolgreiche Zusammenwirken von Aus- und Weiterbildung und grundlegender und angewandter Forschung und Entwicklung sowie durch ein Miteinander von Wirtschaft und staatlichen Instanzen. Genau dies ist im Kanton St. Gallen im Berichtsjahr gelungen. Dank unvoreingenommener und intensiver Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Departementen sowie zwischen Regierung und Kantonsrat sind Grundlagen und Rahmenbedingungen geschaffen worden, welche die Innovationskraft unseres Kantons stärken. Dies wird dem Kanton in den nächsten Jahren zusätzliche Dynamik verleihen und den Fachkräftemangel in zentralen Bereichen deutlich vermindern.

Grosse Zustimmung zum Joint Medical Master St. Gallen

Im Juni hat die Stimmbevölkerung des Kantons St. Gallen mit einem überaus deutlichen Ja ein neues Ausbildungsangebot für Ärztinnen und Ärzte, den Joint Medical Master St. Gallen, gutgeheissen. Mit dem Joint Medical Master St. Gallen wird ein modernes und innovatives Angebot geschaffen, das dem Fachkräftemangel im Gesundheitswesen in der Ostschweiz entgegenwirkt. Das neue Angebot ist eine wirkungsvolle Investition in die Zukunft, schliesst eine Lücke im Bildungsangebot und stärkt den Bildungsplatz St. Gallen sowie die medizinische Versorgung in der ganzen Ostschweiz. Dank der eigenen Bildungsstätte an Universität und Kantonsspital St. Gallen verbleiben zukünftig Ausbildungsbeiträge für Ärzte im Kanton, was wiederum den Forschungsbereich begünstigt.

Fit für die digitale Zukunft

Eine weitere Grundlage, um für die Anforderungen der Zukunft gewappnet zu sein, hat die St. Galler Regierung im Zusammenspiel mit dem Kantonsrat mit der IT-Bildungsoffensive geschaffen. In einem breit abgestützten Prozess konnte ein Investitionsvorhaben mit nationalem Vorbildcharakter geschaffen und dem St. Galler Stimmvolk vorgelegt werden. Mit der IT-Bildungsoffensive wird gezielt in alle Bildungsstufen investiert, damit die Chancen der St. Galler Bevölkerung und Wirtschaft steigen, zu den Gewinnern der Digitalisierung zu gehören. Über alle Bildungsstufen hinweg werden Schule, Jugend und Berufswelt fit gemacht für die digitale Zukunft. Dadurch können den Unternehmen des Wirtschaftsstandortes St. Gallen bestausgebildete Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden. Heimisch qualifizierte Fachkräfte, neue Forschungsschwerpunkte, vielfältige Möglichkeiten der Zusammenarbeit von schulischer Lehre und regionalen Unternehmen sowie das Image des Kantons St. Gallen als führender IT-Standort werden sich als Motor für weitere Innovationen und für Neugründungen erweisen.



Stefan Kölliker
Regierungspräsident

Dank unvoreingenommener und intensiver Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Departementen sowie zwischen Regierung und Kantonsrat sind Grundlagen und Rahmenbedingungen geschaffen worden, welche die Innovationskraft unseres Kantons stärken.

Neuorganisation der Fachhochschule Ostschweiz

Eine wichtige Institution im Kanton, die den digitalen Transformationsprozess mit Ausbildung, Forschung und Dienstleistungsangeboten aktiv mitgestaltet, ist die Fachhochschule Ostschweiz (FHO). Im Berichtsjahr konnten für die FHO die neue Trägerstruktur festgelegt und die neue Organisationsstruktur entscheidend vorbereitet werden. Dank einer verstärkten Konzentration der Kräfte und Mittel werden die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der FHO gesteigert sowie die Qualität ihrer Ausbildung und ihres Technologietransfers verbessert. Dadurch kann sich die FHO verstärkt an den Bedürfnissen von Industrie, Gewerbe und Gesellschaft orientieren.

«eGovernment St. Gallen digital.» startklar

Am 1. Januar 2019 hat die neue selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt «eGovernment St. Gallen digital.» ihren Betrieb aufgenommen. Sie wird die eGovernment-Entwicklungen für die Gemeinden und den Kanton vorantreiben, damit die Interaktionen der Bevölkerung und Unternehmen mit den öffentlichen Stellen einfacher, schneller, sicherer und transparenter werden. Das Vorgehen des Kantons St. Gallen und der Gemeinden ist einzigartig in der Schweiz, denn die beiden Staatsebenen haben sich für eine übergeordnete Steuerung entschieden. So können zentral verbindliche Standards für Gemeinden und Kanton definiert sowie die strategischen eGovernment-Services festgelegt werden. Durch den Betrieb einer gemeinsamen Beschaffungsplattform lassen sich erhebliche Synergien nutzen, was die Durchgängigkeit der Systeme und der Abläufe garantiert, die Datensicherheit steigert und die Kosten optimiert.

Optimale Rahmenbedingungen schaffen

Um mithilfe von Grossvorhaben eine gesteigerte Dynamik im Kanton auslösen zu können, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Im Jahr 2018 legte die Regierung die Grundlagen für diverse wichtige Bauprojekte. An dieser Stelle soll exemplarisch nur ein Beispiel aufgeführt werden: Mit der Campuserweiterung der Universität St. Gallen wird eine wichtige Voraussetzung geschaffen, dass im Zeitalter der Digitalisierung neue, kollaborative Lernformen angewendet werden können.

Die Regierung hat im Jahr 2018 Investitionen in herausragende und breit vernetzte Innovationsvorhaben ausgelöst. Diese versetzen den Kanton St. Gallen in die Lage, optimal auf die stetig stärkere Nachfrage nach digital kompetenten und spezifisch ausgebildeten Berufsleuten in allen Branchen zu reagieren. Wichtig für das Gelingen dieser Schlüsselprojekte ist, dass sie von allen Beteiligten auf regionaler, kantonaler und gegebenenfalls nationaler Ebene mit Überzeugung mitgetragen und unterstützt werden.

Umso grösser ist die Freude, dass das Jahr 2018 mit der Wahl von Karin Keller-Sutter in den Bundesrat mit einem Höhepunkt für den Kanton geendet hat. Nicht nur ist unser Kanton nach 30 Jahren wieder in der Landesregierung vertreten, sondern wir wissen mit der neu gewählten Bundesrätin eine Stimme in Bern, die sich für innovative Projekte aus unserem Kanton engagiert.

Dank

Innovationsprojekte in der digitalen Transformation, wie sie die St. Galler Regierung vorantreibt, brauchen vor allem zwei Dinge: Flexibilität und Gemeinsinn aller Beteiligten. Diese Eigenschaften beweisen vor allem auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung täglich. Es ist mir ein Anliegen, ihnen an dieser Stelle für den unermüdlichen, anpassungsfähigen und kooperativen Einsatz zu danken. Ich freue mich auf die kommenden Herausforderungen, die wir mit Dynamik, Agilität und Vernetzung optimal bewältigen werden.



Stefan Kölliker, Regierungspräsident



Das offizielle Regierungsfoto mit dem Regierungspräsidenten Stefan Kölliker (Mitte) wurde von den Toggenburger Fotografen Holger Jacob und Silvan Widmer auf der Terrasse der Fachhochschule St. Gallen geschossen.

1. Staatskanzlei



Staatssekretär Canisius Braun
Leiter Staatskanzlei

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2018?

Erwähnenswert sind sicher der Bundesratsbesuch in St. Gallen im März, dann die erfolgreiche Behandlung unseres neuen Wahl- und Abstimmungsgesetzes im Kantonsrat sowie zum Abschluss des Jahres die aus Ostschweizer Sicht so erfreuliche Bundesratswahl. Zudem war der Evaluationsanlass zum Sino-Swiss-Programm mit Vertretern Chinas, des Bundes, des Kantons und der Universität St. Gallen im Regierungsgebäude ein Erfolg.

Wie profitiert die Bevölkerung davon?

In erster Linie war der Bundesratsbesuch für die Bevölkerung ein spannendes Ereignis, ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber der Bundesregierung und die Möglichkeit, unseren Bundesrätinnen und Bundesräten im direkten Kontakt zu begegnen. Das Wahl- und Abstimmungsgesetz hat als primäre Zielsetzung, für die Allgemeinheit verständlich und übersichtlich zu sein. Ich denke, das haben wir erreicht.

Wo konnte die Staatskanzlei sonst noch Akzente setzen?

Die Staatskanzlei befasst sich im Moment mit einer Neuauflage unseres Internetauftritts, zudem sind wir mitten im Rollout für eine neue Geschäftsverwaltung unter Einschluss einer Modernisierung unseres Ratsinformationssystems. Das neue Internet soll im Frühsommer 2019 bereitstehen.

Was hätte im Jahr 2018 besser funktionieren können?

Wir hatten beabsichtigt, unser neues Kommunikationskonzept in diesem Jahr abzuschliessen. Wir haben hier prozess- und kapazitätsbedingte Verzögerungen, mitunter auch, weil die Kommunikation stark in die Spitaldiskussion eingebunden ist. Ansonsten können wir mit unseren erreichten Leistungen im Jahr 2018 sehr zufrieden sein, sei dies in den Dienstleistungen zugunsten der Regierung oder des Kantonsrates.

Wo wollen Sie im Jahr 2019 Schwerpunkte setzen?

Im Zentrum stehen die Gesamterneuerungswahlen auf Bundes- und Kantonsebene. Daneben stehen zahlreiche kantonale Abstimmungen an; das wird uns speziell herausfordern, zumal diese Prozesse unter neuen gesetzlichen und damit organisatorischen Rahmenbedingungen stattfinden. Zudem stehen wir vor der Neuausrichtung unserer Materialzentrale. Dort sollen die Bereiche Büromaterial, Druck und Postdienste in die digitale Zukunft überführt werden. Wir beabsichtigen zudem, dem Kantonsrat, aber auch der St. Galler Bevölkerung im Rahmen eines Berichts Aufschluss über Sicherheitsmerkmale bei all den elektronischen Prozessen rund um Wahlen und Abstimmungen zu geben.

Kleines und relevantes Zahnrad im Politsystem

Fünf Sessionen planen, 192 Vorstösse redigieren, sechs kantonale Abstimmungen durchführen oder zwei Gesetze erarbeiten: Die Staatskanzlei hat im Jahr 2018 gezeigt, weshalb ihre Dienstleistungen essenziell für das Funktionieren des Politsystems sind. Nebenbei hat sie grosse Feiern für den Bundesrat und die neue Bundesrätin organisiert, effizientere EDV-Programme eingeführt und die digitalen Kommunikationskanäle ausgebaut.

Nicht alle Arbeiten der Staatskanzlei erhalten in der Öffentlichkeit und der Politik die gleich grosse Aufmerksamkeit, und doch sind alle nötig, damit das Räderwerk des Politbetriebs funktioniert. Im Hintergrund agiert beispielsweise die Materialzentrale, denn ein Politalltag ohne ihre Arbeiten wäre gar nicht möglich. So hat die Materialzentrale im Jahr 2018 über 1,6 Millionen Blatt Papier für den Kantonsrat und die Regierung gedruckt. Damit diese Blätter an den richtigen Ort gelangen, stellt die Materialzentrale den Postdienst sicher. Über eine Million Briefe haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im vergangenen Jahr

frankiert und verteilt. Ebenso wichtig sind der Einkauf und der Vertrieb von Büromaterial. Die Materialzentrale hat über 17 000 Aufträge verarbeitet. Die Digitalisierung hält aber auch hier Einzug. Die Materialzentrale muss ihre Dienstleistungen weiterentwickeln. Im Jahr 2018 hat die Staatskanzlei deshalb einen Projektauftrag erarbeitet, in dessen Rahmen sie die Aufgaben und Arbeiten der Materialzentrale den neuen Rahmenbedingungen anpassen will. Die Umsetzung ist ab dem Jahr 2019 vorgesehen. Die Staatskanzlei will damit ein strategisches Ziel der Regierung («Zukunftsorientierte Reformen») erfüllen.

Über eine Million Briefe haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Materialzentrale im vergangenen Jahr frankiert und verteilt.





Abhörsicher und abgeschirmt: Nur für einen kurzen Augenblick durfte man die Landesregierung im Lesezimmer fotografieren.



Regierungstätigkeit auch elektronisch unterstützen

Die fortschreitende Digitalisierung betrifft beispielsweise den Druck der Regierungsunterlagen. Seit Juni 2018 bietet die Staatskanzlei der Regierung die elektronische Sitzungsvorbereitung an. Die Regierungsmitglieder erhalten die Sitzungsunterlagen elektronisch zugestellt. Dies spart Druckkosten und verkürzt die Auslieferzeit. Die Regierungsmitglieder können die einzelnen Traktanden mit digitalen Annotationen versehen. Die Datensicherheit ist mit der Einbindung der mobilen Geräte in das Enterprise Mobility Management (EMM) gewährleistet.

«Mit der Zusammenlegung der Bereiche Informatik und Infrastruktur entstehen Synergien in den Bereichen E-Government sowie der Gebäude- und Veranstaltungstechnik.»

Die elektronische Sitzungsvorbereitung ist ein Service der im Jahr 2018 neu gegründeten Dienststelle Informatik und Infrastruktur. Die Dienststelle entstand aus der Zusammenlegung der Zentralen Dienste und dem Modul Informatik und Organisation. Die Bereiche Personal und Finanzen sind neu direkt als Stabsstelle bei der Geschäftsleitung der Staatskanzlei angesiedelt. Mit der

Zusammenlegung der Bereiche Informatik und Infrastruktur entstehen Synergien in den Bereichen E-Government sowie der Gebäude- und Veranstaltungstechnik.

Das neue Team hat die Regierungsmitglieder an vierzig Sitzungen betreut. Gefordert war das Team auch aufgrund der weiterhin grossen Nachfrage nach den Räumlichkeiten im Regierungsgebäude. Über 400 Mal wurden der Pfalz Keller und die restlichen Räume für Anlässe gebucht.

Zweimal feiern mit dem Bundesrat

Ein besonderer Anlass in den Räumen des Regierungsgebäudes war die Sitzung des Bundesrates am 28. März 2018. Die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen, das Sekretariat und die Dienststelle Kommunikation haben das Gelingen sichergestellt. Im Vorfeld haben Mitarbeitende der Bundeskanzlei und der Polizei das Gebäude besichtigt, sind Wege abgelaufen, haben Raumoptionen evaluiert und Sitzungsräume abhörsicher gemacht. Am Besuchstag war das Interesse der Medien und der Öffentlichkeit gross. Rund 800 Personen und mehrere Dutzend Medienschaffende strömten nach der offiziellen Sitzung in den Pfalz Keller. Hierhin hatte die Staatskanzlei im Namen des Kantons eingeladen. Die Bevölkerung feierte die Landesregierung ausgelassen mit Applaus, Selfies und Händeschütteln. Man währte sich an einem Volksfest. Auch der Bundesrat war begeistert. Aufgrund der grossen Besucherzahl gingen zwischenzeitlich aber die Bratwürste aus, weshalb die Medien in Anspielung auf den Watergate-Skandal schalkhaft vom «Bratwurstgate» sprachen.



Die Staatskanzlei hat den gesamten Medienauftritt der neuen Bundesrätin koordiniert.



Die neue Bundesrätin und die Wiler Stadtpräsidentin spazierten zum Hof zu Wil, wo über 3000 Wilerinnen und Wiler warteten.

Es war das Warmlaufen für den Dezember: Als erste St. Gallerin wurde Ständerätin Karin Keller-Sutter am 5. Dezember 2018 im ersten Wahlgang zur Bundesrätin gewählt. Die Ostschweiz jubelte! Dreh- und Angelpunkt aller Aktivitäten

«Die Bevölkerung feierte die Landesregierung ausgelassen mit Applaus, Selfies und Händeschütteln.»

rund um die eigentliche Wahl war die Staatskanzlei. Die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen organisierte die Reise der Regierungsdelegation nach Bern sowie die Feierlichkeiten am 13. Dezember 2018 in enger Zusammenarbeit mit dem Sekretariat und der Dienststelle Kommunikation. Die Staatskanzlei kreierte den grafischen Auftritt, versandte 450 Einladungen, organisierte einen Extrazug von 177 Metern Länge, Essen und Getränke für über 3500 Besucherinnen und Besucher, betreute über dreissig Medienschaaffende aus allen Landesteilen und stellte sicher, dass der neu gewählten Bundesrätin trotz Minustemperaturen warm war.

Die Organisation zahlte sich aus: Der Extrazug aus Bern hielt pünktlich am Hauptbahnhof St. Gallen. Zahlreiche Delegationen aus den Ostschweizer Kantonen und der Stadt

St. Gallen begleiteten Karin Keller-Sutter zur Lokremise, wo der offizielle Festakt stattfand. Die Eröffnungsrede hielt Regierungspräsident Stefan Kölliker. Für einige Lacher in seiner Rede sorgte der abtretende Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Auch Ständeratskollege Paul Rechsteiner richtete nette Worte an seine Kollegin. Anschliessend reiste die Gästeschar weiter nach Wil. Rund 3500 Wilerinnen und Wiler kamen zum Hofplatz, und unzählige Vereine standen Spalier. Die Gäste zeigten sich beeindruckt vom Fest, das die Staatskanzlei im Namen des Kantons organisiert hatte. Viele Mitarbeitende der Staatskanzlei leisteten Überdurchschnittliches und trugen damit zum Gelingen des Empfanges bei. Mit beiden Festlichkeiten erreichte die Staatskanzlei das strategische Ziel «Identitätsstiftende Kultur und Gemeinwohlorientierung» der Regierung.

«Die Gäste zeigten sich beeindruckt vom Fest, das die Staatskanzlei im Namen des Kantons organisiert hatte.»

Rege Tätigkeit des Kantonsrates

Die Erlebnisse waren für alle Beteiligten einprägsam. Doch sie bedeuteten auch einen hohen Mehraufwand zum bereits umfangreichen Aufgabengebiet der Staatskanzlei. Diese zielt in erster Linie darauf ab, den Politbetrieb im Kanton sicherzustellen. Dazu gehört die Betreuung des Kantonsrates. Fünf Sessionen an dreizehn Tagen hat die Staatskanzlei im Jahr 2018 organisiert. Die Parlamentsdienste betreuten 24 vorberatende Kommissionen an 33 Sitzungstagen, 47 Sitzungen der Rechtspflegekommission, der Staatswirtschaftlichen Kommission und der Redaktionskommission, sowie elf Sitzungen und sechs Anlässe des Präsidiums. Dazu kam die hohe Zahl von 192 eingereichten Vorstössen. Das sind über vierzig mehr als noch im Jahr zuvor. Bei den Interpellationen musste das Sekretariat gar die vorgegebene sechsstellige Nummerierung um eine weitere Ziffer ergänzen, da die Hundertermarke geknackt wurde.

Die Staatskanzlei in Zahlen

	2018
Anzahl begleitete vorberatende Kommissionen	24
Anzahl eingereichte Vorstösse	192
Anzahl Beglaubigungen	6866
Anzahl Anlässe in den Räumlichkeiten des Regierungsgebäudes	439
Anzahl begleitete Regierungssitzungen	41
Anzahl Medienmitteilungen	386

Eigene Erlasse erarbeitet

Die Staatskanzlei hat im Jahr 2018 den Politbetrieb nicht nur begleitet, sondern auch mitgestaltet. So verabschiedete der Kantonsrat zwei Erlasse, deren Entwürfe die Staatskanzlei erarbeitet hatte. Der erste Erlass ist das neue Publikationsgesetz. Es schafft die Grundlagen für eine rechtsverbindliche elektronische Veröffentlichung der Gesetzessammlung und des Amtsblatts. Das Gesetz ist auch für die Gemeinden anwendbar. Sie können gestützt darauf ihre Rechtssammlung sowie ihr amtliches Publikationsorgan rechtsverbindlich elektronisch führen. Das Gesetz wird am 1. Juni 2019 in Vollzug treten. Gleichzeitig schaltet die Staatskanzlei auf diesen Zeitpunkt die neue Publikationsplattform auf. Diese ermöglicht einen digitalen Zugang zu den amtlichen Publikationen.

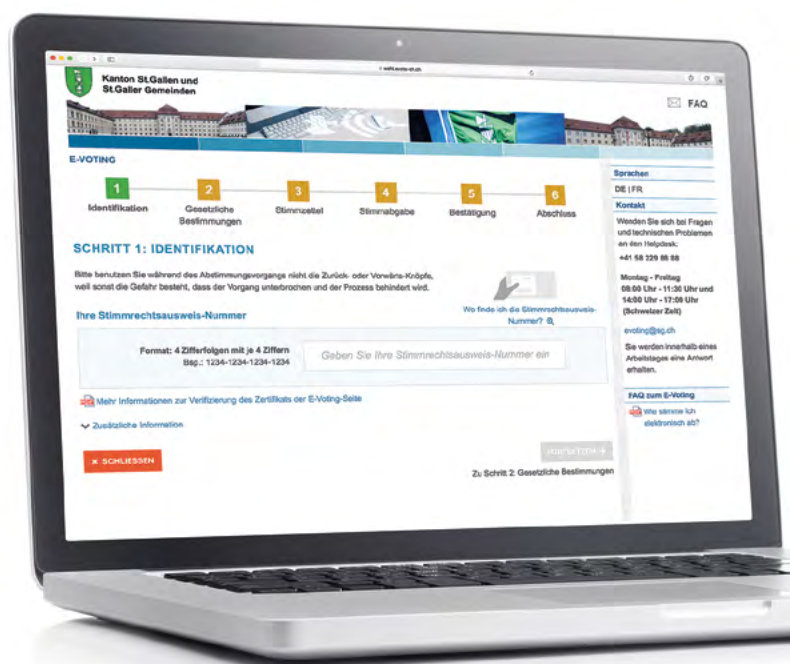
Der zweite Erlass ist das neue Gesetz über Wahlen und Abstimmungen. Dieses verbessert die Abläufe im gesamten Prozess von Wahlen und Abstimmungen. Es enthält verständliche Regelungen zu den Zuständigkeiten sowie den Rechten und Pflichten der beteiligten Behörden und Anspruchsgruppen. Die grössten materiellen Neuerungen sind die Einführung der elektronischen Stimmabgabe als ordentlicher Stimmkanal sowie die neuen Regelungen in Bezug auf die Vergabe der Ordnungsnummern bei Proporzahlen. Das Gesetz ist auf den 1. Januar 2019 in

Vollzug getreten. Mit beiden Erlassen hat die Staatskanzlei das von der Regierung definierte strategische Ziel «Zukunftsorientierte Reformen» bedient.

Digitalisierung vorantreiben

Diese beiden Beispiele zeigen, wie stark auch die Politik und der Politbetrieb von der Digitalisierung beeinflusst werden. Der Kanton St. Gallen steht gut da: Er ist der digitalisierteste Kanton der Schweiz, wie die Universität Bern in einer Untersuchung festgestellt hat. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet die Staatskanzlei, und zwar in sehr unterschiedlichen Bereichen. So setzte sie im Jahr 2018 an sechs Abstimmungen und an einer Wahl E-Voting ein. Der Pilotbetrieb bei den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern sowie den Pilotgemeinden verlief ohne Zwischenfälle. Die Nutzerzahlen übertrafen die Erwartungen. Bereits geben über 60 Prozent der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ihre Stimme elektronisch ab. Da der Kanton Genf Ende 2018 angekündigt hatte, sein E-Voting-System nicht mehr weiterzuentwickeln, hat die Regierung beschlossen, auf das E-Voting-System der Schweizerischen Post umzusteigen.

Auch die Digitalisierung weiterer politischer Prozesse wurde im Jahr 2018 initialisiert. Durch die Überweisung der Motion «Einführung von E-Collecting im Kanton St. Gallen» wird die Staatskanzlei im Jahr 2019 die Ausarbeitung von gesetzlichen Grundlagen für Pilotversuche mit der elektronischen Sammlung von Unterschriften an die Hand nehmen. Der Kanton St. Gallen dürfte in Zukunft im Digitalisierungsranking also noch besser abschneiden.



Ein weiterer Grund dafür ist die Überarbeitung der Website des Kantons. Die Dienststelle Kommunikation der Staatskanzlei hat im Jahr 2018 über fünfzig Workshops durchgeführt, in denen die Ämter ihre kundenrelevanten Inhalte eruierten. Tests mit Userinnen und Usern haben gezeigt, wie die neue Struktur der Website aussehen soll. Grafikerinnen und Grafiker haben das neue Layout und die Programmierfachpersonen die Codes erstellt. Die neue Website wird die Besucherinnen und Besucher noch schneller zu den relevanten Informationen führen und auch mobil deutlich besser funktionieren. Die neue Website soll im Frühsommer 2019 erreichbar sein. Damit erfüllt die Staatskanzlei das strategische Ziel der Regierung «Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung» sowie «Gesellschaftliche Vielfalt und Integration», denn die Website wird einen besonders hohen Accessibility-Standard ausweisen.

«Bereits geben über 60 Prozent der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ihre Stimme elektronisch ab.»

Digitaler wird auch die Aktenführung in der Staatsverwaltung. Im Jahr 2018 hat die Staatskanzlei das neue GEVER-System bei sich selbst, bei sämtlichen Generalsekretariaten, beim Staatsarchiv, beim Hochbauamt und bei der Kantonspolizei eingeführt. Mit der Verbreitung können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun dienststellenübergreifend in den Dossiers arbeiten und sich Aufgaben zuweisen. Die Staatskanzlei ermöglicht damit ein medienbruchfreies Arbeiten.

Schliesslich wurde im Jahr 2018 auch eine letzte organisatorische Änderung vollzogen. Die Regierung hat entschieden, die Kräfte im Bereich Nachhaltige Entwicklung und Klimawandel zu bündeln. Die Koordinationsstelle für nachhaltige Entwicklung ist seit 1. November 2018 deshalb nicht mehr in der Dienststelle für Politische Planung und Controlling der Staatskanzlei angesiedelt, sondern neu im Amt für Wasser und Energie im Baudepartement.

Die Staatskanzlei wird im Jahr 2019 auf die E-Voting-Lösung der Post wechseln.

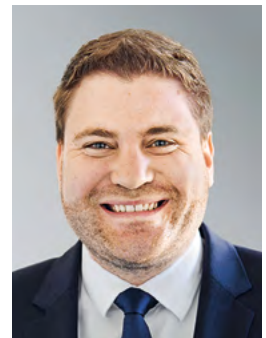
Ausblick 2019

Die Ersatz- und Erneuerungswahlen des Stände- und Nationalrates wird die Staatskanzlei nutzen, um ihre Arbeit einer breiten Öffentlichkeit aufzuzeigen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem reibungslosen Übergang zum E-Voting-System der Post. Ausserdem wird im Jahr 2019 mit der Freischaltung der neuen Website ein Grossvorhaben der Staatskanzlei beendet und das neue Kommunikationskonzept der Staatsverwaltung wohl durch die Regierung verabschiedet. Schliesslich soll im Jahr 2019 das neue Ratsinformationssystem eingeführt werden.

i



Angela Eicher



Philipp Egger

Angela Eicher und Philipp Egger sind neue Dienststellenleitende

Seit September 2018 leitet Angela Eicher die Dienststelle für Politische Planung und Controlling. Die frühere Stellvertreterin des Kompetenzzentrums für Integration und Gleichstellung ist Nachfolgerin von Nathanael Huwiler, der neu als Generalsekretär des Departements für Finanzen und Soziales des Kantons Thurgau wirkt.

Die neue Dienststelle Informatik und Infrastruktur leitet Philipp Egger. Er leitete zuvor das Modul Informatik und Organisation der Staatskanzlei, bevor dieses mit den Zentralen Diensten zur neuen Dienststelle zusammengelegt wurde. Der vormalige Leiter der Zentralen Dienste der Staatskanzlei, Erwin Schweizer, leitet neu die Stabsstelle Finanzen und Personal.

2. Volkswirtschaftsdepartement



Regierungsrat Bruno Damann
Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2018?

Das öV-Programm konnte im Rahmen der Gesamtverkehrsstrategie des Kantons St. Gallen erfolgreich verabschiedet werden, ebenso wurde das Standortförderungsprogramm ohne Gegenstimmen vom Kantonsrat genehmigt. Der neu gegründete Tourismusrat bündelt die verschiedenen Tourismusstrukturen im Kanton unter einem Dach.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Das öV-Programm gibt die Grundlagen vor für eine weitere Verbesserung der öV-Angebote, während das Standortförderungsprogramm gute Rahmenbedingungen für eine robuste Wirtschaft mit geringen Arbeitslosenzahlen schafft. Die Tourismusorte profitieren vom fokussierten Einsatz der Tourismusförderung.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

Die verschiedenen Massnahmen in der Biodiversitätsstrategie wurden erarbeitet und stehen für die Umsetzung bereit. Für den Nationalen Innovationspark (NIP) wurden wichtige Vorarbeiten geleistet sowie Wirtschaftsvertreter, EMPA und Kantonsspital einbezogen.

Was hätte im Jahr 2018 besser funktionieren können?

Gerade bei departementsübergreifenden Themen, wie zum Beispiel der Immobilienstrategie, New Work und der Einführung eines neuen Geschäftsverwaltungssystems, wird noch zu wenig als Konzern gedacht. Ich finde es schade, dass das «Gärtli-»Denken weiterhin Bestand hat.

Wo wollen Sie im Jahr 2019 Schwerpunkte setzen?

Die Erstellung des Bewerbungsdossiers für den Nationalen Innovationspark ist ein prioritäres Ziel, und ich hoffe auf eine erfolgreiche Anerkennung durch die Stiftung Switzerland Innovation.

Strategische Grundlagen für einen attraktiven Standort geschaffen

Das Volkswirtschaftsdepartement hat im Jahr 2018 das 6. öV-Programm und das Standortförderungsprogramm erarbeitet sowie die Optimierung der Tourismusstrukturen und die Gründung des Tourismusrats abgeschlossen. Gleichzeitig hat es die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und das Bewerbungsdossier für den Nationalen Innovationspark initiiert.



Der neue Tourismusrat ist seit Mitte Dezember 2018 an der Arbeit.

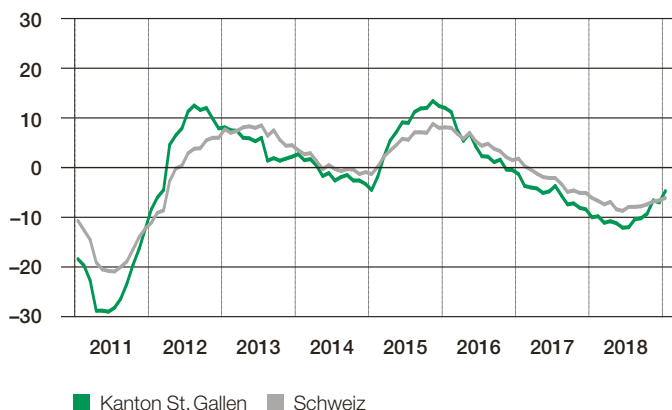
Der Kantonsrat verabschiedete das Standortförderungsprogramm im Herbst 2018. Es fokussiert auf die Positionierung des Standorts für Arbeits- und Fachkräfte sowie auf die verstärkte Unterstützung von Start-ups und Spin-offs. Das Programm leistet einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Schwerpunktziele der Regierung im Bereich Digitalisierung (4.1) und nachhaltige Stärkung des Wirtschaftsstandorts (4.2).

Das Projekt «Optimierung Tourismusstrukturen» fand Mitte Dezember 2018 durch die Gründung des Tourismus-

rates sowie der Unterzeichnung der Leistungsvereinbarung seinen Abschluss. Erstmals steht den vier Tourismusdestinationen ein gemeinsames Gremium zur Seite, das Kräfte bündeln sowie bedürfnisgerechte Initiativen und Projekte anstossen wird.

«Der Tourismusrat bündelt die Kräfte in der Branche.»

Prozentuale Veränderung der Stellensuchenden



Arbeitsmarkt entwickelt sich positiv

Im Berichtsjahr ging die Zahl der Stellensuchenden weiter zurück, wobei die Marke von 10 000 Stellensuchenden unterschritten wurde. Die Voranmeldungen zur Kurzarbeit lagen etwas über den Werten des Vorjahrs, verharren aber auf tiefem Niveau. Ende September lag das Beschäftigungsvolumen im Kanton St. Gallen wie im Vorjahr bei rund 228 000 Vollzeitstellen.

«Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hält an.»

Neue Stellenmeldepflicht eingeführt

Seit dem 1. Juli 2018 müssen offene Stellen in Berufsarten mit mindestens 8 Prozent Arbeitslosigkeit bei den RAV gemeldet werden. Seither haben sich die Stellenmeldungen mehr als verdreifacht und lagen Ende November bei 1975 Stellen, davon waren rund 51 Prozent meldepflichtig.

Entwicklung der Meldeverfahren Entsendegesetz

Entgegen dem langjährigen Trend ist im Berichtsjahr die Zahl der Meldungen von in die Schweiz entsandten Dienstleistungserbringenden und Selbstständigen aus dem EU-/EFTA-Raum (Erwerbstätigkeit bis 90 Tage) zurückgegangen. Gleichzeitig stieg für die gleiche Kategorie die Zahl der EU-/EFTA-Bürger, die bei einem Schweizer Arbeitgeber kurzzeitig angestellt wurden. Die Summe an Arbeitskräften beider Gruppen lag unwesentlich über dem Vorjahreswert.

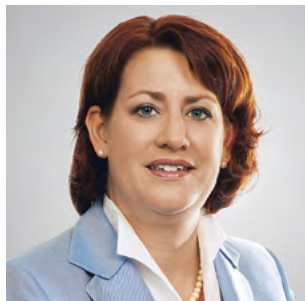
6. öV-Programm genehmigt

Der Kantonsrat genehmigte einstimmig das 6. öV-Programm, das auf der Gesamtverkehrsstrategie des Kantons St. Gallen basiert und die Teilstrategie öffentlicher Verkehr formuliert. Darin werden für die Jahre 2019 bis 2023 das Verkehrsangebot, die Infrastrukturvorhaben und die Finanzierung definiert. Dafür werden in den nächsten fünf Jahren über 370 Millionen Franken für Abgeltungen und Beiträge an die Infrastruktur vorgesehen.

Unter dem Motto «häufiger und rascher» konnten im Dezember 2018 unter anderem folgende Angebote eingeführt werden:

- der stündliche RegioExpress St. Gallen–Konstanz mit nur 35 Minuten Fahrzeit
- die Durchmesserlinie der Appenzeller Bahnen
- die durchgehend im Halbstundentakt verkehrende S1 Wil–Romanshorn mit umsteigefreien Verbindungen zwischen den Stadtbahnhöfen
- häufigere Verbindungen mit Regional- und Ortsbussen in verschiedenen Regionen.

i



Karin Jung

Karin Jung ist neue Amtsleiterin

Karin Jung steht seit Anfang November 2018 an der Spitze des Amtes für Wirtschaft und Arbeit mit rund 350 Mitarbeitenden. Jung hat seit 2009 das Amt für Wirtschaft beziehungsweise seit 2016 das Amt für Wirtschaft und Arbeit im Kanton Appenzell Ausserrhoden geleitet. Im Kanton St. Gallen hatte sie zuvor schon ihre beruflichen Spuren hinterlassen, so beim Textilverband Schweiz, wo sie unter anderem als Ressortleiterin Wirtschaft und Statistik sowie als Mitglied des Kaders fungierte. Karin Jung studierte berufsbegleitend an der FHS und schloss als Betriebsökonomin FH ab. Danach bildete sie sich an der Hochschule Luzern weiter, wo sie mit einem Master of Advanced Studies (MAS) in Public Management abschloss.



Der Zug als öffentliches Verkehrsmittel wird im Kanton St. Gallen auch mit dem 6. öV-Programm gestärkt.

© Foto Thurbo

Die Eröffnung der Stadtbahn Obersee soll im Dezember 2021 erfolgen. Eine Einsprache könnte dieses Vorhaben allerdings verzögern.

Ausbauschritte 2025 und 2035

Im November 2018 publizierte das Bundesamt für Verkehr ein überarbeitetes Referenzkonzept für den Zielzustand im Jahr 2025. Darin wurden auf Antrag der Ostschweizer Kantone verschiedene kleinere Verbesserungen im Angebot aufgenommen, zum Beispiel Durchbindungen in St. Gallen und Rapperswil sowie der Eckanschluss Glarnerland/Walensee in Ziegelbrücke.

Im Oktober 2018 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zum Ausbauschritt 2035 des strategischen Entwicklungsprogramms Eisenbahninfrastruktur und wies sie dem Parlament zu. Der Fokus des Ausbauschrittes liegt auf dem Abbau von Überlast sowie in der Beseitigung von Engpässen. Für den Kanton St. Gallen sehr wichtig ist der Brüttener Tunnel: Nur mit diesem sind die weiteren Investitionen auf der Achse Winterthur–St. Gallen–Rheintal zweckmässig. Explizit wird der schon lang geforderte Knoten St. Gallen umgesetzt. Allerdings müssen in den folgenden Planungsschritten unter anderem die Anschlüsse ins Rheintal noch merklich verbessert werden.

Interessenanalyse mit Vorarlberg zum Flugplatz Altenrhein

Das Interesse der Wirtschaft und des Flugplatzes selbst an einer Weiterentwicklung des Flugplatzes St. Gallen-Altenrhein nimmt zu, während die Interessen der Gegner einer Weiterentwicklung gleichermassen akzentuiert blieben. Der Kanton und das Land Vorarlberg erteilten den Auftrag, mit einer Analyse die Fakten- und Interessenlage rund um den Flugplatz St. Gallen-Altenrhein zu klären. Der Bericht

schafft damit eine Basis für ein gemeinsames strategisches Vorgehen des Landes Vorarlberg, des Kantons St. Gallen und des Flugplatzes. Das Ergebnis bestätigt, dass die Wirtschaft und die Flugplatzbetreiberin eine massvolle Weiterentwicklung des Flugplatzes befürworten, während die Gemeinden und die Naturschutzverbände einer Weiterentwicklung skeptisch gegenüberstehen. Die Vertreter des Landes Vorarlberg und des Kantons St. Gallen haben sich auf folgende Massnahmen verständigt:

- Die Bürgermeister und Gemeindepräsidenten sowie die Flugplatzbetreiberin sollen sich unter Führung der Politik jährlich austauschen.
- Zusammen mit dem Flugplatz soll geklärt werden, wie Informationen zum Flugplatz und zum Flugbetrieb geeignet publiziert werden können.
- Unter Leitung des Bundesamtes für Zivilluftfahrt soll eine Arbeitsgruppe unter Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Bevölkerung partielle Anpassungen der Rahmenbedingungen klären, um auf eine nach schweizerischem Recht notwendige Konzessionierung des Flugplatzes rechtlich verbindlich zu verzichten.

Die Waldwirtschaft des Kantons St. Gallen hat Perspektiven

Der Bericht 40.18.06 zeigt die gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Bedeutung des Waldes auf. Aufgrund einer umfassenden Analyse werden Szenarien und Handlungsfelder des Kantons dargelegt. Die Regierung legt den Schwerpunkt auf die gesetzlich vorgesehenen Bereiche Schutzwald und Biodiversität. Hingegen erwartet sie im wirtschaftlichen Bereich Eigeninitiative, auch was die Inwertsetzung von Waldleistungen angeht, zumal die St. Galler Forstbetriebe unter Einbezug der staatlichen Zuschüsse mehrheitlich kostendeckend arbeiten. Der Kantonsrat hat den Bericht in der Februarsession 2019 beraten.

Trockenheit – Waldbrandgefahr – Feuerverbot

Niederschlagsarme und extrem trockene Perioden wie im Jahr 2018 erhöhen die Waldbrandgefahr beträchtlich. So gab es im Kanton St. Gallen bereits im Frühling vier Waldbrände und weitere bis in den Herbst hinein. Unvorsichtiges Handeln oder Räumungsfeuer verursachen rund 90 Prozent aller Waldbrände.

Zusammen mit dem IT-Prognosemodell INCENDI und den Wetterparametern von MeteoSchweiz werden die Brandgutfeuchtigkeit sowie das Feuerverhalten berechnet und beurteilt.

Fischerei-Notfallkonzept bei Trockenheit und Hitze

Der Sommer und Herbst 2018 wird als Hitzesommer in die Geschichte eingehen. Die wenigen Gewitter brachten kaum Niederschläge. Unzählige kleine Bäche trockneten komplett aus. Der Pegel des Bodensees lag im August so tief wie normalerweise im Januar. Das neu erstellte Notfallkonzept für Abfischungen in den Gewässern ermöglicht koordiniertes Handeln in dringenden Fällen. Längerfristig müssen Massnahmen ins Auge gefasst werden, welche die Auswirkungen von Hitze und Trockenheit mindern, beispielsweise durch Beschattung und bessere Vernetzung von Gewässern.

Agrarpolitik 22+ und Postulat «Perspektiven der St. Galler Landwirtschaft»

Im Februar 2018 wurde das Postulat 43.17.06 «Perspektiven der St. Galler Landwirtschaft» gutgeheissen. Mit Blick auf die Umsetzung der geplanten Agrarpolitik ab 2022, der sogenannten AP22+, ist der Zeitpunkt ideal, die kantonale Landwirtschaftspolitik zu analysieren und notwendigen Handlungsbedarf zu eruieren. Die ersten Sitzungen zur Erarbeitung eines Berichts sind erfolgreich gestartet. Unter Einbezug verwaltungsinterner wie auch externer Anspruchsgruppen sollen im Jahr 2019 Vorschläge zu Vision,

Entwicklungszielen, kantonalen Handlungsachsen bis hin zu konkreten Massnahmen erarbeitet werden.

Neue Räume für die Milchgewinnung und -verarbeitung

Am Landwirtschaftlichen Zentrum St. Gallen (LZSG) in Salez wurden neue Praxiskursräume für die Milchgewinnung und -verarbeitung sowie ein Saatgutkühlraum in Betrieb genommen. Im neuen Melktechnikraum können angehenden Landwirtinnen und Landwirte vertiefte Kenntnisse des Melkens optimal vermittelt werden. Im neuen Saatgutkühlkeller finden eine grosse Zahl von Samenmustern verschiedenster Kulturpflanzen Platz und stehen für die Ansaat in Sortengärten und bei Praxisversuchen zur Verfügung. Der Kanton St. Gallen baut mit der neuen Anlage sein Engagement im Erhalt von alten regionaltypischen Kulturpflanzen aus.

Böden besser nutzen

Bei meliorierten Böden fehlt bisher eine Übersicht der aktuellen und zukünftigen Bodenqualität. Das Projekt «Bodenkartierung Rheintal» liefert diese Information für das Gebiet zwischen Oberriet und Widnau. Zudem werden auch die Kartierungsmethodik und die Beurteilung des Nutzungspotenzials weiterentwickelt. Diese Erkenntnisse können auch in anderen Gebieten genutzt werden.

Biodiversitätsstrategie umsetzen

Nach Verabschiedung der Biodiversitätsstrategie St. Gallen 2018–2025 bildete deren Umsetzung einen Schwerpunkt im Jahr 2018. Acht Teilprojektleiter setzen während der kommenden acht Jahre die insgesamt zehn Massnahmen zum Erhalt und zur Förderung der Biodiversität im Kanton St. Gallen um. Damit erfüllt das Volkswirtschaftsdepartement das Schwerpunktziel «Widerstandsfähige Ökosysteme» (2.2) der Regierung.



Waldbrand Amden 2018, starke Rauchentwicklung (Foto Feuerwehr Amden)



Der neue Melktechnikraum ist betriebsbereit.

Drohnen schrecken Vögel und Wildtiere auf

Drohnen werden immer häufiger zu vielerlei Zwecken eingesetzt. Dabei dringen sie in Gebiete vor, die bisher wenig oder gar nicht von Störungen durch Menschen beeinträchtigt waren. Vögel und andere Wildtiere können Drohnen als Bedrohung wahrnehmen, was eine Belastung für die Tiere ist und das Überleben und den Fortpflanzungserfolg beeinträchtigen kann. In einem gemeinsamen Merkblatt haben die Jagd- und Fischereiverwalterkonferenz, der Schweizerische Drohnenverband und die Vogelwarte Sempach sowie zahlreiche weitere Organisationen deshalb Verhaltensregeln definiert, wie Störungen der Vögel und andere Wildtiere beim Fliegen mit Drohnen vermieden werden können.

Ausblick 2019

Die S-Bahn des Kantons St. Gallen soll einer Erfolgskontrolle unterzogen werden. Bis spätestens zum Vorliegen des nächsten öV-Programms wird eine Neukonzeption für ein künftiges, gezielt verdichtetes S-Bahn-Angebot entwickelt. Die Planungen beginnen im Jahr 2019.

Ende 2019 wird das Bewerbungsdossier zum Nationalen Innovationspark bei der Stiftung Switzerland Innovation eingereicht. Die Bewerbung zielt darauf ab, St. Gallen als Zentrum für das Fachwissen von Spitzenkräften aus der Forschung und der Wirtschaft im Bereich Gesundheitstechnologien sowie Smart Textiles zu positionieren.

Ende 2019 läuft die erste Planungshälfte der strategischen Jagdplanung der laufenden Pachtperiode ab. Dann wird überprüft, ob sich die jagdlich genutzten Wildbestände in die gewünschte Richtung entwickelt haben. Insbesondere ist der hohe Rothirschbestand im Gebiet Werdenberg im Auge zu behalten. Bei Bedarf werden Massnahmen eingeleitet, damit die Ziele per Ende Pachtperiode 2024 erreicht werden können.



Bruno Inauen

Bruno Inauen ist neuer Amtsleiter

Bruno Inauen hat am 1. Dezember 2018 im Landwirtschaftsamt mit der Arbeit begonnen. Am 1. Januar 2019 übernahm er die Leitung von Roger Peterer. Der neue Leiter war bisher Departementssekretär des Land- und Forstwirtschaftsdepartements des Kantons Appenzell Innerrhoden sowie Leiter des dortigen Landwirtschaftsamtes. Die Ausbildung als Agronom HTL, die Weiterbildungen als Finanzplaner mit Fachausweis sowie ein Bachelorstudium in Recht verbunden mit dem Erfahrungsschatz im Landwirtschaftsbereich runden sein Profil ab.



Regierungsrat Bruno Damann eröffnet das Milchzimmer.



Nasenbesatz mit Bruno Damann (Foto Rainer Kühnis)

3. Departement des Innern



Regierungsrat Martin Klöti
Vorsteher Departement des Innern

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2018?

Als Präsident der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren habe ich mich erfolgreich für die Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz eingesetzt. Der Bund ist unseren Forderungen gefolgt, und die Integrationspauschale pro Flüchtling und vorläufig Aufgenommenen ist von 6000 Franken auf 18 000 Franken erhöht worden. Dies hilft den Betroffenen, aber auch den Gemeinden.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Wenn Flüchtlinge durch gezielte Ausbildungsmassnahmen rascher in den Arbeitsmarkt integriert werden können, nützt dies nicht nur der Wirtschaft, sondern trägt viel zum friedlichen Zusammenleben bei. Mir ist es sehr wichtig, dass Migrantinnen und Migranten nicht als Bedrohung, sondern als Chance wahrgenommen werden.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

Nach der Klärung der Zusammenarbeitsfragen für den neuen Ausstellungssaal des Stiftsarchivs stelle ich fest: Noch nie waren Kanton und Katholischer Konfessionsteil so geeint unterwegs wie jetzt. Beim Klanghaus-Projekt gelangen uns Verbesserungen bei Finanzierung und Betriebskonzept. Und zudem hat es mich gefreut, dass im Kontext der Steuervorlage 17 eine neue Kita-Förderung aufgelegt wurde.

Was hätte im Jahr 2018 besser funktionieren können?

Es ist sehr schade, dass die Gemeindevereinigung Marbach-Rebstein an der Urne gescheitert ist. Die kommunalen Strukturen müssen sich den heutigen und künftigen Herausforderungen anpassen. Wir haben in der Vergangenheit bei den Gemeindestrukturen durchaus wichtige Fortschritte erzielt, aber jetzt harzt es.

Wo wollen Sie im Jahr 2019 Schwerpunkte setzen?

Das Thema Gemeindestrukturen bedarf nun grundsätzlicher Analysen. Wichtige Kulturprojekte wie das Klanghaus stehen an. Für die neue Kita-Förderung werden wir ein System entwickeln. Bei der Pflegefinanzierung müssen wir aufgrund eines Gerichtsurteils Massnahmen prüfen, um die korrekte Verrechnung noch besser zu sichern. Zudem müssen wir die Rahmenbedingungen für das betreute Wohnen überprüfen.

Grössere kulturelle und familienpolitische Strahlkraft

Ein Besuch im Stiftsbezirk St. Gallen wird stetig attraktiver, und bei anderen kulturellen Projekten tut sich ebenfalls einiges. Doch auch im Sozialbereich blieb das Departement des Innern im Jahr 2018 nicht untätig und leistete mit einem Massnahmenpaket zur familienergänzenden Kinderbetreuung unter anderem einen Beitrag zur Standortattraktivität des Kantons.

Für das Departement des Innern hat das Regierungsschwerpunktziel 3.3 «identitätsstiftende Kultur und Gemeinwohlorientierung» hohe Priorität. Die Wirkung von Kultur ist dabei viel breiter, als die darin formulierten sozialen Ziele. Das Amt für Kultur hat die jährliche Kulturkonferenz im Juni 2018 den Wechselwirkungen zum Tourismus gewidmet. Dabei stellte Departementsvorsteher Martin Klöti in seinem Referat klar, dass die Kultur als

Faktor im Ostschweizer Tourismus eine grössere Rolle spielen müsse. Dies ist seit Jahren auch ein wichtiger Aspekt der von der Departementsleitung stark mitgeprägten Weiterentwicklung der UNESCO-Weltkulturerbestätte Stiftsbezirk St. Gallen. Kanton, Katholischer Konfessionsteil und Stadt haben dafür Vorhaben in den Bereichen Kommunikation, Vermittlung und Tourismus umgesetzt.

«Die Kultur muss im Ostschweizer Tourismus eine grössere Rolle spielen.»



Die neue Signaletik im Stiftsbezirk soll Gäste von nah und fern schnell an den richtigen Ort führen.

© Till Forrer

Neue Hinweistafeln, neue Ausstellungen

So hat der Verein «Weltkulturerbe Stiftsbezirk St. Gallen» sowohl mit neuen Hinweistafeln als auch mit einer neuen Website einen einheitlichen Auftritt realisiert – mit grosser Beteiligung von Abteilungen des Departementes des Innern (Stiftsarchiv, Denkmalpflege, Archäologie). Die hochwertige Signaletik erleichtert seit Herbst 2018 die Orientierung mit mehrsprachigen Wegweisern, Tafeln mit historischen Hinweisen und einem Übersichtsmodell. Dank intensiver Vorarbeiten im Jahr 2018 eröffnen im Jahr 2019 zudem zwei neue Ausstellungen. Im Zeughausflügel des Regierungsgebäudes zeigt ab April die neue Dauerausstellung «Das Wunder der Überlieferung – der St. Galler Klosterplan und Europa im frühen Mittelalter» wertvolle Rechtsdokumente des Stiftsarchivs. Darunter ist etwa das einzige aus der Karolingerzeit überlieferte Professbuch (Verzeichnis der Gelübde eintretender Mönche).



Eröffnungsfeier zur Stiftsarchiv-Ausstellung «Vedi Napoli e poi muori» in Venedig: Neben Bischof Markus Büchel und Regierungsrat Martin Klöti war auch der bischöfliche Kanzler Claudius Luterbacher-Maineri (rechts) Teil der St. Galler Delegation.

Wechselausstellungen mit verschiedenen Urkunden geben Einblicke in die Lebenswelten des Mittelalters. Ausserdem wird der weltberühmte St. Galler Klosterplan der Stiftsbibliothek präsentiert. Im Gewölbekeller der Stiftsbibliothek wurde mit Unterstützung des Kantons eine neue Ausstellung zur Kulturgeschichte des ehemaligen Klosters bereits eröffnet. Dass die St. Galler Geschichte weitherum ausstrahlt, zeigte sich im letzten Jahr zudem auch in Venedig, wo auf der Insel San Giorgio Maggiore die Stiftsarchiv-Ausstellung «Vedi Napoli e poi muori» über die Mönchsreisen in der Frühen Neuzeit gastierte. 24 000 Besucherinnen und Besucher hat diese St. Galler Präsenz in der Lagunenstadt registriert. Dass zur Eröffnung Vertreter des Departementes und des Bistums nach Venedig reisten, ist Ausdruck des sehr guten Einvernehmens zwischen den Institutionen. Dies betrifft freilich nicht nur den Kulturbereich, sondern auch die erfolgreichen Plattformen des Departementes zum interreligiösen Dialog – letztere natürlich mit Beteiligung weiterer Religionsgemeinschaften. Mit dem vom Kantonsrat im Jahr 2018 beschlossenen neuen

Gesetz über die öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften hat das Departement des Innern dafür gesorgt, dass die vier öffentlich-rechtlich anerkannten Gemeinschaften gesetzlich gleich behandelt werden.

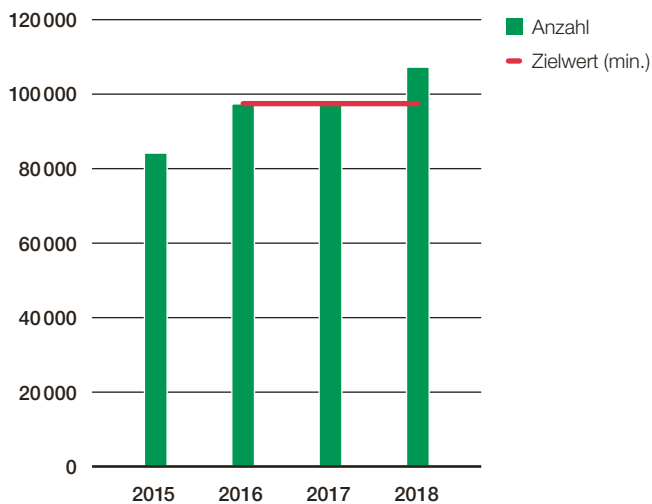
Klanghaus Toggenburg auf gutem Weg

Im Amt für Kultur standen im Jahr 2018 wichtige Arbeiten für weitere Kulturprojekte an. Das architektonisch herausragende Theater St. Gallen kann nun erneuert und erweitert werden. Die Stimmberechtigten haben die Vorlage im März mit 62,5 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen. Im laufenden Jahr steht der Entscheid zum Klanghaus Toggenburg an, dem neuen Kristallisationsort der KlangWelt Toggenburg. Das Gebäude wird dank der besonderen akustischen Optionen sozusagen als begehbares Instrument dienen – für Proben, Aufnahmen, Kurse, für Forschung und Experiment. Ende 2018 hat der Kantonsrat der Vorlage in erster Lesung zugestimmt, die Volksabstimmung über den Baukredit von 22,3 Millionen Franken ist im Juni 2019 geplant.

Die Gesamtsicht auf das geplante Klanghaus Toggenburg ist unverändert einzigartig, die Betriebs- und Finanzkonzepte sind nun optimiert.



Anzahl Besuche in der Bibliothek Hauptpost



In Planung ist zudem die Zusammenführung der Kantons- und Stadtbibliothek beim Blumenmarkt in St. Gallen. Der Bedarf ist ausgewiesen. Die Bevölkerung nutzt die Bibliotheken stetig intensiver. Dies hat sich auch bei der Erarbeitung der kantonalen Bibliotheksstrategie 2019 bis 2022 gezeigt. Die Ausleihen analoger Medien sind von rund 2,2 Millionen im Jahr 2014 auf über 2,4 Millionen im Jahr 2017 angestiegen. Die Ausleihen digitaler Medien wachsen ebenfalls stark. Sehr positiv entwickelt sich die Bibliothek Hauptpost, das gemeinsame Provisorium der Kantons- und Stadtbibliothek.

Ebenfalls in Planung ist eine neue bauliche Lösung für das Staatsarchiv, das unter problematischen Raumbedingungen im Stiftsbezirk leidet. Der Bedarf wird seit dem Jahr 2004 in Studien, Antworten auf parlamentarische Vorstösse und Berichten ausgewiesen und wird immer dringlicher. Mit den Projekten und operativen Arbeiten im Bibliotheks- und Archivbereich werden nicht nur Beiträge zu den kulturellen Zielen der Schwerpunktplanung der Regierung geleistet, sondern auch zu den Zielen 1.2. «zukunftsfähige Infrastruktur» sowie zu 4.1. «gesellschaftsverträgliche Digitalisierung». Die Bereitstellung digitaler Formate und entsprechende Beratungen sind nämlich längst zentrale Arbeitsfelder des Staatsarchivs wie auch der Kantonsbibliothek.

Zeitgemässe Kulturgesetze

Mit den jüngsten zwei Gesetzesprojekten im Amt für Kultur, dem neuen Kulturförderungsgesetz und dem neuen Kulturerbe-gesetz, werden insbesondere die Bewahrung und Überlieferung des beweglichen Kulturerbes wie beispielsweise der Archiv- und Bibliotheksbestände und von Sammlungen verbessert. Bewegliches Kulturgut kann neu beim Amt für Kultur als kantonales Kulturerbe unter Schutz gestellt werden. Das dazu geplante Kulturerbeverzeichnis



Denkmalpflegerische Objekte setzen wichtige Akzente, wie hier ein schützenswertes Pumpwerk (Unterstein) in Altstätten.

wird auch das Wissen um diese Objekte verbessern. Beide Gesetze sind im Jahr 2018, also just im Europäischen Kulturerbejahr, in Kraft getreten. Mit den beiden Vorlagen endet im Übrigen eine längere Phase der vollumfänglichen Modernisierung der Kulturgesetzgebung, wobei auch die Gesetze zum Archiv- und Bibliotheksbereich betroffen sind.

Konsens im Sozialwesen

Die Vision zur Strategie des Departementes des Innern gipfelt im Motto «Ein sicheres Fundament schaffen – gesellschaftliche Perspektiven eröffnen». Beide Vorgaben wurden gerade auch im Sozialen erfüllt. Das St. Galler Sozialwesen hat eine breit akzeptierte Basis. Anderswo sorgen die Rahmenbedingungen der Sozialhilfe immer wieder für politische Konflikte. Zwar ist die Anzahl der im Generalsekretariat des Departementes bearbeiteten Rechtsmittel zu einzelnen kommunalen Entscheiden in den letzten Jahren angestiegen, was Ausdruck eines auch finanziell spannungsreichen Felds ist. Mit dem Abschluss der zweiten Etappe der Revision des Sozialhilfegesetzes wurden aber weitere Bereiche konziser geregelt. Das zweite Paket der im Amt für Soziales erarbeiteten Sozialhilfegesetz-Revision vereinfacht unter anderem die Finanzierung der Aufenthalte von Frauen und Kindern in Notunterkünften wie dem Frauenhaus. Auch das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht wurde revidiert und damit die Praxis der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden massvoll harmonisiert. Schliesslich wurden die Höchstansätze für die Finanzierung von Aufenthalten in Pflegeheimen erhöht, um die tatsächlichen Kosten besser abzubilden. Diese Massnahmen haben wesentlich zu den Regierungszielen zur demografischen Entwicklung (3.1.), zur gesellschaftlichen Vielfalt und Integration (3.2) und natürlich zum Oberziel der Sicherung des Sozialen Friedens beigetragen.



Der Wirkungsbericht Behindertenpolitik basiert auf der Mitarbeit von Vertreterinnen und Vertretern aus Betroffenen- und Fachorganisationen im Rahmen einer Echogruppe.

Neue Ansätze für Behinderte und Familien

Auch das in der Departementsstrategie enthaltene Ziel, «gesellschaftliche Perspektiven» zu eröffnen, wurde im Amt für Soziales umgesetzt. Der «Wirkungsbericht Behinderung» stellt dem Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung ein gutes Zeugnis aus. In den kommenden fünf Jahren sollen neue Schwerpunkte bei der Stärkung der Eigenverantwortung und Selbstständigkeit gelegt werden. Zudem sollen Massnahmen zur Eindämmung der Zahl der Betroffenen von psychischen Behinderungen gefunden werden. Ein Bericht zur familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung zeigt Angebotslücken auf und beurteilt die finanzielle Belastung der Eltern als hoch. Mittels Massnahmen und Handlungsempfehlungen an die Gemeinden soll die Situation besser werden. Im Rahmen eines Kompromisses zur Steuervorlage 17 wurde zudem als Gegenvorschlag zur Familienzulagen-Initiative die Erarbeitung eines neuen Kita-Förderinstruments im Umfang von insgesamt wenigstens 5 Millionen Franken angestossen, was im Sinne des Schwerpunktziels der Regierung zur Schaffung guter Voraussetzungen für die «neue Arbeitswelt» (Schwerpunktziel 2.3.) ist.

«Die Eigenverantwortung und die Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen müssen gestärkt werden.»

Hohe Fallzahlen im Zivilstandswesen

Das Amt für Bürgerrecht und Zivilstand war im Jahr 2018 mit der Implementierung des neuen Rechts für Einbürgerungen und Adoptionen beschäftigt. Die bei volljährigen Personen und minderjährigen Stiefkindern erleichterten Adoptionsvoraussetzungen führten zu einem Anstieg der

Gesuche gegenüber dem Vorjahr um das Dreifache. Bei den Auslandurkunden waren rund 2800 eingegangene Fälle zu verzeichnen. Der in den letzten Jahren beobachtete Anstieg aufgrund von stetig internationaleren Familienverhältnissen hat sich damit verfestigt. Die Pendenzenzahl ist bei den Auslandurkunden sehr hoch. Es resultieren daher mehrmonatige Wartefristen, in dringenden Fällen ist indes eine raschere Behandlung sichergestellt. Bei den Aktenprüfungen und den Namensänderungen konnten die Pendenzen reduziert werden.

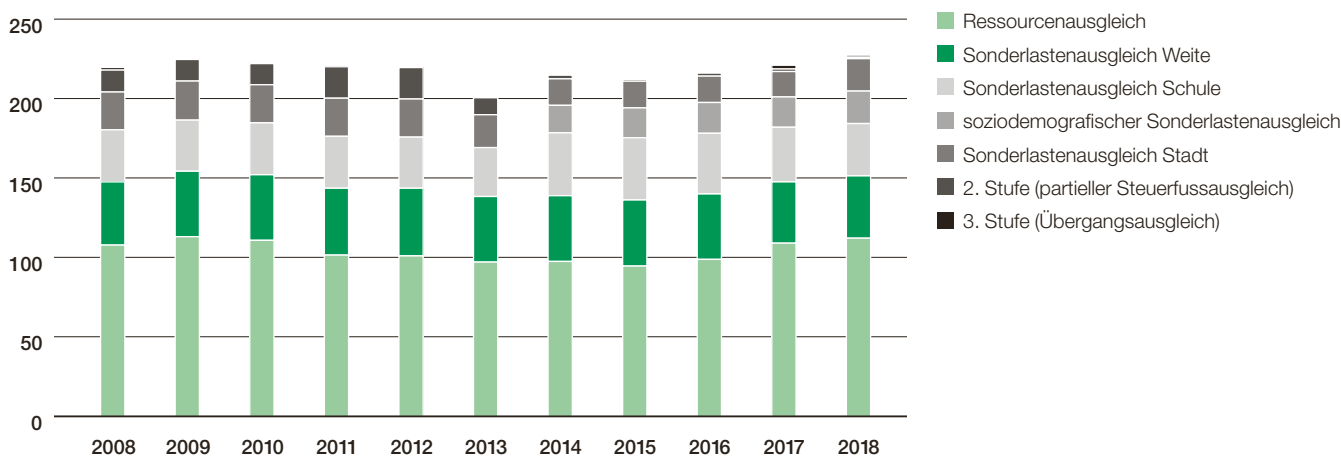
Die Geschäftslast des Konkursamtes hat mit 781 Konkursen einen neuen Höchststand erreicht. Die Höchstzahlen sind auf Anstiege bei den Privaten wie auch bei den Firmenkonkursen zurückzuführen. Diese Entwicklung steht im Gegensatz zur guten Konjunkturlage. Die Zahl der Erledigungen konnte mit 792 Verfahren bei gleichen Personalressourcen gesteigert werden. Unter den Verfahren war auch die Versteigerung eines Schulhauses in St. Gallen. Die Abläufe des Konkursamtes werden im Jahr 2019 durch eine neue IT-Lösung modernisiert.

Der Online-Schalter des Handelsregisters hat sich etabliert. Die Eingaben der Kunden online wie auch auf Papier weisen jedoch häufig Mängel auf, was zu Wartezeiten führt. Das Team des Amtes für Handelsregister und Notariate startete daher im Jahr 2018 den Aufbau einer Online-Mustersammlung von Dokumenten. Im Handelsregister laufen zudem gleich mehrere Ablösungen von Fachanwendungen: Im Jahr 2018 wurde das Programm HR-Net erfolgreich durch CR Business ersetzt, basierend auf einer neuen IT-Organisation im Departement, die einen starken Support durch das Generalsekretariat vorsieht.

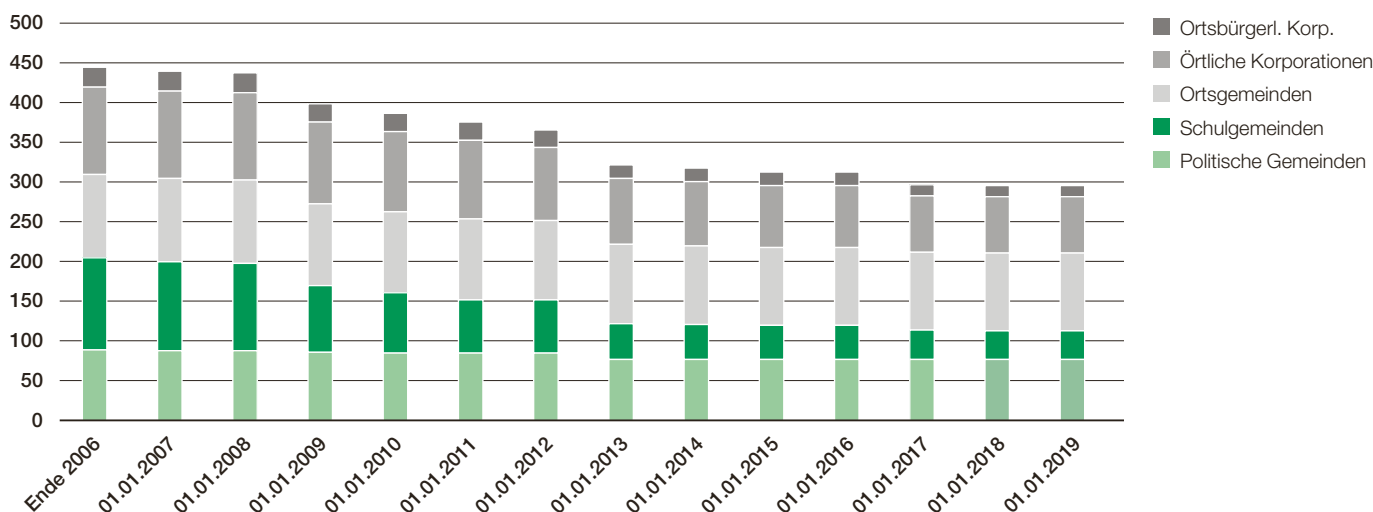
Über kommunale Strukturen diskutieren

Neben der Aufsichts- und Beratungstätigkeit war das Jahr 2018 im Amt für Gemeinden von Projekten geprägt. Ende November lehnte die Bürgerschaft der politischen Gemeinde Marbach die Vereinigung mit Rebstein deutlich ab.

Entwicklung der Ausgaben im Finanzausgleich (in Mio. Franken)



Entwicklung des Gemeindebestands seit 2006 (Anzahl Gemeinden)



Damit endete das im Jahr 2014 gestartete Vorhaben, das eine Einheitsgemeinde Rebstein-Marbach mit rund 6500 Einwohnerinnen und Einwohnern zum Ziel hatte. Die Vereinigung wäre ein weiterer Schritt zur Umsetzung des Schwerpunktziels 1 «Strukturen optimieren» gewesen. Die Regierung hält indes aufgrund der zukünftigen Herausforderungen strukturelle Anpassungen im kommunalen Bereich weiterhin für nötig. Dazu wird zusammen mit Gemeindevertretern ein Projekt diskutiert, das neue Herangehensweisen untersuchen soll.

Ebenfalls zur Stärkung der Gemeinden beitragen könnten die Ergebnisse des Wirksamkeitsberichts 2020 zum innerkantonalen Finanzausgleich. Eine im Jahr 2018 mit kommunaler Beteiligung gegründete Arbeitsgruppe soll das System weiter vereinfachen und allfällige Fehlanreize beseitigen. Im Jahr 2018 wurden über den Finanzausgleich 222,9 Millionen

Franken an die Gemeinden ausgerichtet (siehe Grafik). Nach Praxistests von Pilotgemeinden konnte das Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden auf den 1. Januar 2019 flächendeckend eingeführt werden. Dazu hat das Amt für Gemeinden im letzten Jahr umfangreiche Schulungen durchgeführt.

Ausblick 2019

Das Jahr 2019 wird geprägt sein von der Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz und von der Erarbeitung des neuen Kita-Förderinstruments als Gegenvorschlag zur Initiative «Familien stärken und finanziell entlasten». Auch wird geprüft, wie Angebote des betreuten Wohnens besser finanziert werden können, um vorzeitige Heimeintritte zu verhindern. Im Bereich Kulturförderung wird eine neue Strategie erarbeitet.

4. Bildungsdepartement



Regierungspräsident Stefan Kölliker
Vorsteher Bildungsdepartement

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2018?

Wir haben die Abstimmungen zum Joint Medical Master, zur Aufsicht über die Berufsfachschulen und (ebenfalls noch voll im Jahr 2018 aufgegleist) zur IT-Bildungsoffensive mit hohen Ja-Stimmenanteilen gewonnen. Für mich ist dies ein Vertrauensbeweis der Bevölkerung, der mich persönlich freut. Ausserdem ist das Präsidialjahr für mich stets ein Highlight. Dank der vielen Auftritte spüre ich den Puls der Bevölkerung noch intensiver – eine willkommene Inspiration.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Langfristig wird mit dem Joint Medical Master der Ärztemangel im Kanton St. Gallen reduziert. Davon profitiert die ganze Bevölkerung. Die Änderung bei der Aufsicht über die Berufsfachschulen werden die Schulen und Lehrpersonen intern spüren.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

Mit dem Projekt Gymnasium der Zukunft erhalten die Mittelschulen unter anderem neue, zeitgemässe Lehrpläne und Lektionentafeln. In der Volksschule setzten wir einen Akzent bei der Einführung des Lehrplans.

Was hätte im Jahr 2018 besser funktionieren können?

Die Vorwürfe zu den Vorkommnissen rund um die Universität St. Gallen sind beklagenswert und teilweise gerechtfertigt. Allerdings findet die Diskussion nicht nur sach- und lösungsorientiert statt, was ich sehr bedaure.

Wo wollen Sie im Jahr 2019 Schwerpunkte setzen?

Einer der Schwerpunkte wird die Umsetzung der IT-Bildungsoffensive sein. Ausserdem stehen die Abstimmung zum Campus Platztor der Universität St. Gallen an, und für die neue Fachhochschule Ostschweiz (FHO) werden der Rat und die Rektorin oder der Rektor bestellt. Im Bereich der Begabtenförderung werden wir stufenübergreifend eine Auslegeordnung machen.

Orientierung der St. Gallerinnen und St. Galler in der digitalisierten Welt

Mit der Lancierung der IT-Bildungsoffensive hat der Kanton St. Gallen schweizweit Beachtung erlangt und Pionierarbeit geleistet. Die Offensive umfasst alle Schulstufen und legt ein Schwergewicht auf die Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte und die Weiterbildung der Lehrpersonen und Berufsbildenden. Mit ihr unterstützt der Kanton St. Gallen die Wirtschaft und die Gesellschaft im Umgang mit der zunehmend digitalisierten Welt.

Am 10. Februar 2019 ist der Sonderkredit für die IT-Bildungsoffensive vom Stimmvolk mit 69,84 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen worden. Der Abstimmung vorausgegangen sind im Jahr 2018 intensive Vorbereitungsarbeiten auf politischer und administrativer Ebene. Die IT-Bildungsoffensive stiess auf grosse politische Akzeptanz, und der Kantonsrat ist der Vorlage der Regierung im Sommer 2018 ohne Vorbehalte und Gegenstimmen gefolgt. Damit konnte das Bildungsdepartement zusammen mit seinen Partnern ab Herbst 2018 die Volksabstimmung und die Umsetzung der Offensive vorbereiten.

Der Kanton St. Gallen hat schon viel für Innovationen in der Ausbildung in Bezug auf die Digitalisierung getan, unter anderem die Einführung des Fachs «Medien und Informatik» in der Volksschule, der Beginn der Informatikmittelschule, die Stärkung der Informatik am Gymnasium oder die Einführung des Lehrgangs Wirtschaftsinformatik an der Fachhochschule St. Gallen. Die IT-Bildungsoffensive legt die Spur für den weiteren Fortschritt bei der Schulentwicklung im Zeichen der Digitalisierung. Sie ist einzigartig in der Schweiz, da sie mit einem Gesamtkonzept alle Schulstufen erfasst. Mit einem Sonderkredit von 75 Millionen Franken werden über acht Jahre Bildungsanstrengungen finanziert, welche die Gesellschaft und die Wirtschaft dabei unterstützen, die Herausforderungen und Chancen der rasant fortschreitenden Digitalisierung zu bestehen beziehungsweise zu nutzen.

Ein erstes Hauptziel der IT-Bildungsoffensive ist die Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte an den Hochschulen zugunsten der Wirtschaft. Ein zweites Hauptziel der Offensive ist die Weiterbildung der Lehrpersonen aller Schulstufen und der Auszubildenden der Berufsbranchen, damit diese die Lernenden in der digitalen Welt adäquat fördern können. Flankierend zu diesen beiden Grundstossrichtungen sollen Vernetzungsplattformen, pädagogische Settings und digitale Lernmedien für den Schulunterricht und die Berufsausbildung entwickelt und pilotiert werden. Zur Pädagogik in der Digitalisierung gehören die Kompetenzorientierung, die Flexibilisierung und die Individualisierung der Ausbildung. Nach diesen Kriterien sollen junge Menschen ins Erwerbsleben eingeführt werden. Es geht dabei auch darum, die immer wichtiger werdenden nicht-digitalen Kompetenzen zu fördern und die Rollen von Mensch und Technik zu klären.

«Es geht bei der IT-Bildungsoffensive auch darum, die immer wichtiger werdenden nicht-digitalen Kompetenzen zu fördern und die Rollen von Mensch und Technik zu klären.»

Bildungsagenda ist aktualisiert

Das Bildungsdepartement hatte im Jahr 2014 erstmals eine Bildungsagenda herausgegeben. Die Bildungsagenda hatte die Funktion, die strategischen Grundlagen für die Bildungsentwicklung, wie sie in der Schwerpunktplanung der Regierung und in der darauf aufbauenden Departementsstrategie des Bildungsdepartementes zum Ausdruck kam, in die Breite und auf den «Boden» der Schulwelt zu bringen. Im Jahr 2018 wurde diese Aufgabe nunmehr auf der angepassten strategischen Basis für die Amtsdauer 2016 bis 2020 erneut erfüllt, und die Bildungsagenda wurde aktualisiert. Die Bildungsagenda 2018 wurde neu auch durch den Erziehungsrat mitgeprägt, nachdem diesem Gremium, das ab der nächsten Amtsdauer «Bildungsrat» heisst und vom Kantonsrat gewählt wird, eine erhöhte strategische Bedeutung zukommt.

Zusammenarbeit von Eltern und Schule optimieren

Eltern und Schulen tragen eine gemeinsame Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen. Zusammen verfolgen sie das Ziel, die jungen Menschen im Bildungs- und Entwicklungsprozess bestmöglich zu fördern und zu unterstützen. Eine gute Zusammenarbeit hilft, dass sich die Kinder und Jugendlichen in der Schule wohlfühlen. Nicht immer klappt der Austausch reibungslos. Reibungsverluste entstehen tendenziell dort, wo die Zuständigkeiten, Rollen und gegenseitigen Erwartungen nicht geklärt sind. Im Jahr 2018 hat sich das Amt für Volksschule dem Thema angenommen, und es trifft derzeit Abklärungen, wie der Kanton die Schulen im Bereich der Elternarbeit zusätzlich unterstützen kann. Die Zusammenarbeit von Schule und Eltern wurde zudem als Themenfeld in die Bildungsagenda für die laufende Amtsdauer aufgenommen und am kantonalen Treffen mit den kommunalen Elternorganisationen thematisiert.

«Die Zusammenarbeit von Schule und Eltern wurde als Themenfeld in die erneuerte Bildungsagenda aufgenommen.»

Elternbildung von Anfang an

Die Elternbildung unterstützt die Eltern in ihrer Erziehungs- und Betreuungsaufgabe. Hierzu fanden im Jahr 2018 verschiedene Aktivitäten statt. Das alljährlich durchgeführte St. Galler Forum erfreute sich mit über 600 Teilnehmenden anhaltend grosser Beliebtheit. Es setzte im Jahr 2018, basierend auf der kantonalen Strategie Frühe Förderung,

einen Schwerpunkt im Frühbereich. Zu diesem Zweck wurde das Projekt «Elternbildung vor Ort» lanciert. Das Zentrum Frühe Bildung der Pädagogischen Hochschule St. Gallen hat Multiplikatorinnen zu acht verschiedenen Themen wie «Spiel mit mir!» oder «Sprache – Von Anfang an!» weitergebildet. Dies geschah im Auftrag des Amtes für Volksschule. Die Personen stehen nun jenen Gemeinden zur Verfügung, die Elternbildungsanlässe organisieren möchten.

Informatik als obligatorisches Fach am Gymnasium

Seit Beginn des Schuljahres 2018/19 ist das Fach Informatik an allen Gymnasien des Kantons St. Gallen neu obligatorisch zu besuchen. Damit tragen Regierung und Erziehungsrat zum einen der zunehmenden Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung. Zum andern reiht sich das neue Fach nahtlos in die strategischen Bestrebungen der Regierung ein, die Zukunft des Kantons proaktiv zu gestalten. Es wurde als nicht mehr zeitgemäss empfunden, dass Informatik als Leitwissenschaft an den staatlichen Mittelschulen kein obligatorisches Fach war. Im neuen Fach wird insbesondere wissenschaftlich orientierte Informatik vermittelt und mit Medienbildung und Anwenderkompetenzen verknüpft. Das Fach schliesst an die Lehrinhalte des neuen Fachs «Medien und Informatik» im Sinn des neuen Lehrplans der Volksschule an.



Informatik an Gymnasien: Schülerinnen programmieren Lego-Roboter an der Kantonsschule Wattwil

Projekt «Gymnasium der Zukunft» gestartet

Mitte 2018 hat der Erziehungsrat das Projekt «Gymnasium der Zukunft» gestartet. Das Projekt setzt sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln von Methodik und Didaktik mit

den Herausforderungen für die Gymnasien, namentlich auch derjenigen der Digitalisierung und den damit verbundenen Auswirkungen, auseinander. In drei Arbeitsgruppen mit den Bezeichnungen «Lern- und Lehrformen», «Rahmenbedingungen» und «Übergänge» werden mit dem Fokus auf das Ganze Analysen getätigt, Schlussfolgerungen getroffen und Massnahmen ausgearbeitet. Daraus folgt unter anderem ein Vorschlag für eine neue Lektionentafel. Diese Arbeiten werden bis Mitte 2020 dauern. Danach können die Lehrpläne angepasst werden.

GYMNASIUM DER ZUKUNFT

Logo des neuen Projektes
«Gymnasium der Zukunft»

Geklärte Zuständigkeiten bei Berufsfachschulen

Am 25. November 2018 hat die St. Galler Bevölkerung dem V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung mit rund 82 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt. Die Vorlage klärt die Aufgaben und Zuständigkeiten des Amtes für Berufsbildung und der Berufsfachschulkommissionen der einzelnen Berufsfachschulen. Damit konnte die auf das Jahr 2001 zurückgehende Kantonalisierung der Berufsfachschulen bei den Behörden abgeschlossen werden. Die Umsetzung erfolgt auf die neue Amtsdauer der Berufsfachschulkommissionen per 1. Juni 2020.

Neuaufgabe des Case Management Berufsbildung

Die kantonale Berufs- und Laufbahnberatung startete im Frühjahr 2018 mit einem überarbeiteten Case Management für die Berufsbildung. Das Case Management richtet sich an Jugendliche, die für den erfolgreichen Einstieg in die Berufsbildung besondere Unterstützung benötigen. Es ist das Nachfolgeprogramm des «Plan B» und insbesondere gekennzeichnet durch konkrete Ansprechpartner bei den einzelnen Regionalstellen, die Übernahme der Fallführung und Koordination aller involvierten Akteure sowie verbindliche Ziele und Massnahmen.

Kanton St. Gallen setzt Standards bei den Firmenkursen

Auf der Grundlage des Weiterbildungsgesetzes fördert der Kanton St. Gallen die Grundkompetenzen Erwachsener spezifisch über Firmenkurse. Die Lerninhalte sind so festgelegt, dass sie direkt auf die Bedürfnisse am Arbeitsplatz

abgestimmt sind. Das Projekt wurde zwar im Jahr 2017 lanciert, hat aber im Jahr 2018 schweizweit bereits einen Spitzenwert erzielt (25 Kurse mit gut 200 Teilnehmenden).

«Die universitäre Bildung soll mit dem Campus Platztor und dem Learning Center mehr Platz erhalten.»

Mehr Platz für die universitäre Bildung

Die Universität St. Gallen (HSG) konnte ihre Bauprojekte im Jahr 2018 entscheidend vorantreiben. Für das von der HSG Stiftung finanzierte Learning Center wurde ein Architekturwettbewerb durchgeführt. Das Siegerprojekt von Sou Fujimoto Architects aus Japan wird nun weiter verfeinert. Zudem wurden Schritte eingeleitet, um der Stiftung das Baurecht für das Bauland zu gewähren. Im August 2018 verabschiedete die Regierung ausserdem die Botschaft über die Erstellung des Campus Platztor. Im November 2018 fand das Projekt im Kantonsrat umfassende Zustimmung. Die St. Galler Stimmbevölkerung wird am 30. Juni 2019 abschliessend über das Projekt befinden.



Das Learning Center gemäss Präsentation
von Sou Fujimoto Architects

Joint Medical Master St. Gallen auf Erfolgskurs

Im Juni 2018 stimmte die St. Galler Stimmbevölkerung dem «Joint Medical Master St. Gallen» mit 86 Prozent Ja-Stimmen zu. Die weiteren Aufbauarbeiten für die Arzt Ausbildung in St. Gallen gehen nun zügig voran. Die Nachfrage nach diesem wegweisenden Angebot ist gross.

Im Herbst 2018 konnte bereits die zweite Gruppe von Bachelorstudierenden, die für den St. Galler Masterstudiengang vorgesehen ist, ihr Basisstudium an der Universität Zürich aufnehmen.

Zusätzliche St. Galler Ausbildungsplätze in Schulischer Heilpädagogik

Der Hochschulrat der PHSG hat im März 2018 entschieden, den alle zwei Jahre durchgeführten Masterstudiengang Sonderpädagogik mit Vertiefungsrichtung Schulische Heilpädagogik neu jährlich anzubieten. Diese in Rorschach in Kooperation mit der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) angebotene Ausbildung entspricht einem ausgewiesenen Bedürfnis, da schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen auf dem Markt sehr gefragt sind.

Neue Fachhochschule Ostschweiz nimmt Form an

Im März 2018 konnten die Eckpunkte für die Trägerschaft der neuen Fachhochschule Ostschweiz geklärt werden. Danach starteten die Arbeiten für die Rechtsgrundlage der neuen Schule – ein interstaatliches Konkordat. Parallel dazu wird an der inneren Organisation der zukünftigen Schule gearbeitet: Hierfür wurde eine departementale Organisationsstruktur festgelegt, und eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, unter Einbezug hochschulinterner Stellen eine detaillierte Aufbauorganisation mit sechs Departementen zu entwickeln. Auch für die weiteren Vorbereitungsarbeiten wurden Arbeitsgruppen eingesetzt. Diese betreffen die Wahl der Rektorin oder des Rektors, die Wahl des Hochschulrates sowie die Bestimmung der Corporate Identity und des Corporate Design.

Amt für Sport zu Besuch in den Gemeinden

Eine Delegation aus dem Amt für Sport besuchte über die Jahre 2017 und 2018 alle sechs Regionensitzungen der Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten (VSGP). Die Gemeindepräsidien erhielten Informationen zum Aufgabenfeld des Amtes für Sport, zu den Bewegungsaktivitäten der Bevölkerung und zu Erkenntnissen aus diversen Studien. In angeregten Diskussionen wurden Anliegen der Gemeinden und Unterstützungsmöglichkeiten seitens kantonaler Stellen diskutiert.

Unterstützung für sicheren Sportunterricht

Das Amt für Sport hat auf Beginn des Schuljahres 2018/2019 eine Themensammlung «Sicherheit im Sportunterricht und bei besonderen Veranstaltungen» erarbeitet. Eine erste Themensammlung «Schwimmen und Baden» steht bereits seit dem Schuljahr 2017/2018 zur Verfügung. Mit dieser zweiten Themensammlung steht den Lehrpersonen ein weiteres Unterstützungsangebot für den Sportunterricht zur Verfügung.

Neues OL-Gebiet entsteht dank Arge Alp Sport

Mit der Region Flumserberg konnte dank Arge Alp im Kanton St. Gallen ein neues OL-Gebiet erschlossen werden. Am 13./14. Oktober 2018 nahmen rund 700 Sportlerinnen und Sportler aus den Arge-Alp-Ländern und -Kantonen sowie Gäste aus Baden-Württemberg und dem Kanton Thurgau an den Arge-Alp-Meisterschaften im Orientierungslauf teil. Der Kanton St. Gallen belegte in der Länderwertung hinter dem Tessin den zweiten Rang.



700 Personen nahmen am Arge-Alp-OL auf den Flumserbergen teil.

Ausblick 2019

Im Jahr 2019 steht die Konstituierung der neuen, interstaatlich getragenen Fachhochschule Ostschweiz im Vordergrund: Beitritt zum Trägerkonkordat, Wahl der Rektorin oder des Rektors und des Hochschulrates. Sodann finden Volksabstimmungen zu mehreren Bildungsbauten statt: Campus Platztor für die Universität St. Gallen, gemeinsamer Campus für die Berufsfachschule und die Kantonsschule in Wattwil, Erneuerung des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums St. Gallen.

Die HSR zeigte am World Robot Summit in Tokio, was ihr Renn-Rollstuhl ZED Evolution kann.



Hochschule für Technik Rapperswil

Im Jahr 2018 schloss die Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) die erste Leistungsauftragsperiode, die sich über die Jahre 2017–2018 erstreckt hatte, erfolgreich ab.

Die Gesamtzahl der immatrikulierten Studierenden zeigte mit 1543 Studierenden im Vergleich zum Vorjahr mit 1462 Studierenden eine sehr erfreuliche Entwicklung. Um ein einzigartiges, praxisnahes und aktuelles Angebot zu gewährleisten, wurden die Lehrinhalte in den Studiengängen mit dem Schwerpunkt Digitalisierung konsequent auf die Anforderungen der Praxis ausgerichtet. Der Spitzenplatz im Fachhochschul-Ranking eduwo im Oktober ist ein Indikator für die hervorragende Arbeit, die in den letzten Jahren in allen Leistungsbereichen geleistet wurde. Daneben engagierte sich die HSR mit verschiedenen Programmen in der MINT-Förderung. Im September wurde die Elektrotechnik für ihr Programm «electronics4you» mit der Ehrenmedaille der ETH ausgezeichnet. An zahlreichen Fachveranstaltungen und Konferenzen profitierten im Jahr 2018 über 6500 Teilnehmende vom Wissenstransfer der HSR.

Im August eröffnete die Stiftung zur Förderung der HSR das zweite Studentenwohnheim mit insgesamt 88 komfortablen Zimmern in Campusnähe.

Die HSR lancierte das Projekt «TechPark». Im «TechPark» werden bestehende produktionsnahe Anlagen und Technologien in unmittelbarer Nähe zum Campus intelligent zusammengeführt und vernetzt sowie digitalisierte industrielle Prozesse im Sinne von «Industrie 4.0» abgebildet. Ausgerichtet auf die strategischen Ziele wurden die Kompetenzen in der angewandten Forschung und Entwicklung weiter kontinuierlich und zielgerichtet zusammengeführt. Beispielgebend für diese Aktivitäten ist der «Wassercluster 4.0», worin die schweizweit einzigartige technische Expertise verschiedener Institute, unter anderem aus den Disziplinen Bau- und Planungswesen, Umwelt- und Energietechnik und Elektrotechnik, zusammengeführt wird, um die HSR als bevorzugte Partnerin für digitale Lösungen zu positionieren.



Auf der Bachelor-Stufe verzeichnet die HSG ein leichtes Wachstum, auf der Master-Stufe wie angestrebt einen leichten Rückgang.

Universität St. Gallen

Im Jahr 2018 wurde die erste Leistungsauftragsperiode abgeschlossen, was das Jahr auch aufgrund der Schlussberichterstattung prägte. Zusätzlich wurden zwei Akkreditierungen (EQUIS, AACSB) absolviert.

Die Studierendenzahl wuchs um 1,3 Prozent auf 8669 Studierende. Auf der Bachelor-Stufe verzeichnet die HSG ein leichtes Wachstum, auf der Master-Stufe wie angestrebt einen leichten Rückgang. Bei den Doktorierenden ist eine Konsolidierung festzustellen, wobei insbesondere die getroffenen Massnahmen zur Verbesserung des Betreuungsverhältnisses Wirkung zeigen.

Wichtige Indikatoren dokumentieren, dass die HSG ihre Position als führende und beste öffentliche Wirtschaftsuniversität ausbauen konnte. So ist die Beschäftigungsquote der HSG-Absolvierenden mit 90,8 Prozent im Schweizer Vergleich überdurchschnittlich hoch. Im Financial Times Business School Ranking belegt die HSG wie im Vorjahr Platz 4. Seit 2012 ist die HSG kontinuierlich in den Top Ten dieses Rankings platziert, welches die 95 besten Wirtschaftsuniversitäten in Europa umfasst.

Die Berufungen auf akademische Stellen konnten zeitnaher und, was die Zielprofile betrifft, auch erfolgreicher vorgenommen werden. So konnten vier Lehrstühle im Bereich IT/Computer Science besetzt werden. Für das administrative

Personal wurde im Jahr 2018 das neue Lohnsystem (NeLo) in Anlehnung an die Vorgaben der kantonalen Verwaltung adaptiert, womit im Wesentlichen automatische Lohnentwicklungen der Vergangenheit angehören.

Ein Meilenstein für die HSG stellt die sehr positiv verlaufende Volksabstimmung zum Joint Medical Master dar. In Kooperation mit der Universität Zürich und dem Kantonsspital St. Gallen kann nun ab dem Jahr 2020 die medizinische Masterausbildung in St. Gallen starten. Erste Abschlüsse erfolgen ab dem Jahr 2022. Die HSG kam ausserdem bei der Campuserweiterung Platztor und der Entwicklung des Learning Centers mit einer erfolgreichen Fundraising-Aktion und einem internationalen Architekturwettbewerb bei der Entwicklung voran.

Aufgrund der Vorkommnisse rund um Spesen und Nebenbeschäftigungen hat die HSG Sofortmassnahmen eingeleitet (verschärftes Spesenreglement, klare Regelung des Visierungsprozesses und Verbot von Nebenbeschäftigungen für den zukünftigen Rektor). Weitere unmittelbar wirkende Massnahmen werden im Verlauf des Jahres 2019 umgesetzt. Dazu gehören mehr Transparenz und Anpassung des Reglements zu Nebentätigkeiten, Verstärkung des internen Kontrollsystems (IKS) und Schulung der Mitarbeitenden im Bereich Compliance, mit dem Ziel, einen Kulturwandel herbeizuführen. Die Regelungen zu Governance, Compliance, Transparenz und Aufsicht usw. werden im Rahmen der bereits gestarteten Revision des Universitätsgesetzes umfassend angepasst.

Pädagogische Hochschule St. Gallen

Zur Erfüllung der ersten, verkürzten mehrjährigen Leistungsauftragsperiode 2016–2018 hatte die PHSG einen jährlichen Kantonsbeitrag von 37,488 Millionen Franken erhalten. Dieser wurde nicht vollständig ausgeschöpft, was einerseits auf den haushälterischen Umgang mit den Mitteln zurückzuführen ist. Andererseits lagen auch die effektiven Studierendenzahlen unter dem budgetierten Wert. Dank guter Rechnungsabschlüsse und ausserordentlicher Einlagen in das Grundkapital konnte die Risikofähigkeit der PHSG massgeblich verbessert werden.

450 Frauen und Männer meldeten sich im Jahr 2018 für ein Studium an der PHSG an. Bei der Weiterbildung wurde trotz Wegfall der Basisthemenkurse (Lehrplan 21) eine Kursteilnahmezahl von 11 190 erzielt. Insgesamt wurden 652 Weiterbildungskurse angeboten.

Am 1. September 2018 haben zwei neue Prorektoren an der Pädagogischen Hochschule St. Gallen (PHSG) ihre Arbeit aufgenommen: Prof. Dr. Christian Brühwiler für Forschung und Entwicklung, Prof. Dr. José Gomez für Weiterbildung und Dienstleistungen.

Im neu zusammengestellten wissenschaftlichen Beirat äussern sich nationale und internationale Fachpersonen aus wissenschaftlicher Perspektive zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Sie begleiten und beraten das Rektorat in der Entwicklung der Hochschule mit einem kritisch-konstruktiven Blick.

Mit dem Zusammenschluss bedeutender Forschungsinstitutionen und Hochschulen der Ostschweiz wurde unter dem Credo «Technologie + Kreativität» die interdisziplinäre Initiative Smartfeld lanciert. In Anlehnung an den Lehrplan 21 stehen die gezielte Förderung von Zukunftskompetenzen von Kindern und Jugendlichen sowie das kreative und eigenverantwortliche Entdecken im Vordergrund.

Im Zusammenhang mit der institutionellen Akkreditierung werden die Hochschulen hinsichtlich ihrer Qualitätssicherung begutachtet. Im Dezember 2018 reichte die PHSG den Selbstbeurteilungsbericht ein, welcher der Vor-Ort-Visite durch eine Gutachtergruppe von Anfang 2019 zugrunde liegen wird.

i



Prof. Dr. José Gomez ist neuer Prorektor für Weiterbildung und Dienstleistungen an der PHSG.



Prof. Dr. Christian Brühwiler ist neuer Prorektor für Forschung und Entwicklung an der PHSG.

5. Finanzdepartement



Regierungsrat Benedikt Würth
Vorsteher Finanzdepartement

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2018?

Mein Highlight war, dass es möglich wurde, mit allen Fraktionen einen Kompromiss bei der Steuerreform zu finden. Man spricht immer von der zunehmenden Polarisierung. Darum ist es ein erfreuliches Zeichen, dass es im Kanton St. Gallen trotz unterschiedlicher Haltungen möglich ist, sich zusammenzuraufen und ein sehr gutes Paket zu schnüren.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Der Steuerabzug für Versicherungsprämien wird um 800 Franken erhöht, der Fahrkostenabzug um 600 Franken, die Familienzulagen werden um 30 Franken erhöht, die Kita-Förderung verstärkt, und das Volumen für die individuelle Prämienverbilligung wird ausgeweitet. Es ist sichergestellt, dass der Kanton St. Gallen weiterhin über eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung verfügt, was Wohlstand und Arbeitsplätze sichert.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

Eine wichtige Reform war auch die Schaffung des eGovernment-Gesetzes. Damit wurde erstmalig in der Schweiz sichergestellt, dass Kanton und Gemeinden gemeinsam und verbindlich die E-Services steuern und finanzieren. Es kommt nicht von ungefähr, dass der Kanton St. Gallen im interkantonalen Vergleich punkto Digitalisierung der Spitzenreiter ist. Diese Position wollen wir halten und ausbauen.

Was hätte im Jahr 2018 besser funktionieren können?

Die Einführung des neuen Lohnsystems mit der stärkeren Leistungsorientierung war anspruchsvoll. Es ergaben sich verständlicherweise Unsicherheiten bei den Mitarbeitenden. Solche Querschnittprojekte muss die Regierung inskünftig anders steuern. Der traditionelle, dienstwegorientierte Ansatz über die Departemente stösst an Grenzen. Insofern gibt es Lehren aus NeLo.

Wo wollen Sie im Jahr 2019 Schwerpunkte setzen?

Entscheidend ist für mich, dass wir die Steuerreform auf kantonaler wie auch auf eidgenössischer Ebene nun ins Ziel bringen. Die Volksabstimmung vom 19. Mai 2019 ist darum ein wichtiger Meilenstein. Des Weiteren geht es darum, die eGovernment-Anstalt aufzubauen, und schliesslich ist es wichtig, dass der Konsolidierungskurs des kantonalen Haushaltes weiter voranschreitet.

Grossprojekte erfolgreich vorangebracht

Im Finanzdepartement stand die Fortführung von umfassenden Reformen im Vordergrund. Bei der Steuerreform STAF (Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung) hat die Regierung gemeinsam mit den Fraktionen des Kantonsrates einen breit abgestützten Kompromiss erarbeitet. Das Gesetz über E-Government hat den politischen Prozess gut durchlaufen, und die E-Government-Anstalt konnte Anfang 2019 den Betrieb aufnehmen. Die Arbeiten im Projekt «Neues Lohnsystem» wurden per Ende 2018 weitgehend abgeschlossen. Im Projekt «Umsetzungsagenda Finanzperspektiven» laufen die Projektarbeiten planmässig. Schliesslich hat die Regierung das Vorprojekt «New Work» gestartet.

Im Jahr 2018 haben die Eidgenössischen Räte die Inhalte der STAF festgelegt. Darauf basierend hat die Regierung dem Kantonsrat ebenfalls eine Gesetzesvorlage unterbreitet. Der Kantonsrat hat die Vorlage in der Novembersession 2018 mit grossem Mehr in erster Lesung verabschiedet. Der St. Galler Weg ist gekennzeichnet von allgemeinen Gewinn-

steuersenkungen, der Stärkung von forschungsintensiven Unternehmen und namhaften Verbesserungen der sozial- und familienpolitischen Rahmenbedingungen.

Die Vorlage beinhaltet im Wesentlichen folgende steuerliche Massnahmen: Bei der Besteuerung der juristischen Personen soll der effektive Gewinnsteuersatz von aktuell 17,4 Prozent auf 14,5 Prozent reduziert werden. Dazu kommen die Input-Förderung sowie eine Reduktion der Mindeststeuer. Weiter erfolgt bei der Dividendenbesteuerung bei massgeblichen Beteiligungen der Wechsel vom Halbsatz- zum Teilbesteuerungsverfahren mit einer Besteuerung von 70 Prozent. Bei den natürlichen Personen werden der Versicherungsprämienabzug und der Fahrkostenabzug erhöht.



Mit der Steuerreform sollen auch Familien entlastet werden.

«Der breit abgestützte Kompromiss bei der Steuerreform (STAF) ist ein positives und starkes Signal für den Standort St. Gallen.»

Flankierend sollen als Teil des breit abgestützten Steuerkompromisses das Volumen der Individuellen Prämienverbilligung erhöht sowie die familienergänzende Kinderbetreuung gestärkt werden. Schliesslich werden die Familienzulagen um 30 Franken erhöht.

Mit diesen Massnahmen werden die Vorgaben des Bundes gezielt und massvoll umgesetzt. Regierung und Kantonsrat setzen klare Schwerpunkte und entlasten damit die Unternehmen und die natürlichen Personen. Der Lebens- und Wirtschaftsstandort St. Gallen wird damit wesentlich gestärkt – eine wesentliche Zielsetzung der Schwerpunktplanung 2017–2027.

Neues Lohnsystem eingeführt

Per 1. Januar 2019 wurde das Neue Lohnsystem «NeLo» in der ganzen Verwaltung wirksam. Mit diesem Schritt konnte ein bedeutendes Grossprojekt weitgehend abgeschlossen werden. Wichtig wird mit Blick auf die Zukunft die Pflege des Systems sein. Dazu hat die Regierung einerseits eine Referenzfunktionenkommission eingesetzt, anderseits soll in rund drei Jahren eine Überprüfung des Systems vorgenommen werden.

Die Einführung eines neuen Lohnsystems ist sowohl in der Privatwirtschaft als auch in der öffentlichen Verwaltung ein höchst komplexes Vorhaben und stellt hohe Ansprüche in Bezug auf Konzeption und Kommunikation. Das Spannungsfeld zwischen der individuellen Einschätzung und der konsistenten Zuordnung zu Referenzfunktionen über die ganze Verwaltung war dabei offensichtlich.

Bereits zu Beginn des Projekts konnte festgestellt werden, dass sich im Laufe der letzten Jahre teilweise verschiedene Praxiswelten in der Staatsverwaltung entwickelt haben. Mit dem Projekt «NeLo» konnte über die ganze Verwaltung Kohärenz geschaffen und das Besoldungssystem vereinfacht sowie transparenter und leistungsorientierter ausgestaltet werden. Insgesamt hat auch eine Annäherung an die Praxis in der Privatwirtschaft stattgefunden.

«Mit der neuen Personalaufwandsteuerung können sich Regierung und Kantonsrat auf die wesentlichen personalpolitischen Entscheide konzentrieren.»

Etablierung neue Personalaufwandsteuerung

Die neue Personalaufwandsteuerung kam im Budget 2018 erstmals zur Anwendung. Die Regierung hat im Laufe des

Budgetprozesses für das Jahr 2019 sowie im Rahmen der Erarbeitung des Aufgaben- und Finanzplans 2020–2022 die Rahmenbedingungen dazu weiter präzisiert. Die Finanzkommission hat in ihrem Bericht vom Mai 2018 festgestellt, dass die neue Personalaufwandsteuerung gut angelaufen ist und sich auf dem richtigen Weg befindet. Mit dem neuen Ansatz erfolgen die Steuerung und die Diskussion zwischen Regierung und Kantonsrat stufengerecht auf einer strategischen Ebene.



Regionalförster Thomas Brandes nimmt mit dem App Moti den Vorrat des Waldes auf. Das mobile Arbeiten ist Teil des Projekts New Work.

Zentrales Element der neuen Personalaufwandsteuerung ist die Unterscheidung zwischen dem Sockelpersonalaufwand und dem Personalaufwand ausserhalb des Sockels, der weitgehend exogen bestimmt ist. Als Kriterium der Triage wurde somit der Umfang des direkten Handlungsspielraums der Regierung bei der Festsetzung des entsprechenden Personalbedarfs bestimmt. Der Fokus der neuen Personalaufwandsteuerung richtet sich grundsätzlich auf

die Entwicklung des Sockelpersonalaufwands. Der Kantonsrat steuert das Wachstum des Sockelpersonalaufwands über eine Pauschale. Aus der sich daraus ergebenden Gesamtpauschale sind individuelle Lohnmassnahmen, allgemeine Lohnmassnahmen und der strukturelle Personalbedarf zu finanzieren. Für das Personal ausserhalb des Sockels kommt die gleiche Gesamtpauschale zur Anwendung ohne den Anteil für den strukturellen Personalbedarf, da dieser durch äussere Einflüsse, wie zum Beispiel der

und Vernetzung. Zunehmende Mobilität, Kostendruck und höhere beziehungsweise veränderte Ansprüche der Bevölkerung und Unternehmen stellen weitere Herausforderungen dar. Die Verwaltung des Kantons St. Gallen muss angesichts dieser stetigen Veränderungen neue Formen der Zusammenarbeit und neue Arbeitsmodelle für eine effiziente und effektive Aufgabenerfüllung entwickeln. Ziel von New Work ist es, einerseits den Mitarbeitenden neue Arbeitsformen zu ermöglichen sowie die kantonale Verwaltung als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren und die gewünschten Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Andererseits sollen mit neuen Formen der Zusammenarbeit heutige und zukünftige Herausforderungen gelöst werden. Es geht dabei auch um eine neue Denkweise und eine neue Führungskultur.

«Mit dem Projekt New Work soll die aktive Nutzung neuer Arbeitsformen als ständiger Transformationsprozess innerhalb der Organisation verankert werden.»

Das Projekt New Work weist eine hohe strategische Bedeutung auf und ist wesentlicher Bestandteil der Schwerpunktplanung 2017–2027. Das Vorhaben ist in zwei Phasen aufgeteilt: Die Vorprojekt-Phase (Start Februar 2019) nimmt eine erste Auslegeordnung vor, um die wesentlichen Grundlagen für das weitere Vorgehen zu klären. Dabei ist insbesondere ein gemeinsames Grundverständnis für dieses bedeutende Vorhaben zu schaffen. Danach und voraussichtlich ab Sommer 2020 startet der eigentliche Veränderungsprozess, der gezielt neue Arbeitsformen ermöglichen und entwickeln soll.

Umsetzungsagenda Finanzperspektiven auf Kurs

Der Bericht «Langfristige Finanzperspektiven» wurde am 1. März 2016 vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen. Referenzierend auf den erwähnten Bericht hat die Regierung beschlossen, die Steuerung der bedeutendsten Staatsbeiträge sowie die Entwicklung weiterer relevanter Haushaltspositionen, welche den Kantonshaushalt massgebend beeinflussen, im Rahmen der sogenannten «Umsetzungsagenda Finanzperspektiven» zu analysieren und zu optimieren. Die Arbeiten sind auf insgesamt zehn Teilprojekte aufgeteilt. Mit diesem Vorhaben soll die Zielsetzung der Schwerpunktplanung 2017–2027, die finanzielle Lage des Kantons zu verbessern sowie die Staatsquote zu stabilisieren, nachhaltig erreicht werden.



demografischen Entwicklung oder der Migration, getrieben wird und kaum durch eine Vorgabe gesteuert werden kann.

Vorprojekt zu New Work gestartet

Die kantonale Verwaltung befindet sich in einem dynamischen und anspruchsvollen Umfeld. Die fortschreitende Digitalisierung ermöglicht ortsunabhängigen Wissenszugang

i



In tiefer Trauer nimmt das Finanzdepartement Abschied von Urs Bernhardsgrütter, einem geschätzten Mitarbeiter, wertvollen Kollegen und lieben Freund.

Todesfall von Urs Bernhardsgrütter

Am 12. September 2018 ist Urs Bernhardsgrütter, der langjährige Leiter des Amtes für Finanzdienstleistungen, bei seinem abendlichen Spaziergang aus dem Leben geschieden. Das Finanzdepartement musste Abschied von einem hervorragenden Mitarbeiter, guten Kollegen und lieben Freund nehmen.

Urs Bernhardsgrütter kam nach seiner Lehre am 1. März 1986 zur damaligen Finanzverwaltung. Im Jahr 2005 wurde Urs Bernhardsgrütter zum Leiter des neu geschaffenen Amtes für Finanzdienstleistungen gewählt. Er hatte sich in ausgeprägtem Mass mit seinem Arbeitgeber identifiziert und arbeitete mit allen Stellen im Kanton gut und eng zusammen. Urs gehörte zu jenen Menschen, die persönlich dafür verantwortlich sind, dass die kantonale Verwaltung wie ein gut geöltes Räderwerk funktioniert. Grundlage für diesen Erfolg war nicht der grosse Auftritt, sondern sein kompetentes, zuverlässiges und immer unterstützendes Wirken.

Mit dem Budget 2019 wurde durch den Kantonsrat die Umsetzung eines ersten Paketes der «Umsetzungsagenda Finanzperspektiven» (Paket I) genehmigt. Um die Entlastungsvorgabe des Kantonsrates zu erreichen, wird ein weiteres Massnahmenpaket (Paket II) notwendig werden. Gemäss aktueller Zeitplanung ist vorgesehen, bis Ende 2019 eine Vorlage mit entsprechenden Gesetzesänderungen zu erarbeiten. Diese Vorlage wird Gesetzesanpassungen des Pakets II der «Umsetzungsagenda Finanzperspektiven» sowie des Projekts «NFA-Effekte/Gemeinden» beinhalten. Die parlamentarische Beratung soll in der ersten Jahreshälfte 2020 stattfinden. Mit diesem Fahrplan wird die Inkraftsetzung der Gesetzesänderungen per Anfang 2021 ermöglicht.

Digitalisierung koordiniert nutzen

Nachdem im Jahr 2018 die parlamentarischen Arbeiten sowie verschiedene Vorbereitungen zum Aufbau und zur Gründung der E-Government-Anstalt abgeschlossen werden konnten, wird die Anstalt im Januar 2019 den Betrieb aufnehmen. Das Vorgehen des Kantons St. Gallen und der Gemeinden ist einzigartig in der Schweiz, denn mit «eGovernment St. Gallen digital.» haben sich die beiden Staatsebenen für eine übergeordnete, gemeinsame Steuerung entschieden.

«Mit der E-Government-Anstalt können wir unsere Spitzenposition in der Digitalisierung festigen.»

Inskünftig können zentral verbindliche Standards für Gemeinden und Kanton definiert sowie die strategischen eGovernment-Services festgelegt werden. Durch den Betrieb einer gemeinsamen Beschaffungsplattform lassen sich erhebliche Synergien nutzen, was die Durchgängigkeit der Systeme und der Abläufe garantiert, die Datensicherheit steigert und die Kosten optimiert. Mit diesem Vorhaben werden auch wichtige Grundlagen zur Umsetzung der Ziele der Schwerpunktplanung 2017–2027 (Themenbereiche Digitalisierung und Reformen) sowie der IT-Strategie 2016+ gelegt. St. Gallen nimmt im interkantonalen Digitalisierungsvergleich eine Spitzenposition ein. Diese kann mit den getroffenen Massnahmen gefestigt werden.

eGovernment
St. Gallen digital.

Mit diesem Logo tritt die neue eGovernment-Anstalt in der Öffentlichkeit auf.

Ausblick 2019

Im Jahr 2019 steht bei der Steuerreform auf Ebene Kanton der Abschluss des parlamentarischen Prozesses an. In diesem Kontext ist die Referendumsabstimmung auf Bundesebene relevant (19. Mai 2019). Die Vorbereitungen für die anstehende Umsetzung sind mit Hochdruck voranzutreiben.

Der finanzielle Ausblick zeigt für den Kanton ein anspruchsvolles Bild. Das Finanzdepartement und die Regierung werden sich im Jahr 2019 intensiv mit der mittel- und

längerfristigen finanziellen Entwicklung auseinandersetzen. Dazu werden das Finanzleitbild überprüft und der Bericht zu den langfristigen Finanzperspektiven des Kantons aktualisiert.

Die Digitalisierung im öffentlichen Sektor ist gemeinsam und koordiniert über alle Staatsebenen hinweg voranzutreiben.

i



Der Kantonsrat hat mit dem Budget 2019 den Krediten zur Kapitalerhöhung der SGKB zugestimmt.

Public Corporate Governance: Wesentliche Änderungen im Jahr 2018

Im Rahmen des jährlichen Geschäftsberichts informiert die Regierung über wesentliche Änderungen sowie bedeutende Vorkommnisse bei den kantonalen Beteiligungen.

Rückwirkend per 1. Januar 2018 erfolgte Mitte 2018 die Fusion der Abraxas Informatik AG mit der Verwaltungsrechenzentrum AG sowie der Abraxas-VRSG Holding AG zur Abraxas Informatik AG. Der Kanton St. Gallen ist mit 42,4 Prozent der Aktien an der Abraxas Informatik AG beteiligt.

Aufgrund von bereits erfolgten und sich abzeichnenden Verschärfungen der Eigenmittelvorschriften haben sich der Verwaltungsrat und die Regierung dafür ausgesprochen, die Eigenmittelbasis der

St. Galler Kantonbank (SGKB) zu stärken. Der Kantonsrat hat mit dem Budget 2019 den erforderlichen Krediten zur Kapitalerhöhung der SGKB zugestimmt. Durch die Kapitalerhöhung wird sich die Beteiligung des Kantons an der SGKB von heute 54,8 Prozent auf das gesetzliche Minimum von 51 Prozent reduzieren. Die Generalversammlung der SGKB wird im April 2019 über die Kapitalerhöhung entscheiden.

Schliesslich wurde im Jahr 2018 eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt, die alle E-Government-Belange im Kanton und den Gemeinden koordiniert und abstimmt, aufgebaut. Ihren operativen Betrieb hat die «eGovSG» am 1. Januar 2019 aufgenommen.

Im Jahr 2018 wurden keine neuen Eigentümerstrategien verabschiedet.

6. Baudepartement



Regierungsrat Marc Mächler
Vorsteher Baudepartement

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2018?

Das Baudepartement hat der Regierung fünf Hochbauprojekte vorgelegt: das Regionalgefängnis Altstätten, den Campus Platztor, das Klanghaus Toggenburg, den Campus Wattwil und die Sanierung des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums St. Gallen. Hinter diesen Vorhaben steckt enorm viel Arbeit. Persönlich war es für mich ein Highlight, das Präsidium des Vereins Minergie zu übernehmen. Damit kann ich einen konkreten Beitrag zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 liefern.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Drei der fünf Bauvorhaben sind Neubauten oder Sanierungen für Hoch-, Mittel- oder Berufsfachschulen. Konkret profitieren also alle Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie das Lehrpersonal. Das Lehren und Lernen soll in zeitgemässen und attraktiven Räumlichkeiten stattfinden.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

Der Kanton St. Gallen hat endlich ein neues Geoinformationsgesetz auf den Weg gebracht. Zusammen mit den Gemeinden haben wir auch die Organisation für die Verwaltung der Geoinformationen neu geregelt. Das neue Kompetenzzentrum wird künftig die Geoinformationen des Kantons und aller Gemeinden aus einer Hand führen und die technische Infrastruktur zur Verfügung stellen. Diese attraktive Lösung führt zu wesentlich tieferen Betriebskosten.

Was hätte im Jahr 2018 besser funktionieren können?

Das Baudepartement verzeichnete im Jahr 2018 eine hohe Fluktuationsrate bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Speziell die Rekrutierung von Fachspezialistinnen und Fachspezialisten ist anspruchsvoll. Wir sind froh, die Stellen schnellstmöglich wieder besetzt zu haben. Dazu gehören auch die zwei wichtigen Führungspositionen des Kantonsplaners und des Strasseninspektors.

Wo wollen Sie im Jahr 2019 Schwerpunkte setzen?

Der Klimawandel ist eines der grössten Probleme unserer Welt. Somit beschäftigt der Klimawandel auch das Baudepartement. Erstens arbeiten wir an einer Strategie zur Anpassung an den Klimawandel. Zweitens formulieren wir ein neues Energiekonzept, und drittens passen wir unser Energiegesetz dem aktuellen Stand der Technik an. Damit soll es uns gelingen, die Energieeffizienz zu erhöhen und den CO₂-Ausstoss noch deutlicher zu senken.

Grosses auf den Weg gebracht

Gute Bildung braucht Raum. Im Zentrum der Planungsarbeiten im Baudepartement standen im Jahr 2018 drei Bauvorhaben für die Bildung, die 2019 zur Volksabstimmung gelangen. Ausserdem erreichte das Hochwasserschutzprojekt Rhesi am Alpenrhein mit der Erarbeitung des Generellen Projektes einen weiteren Meilenstein.

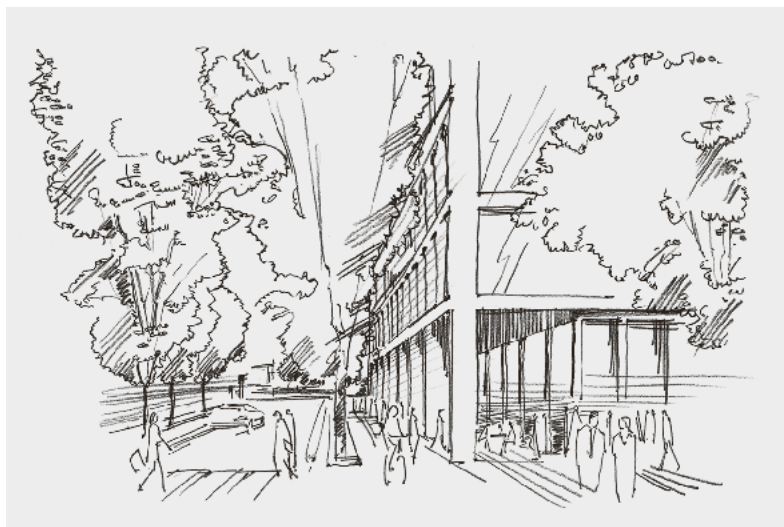


So könnte eine Aufweitung des Rheins im Bereich Kriessern und Mäder (A) in Zukunft aussehen.

Vor dem Wasser schützen und das Wasser schützen: Das Projekt Rhesi (Rhein, Erholung und Sicherheit) soll den Hochwasserschutz am Alpenrhein verbessern und naturnahe Lebensräume schaffen. Mit dem Projekt soll die Abflusskapazität des Rheins auf der gesamten internationalen Strecke zwischen dem Kanton St. Gallen und dem Bundesland Vorarlberg erhöht werden. Dafür sollen die Dämme verstärkt und aufgeweitet werden. Heute ist der Alpenrhein für ein 100-jähriges Hochwasser ausgebaut. Ohne zusätzliche Ausbaumassnahmen könnte das Rheintal bei einem sehr grossen Hochwasserereignis grossflächig überflutet werden. Gleichzeitig will Rhesi einen natürlichen Lebensraum schaffen, in dem Tiere und Pflanzen sich entwickeln und Menschen sich erholen und verweilen können. Nach der mehrjährigen Variantenentwicklung wurde im Jahr 2018 das Generelle Projekt abgeschlossen. Damit liegt die

Ausgestaltung des Projekts im Wesentlichen vor und wird 2019/2020 für die Behördenprüfung vorbereitet. Im Jahr 2021 soll das Genehmigungsprojekt zur Bewilligung eingereicht werden.

Wichtige Grossvorhaben hatte der Kanton im Jahr 2018 auch im Bildungsbereich auf den Weg gebracht. Für drei Schulen soll neu gebaut, Gebäude sollen erweitert oder saniert werden. Die Bauvorhaben Campus Platztor, Campus Wattwil und die Gesamterneuerung des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums St. Gallen gelangen voraussichtlich im Jahr 2019 zur Volksabstimmung. Damit trägt das Baudepartement dazu bei, das Schwerpunktziel 1.2 Zukunftsfähige Infrastruktur und 2.1 Innovative Bildung und Forschung aus der Schwerpunktplanung der Regierung zu erfüllen.



Auf dem Areal Platztor am Unteren Graben soll ein Neubau für die Universität St. Gallen entstehen.



Das heutige Gebäude der Kantonsschule Wattwil ist zu klein und stark sanierungsbedürftig.

Ein zweiter Campus für die Universität

Die Universität St. Gallen soll den dringend benötigten Raum erhalten. Der heutige Standort am Rosenberg ist für rund 5000 Studierende ausgelegt, das Bibliotheksgebäude für 3500 Studierende. Heute sind über 8500 Studierende an der HSG immatrikuliert. Daher soll auf dem Areal Platztor am Unteren Graben in der Stadt St. Gallen ein neuer Standort für die Lehre und Forschung entstehen. Auch das Vollzeit-MBA-Programm der Weiterbildung wird im Neubau untergebracht. Rund 3000 Studierende sowie Dozierende und Mitarbeitende sollen künftig auf diesem Campus ein- und ausgehen. Die Regierung hat im Jahr 2018 die Botschaft für den Bau des Campus Platztor verabschiedet und dem Kantonsrat zugewiesen.

«Rund 3000 Studierende sowie Dozierende und Mitarbeitende sollen künftig auf diesem Campus ein- und ausgehen.»

Eine Vorlage für zwei Schulen

Die Regierung beschloss im Jahr 2018, die beiden Vorhaben für den Neubau der Kantonsschule Wattwil und die Erneuerung und Erweiterung des Berufs- und Weiterbildungszentrums Toggenburg in einer Gesamtvorlage zusammenzufassen. Die Kantonsschule soll auf dem Areal Rietstein in Wattwil neu gebaut werden. Die Berufsfachschule wird am bestehenden Standort in unmittelbarer Nähe zum Neubau der Kantonsschule erneuert und erweitert. Die zwei Schulen

nutzen künftig Infrastrukturen wie Aula, Mensa, Küche oder Sportanlagen gemeinsam. Unbestritten ist der bauliche Erneuerungsbedarf der Kantonsschule. Das über 45-jährige Gebäude ist stark sanierungsbedürftig. Auch das Hauptgebäude des Berufs- und Weiterbildungszentrums wird zum Zeitpunkt der geplanten Sanierung im Jahr 2025 einen grossen Instandsetzungsbedarf ausweisen.

Schulstandorte konzentrieren

Die Regierung verabschiedete Ende 2018 die Botschaft über die Gesamterneuerung des Berufs- und Weiterbildungszentrums St. Gallen. Nach über vierzig Jahren Betrieb ist das Gebäude an der Demutstrasse in St. Gallen dringend sanierungsbedürftig. Grosse Mängel zeigen sich beim Brandschutz. Die Haustechnik ist grösstenteils veraltet, und die Gebäudehülle erfüllt in keiner Weise die heutigen energetischen Anforderungen. Ausserdem genügen die Räume im Berufs- und Weiterbildungszentrum den Bedürfnissen eines zeitgemässen Schulbetriebs nicht mehr. Die heutigen sieben Standorte der Schule in der Stadt St. Gallen erschweren den Betrieb. Mit einem Erweiterungsbau sollen die zwei entferntesten Standorte des Berufs- und Weiterbildungszentrums an der Zürcherstrasse 430 und der Grütlistrasse 1 in den Hauptstandort integriert werden.

St. Galler Energiegesetz für die Zukunft rüsten

Der Kanton St. Gallen will sein Energiegesetz weiterentwickeln. Damit sollen die verbindlichen Standards für Neubauten und energetische Erneuerungen wieder dem Stand der Technik entsprechen. Zudem werden die Vorschriften über die Kantons Grenzen hinweg weiter harmonisiert. Der Kanton hat den entsprechenden Nachtrag zum Energiegesetz im Jahr 2018 in die Vernehmlassung geschickt. Im Jahr 2019 soll der Kantonsrat die Vorlage behandeln.



Das Stimmvolk sagte im Jahr 2018 deutlich Ja zur Erweiterung und Erneuerung des Regionalgefängnisses in Altstätten.

Der Nachtrag hat zum Ziel, den Energiebedarf für Heizen, Warmwasser, Lüftung und Klima möglichst gering zu halten. Mit der Anpassung der energetischen Bauvorschriften im kantonalen Energiegesetz leistet der Kanton St. Gallen einen konkreten Beitrag an die Ziele der Energie- und Klimapolitik des Bundes. Schliesslich erhöht sich mit der regionalen Energieproduktion die Wertschöpfung der einheimischen Energiewirtschaft, und die Abhängigkeit vom Ausland vermindert sich.

Regionalgefängnis in Altstätten wird erweitert

Das Stimmvolk sagte im November 2018 mit rund 81 Prozent Ja zur Erweiterung und Erneuerung des Regionalgefängnisses in Altstätten. Das Bauvorhaben ist der erste Schritt, um die Gefängnisse im Kanton St. Gallen langfristig von acht auf drei Standorte zu konzentrieren. Viele der bestehenden Einrichtungen sind zu klein und veraltet. Sie können die gestiegenen Anforderungen an die Haft nur unzureichend erfüllen. Ausserdem können die kleinen Gefängnisse nicht wirtschaftlich betrieben werden. Dank des Neubaus in Altstätten können die Gefängnisse in Widnau, Flums, Bazenheid und Gossau aufgehoben werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 83 Millionen Franken. Der

«Mit der Anpassung der energetischen Bauvorschriften im kantonalen Energiegesetz leistet der Kanton St. Gallen einen konkreten Beitrag an die Ziele der Energie- und Klimapolitik des Bundes.»

Bund beteiligt sich an dem Bauvorhaben voraussichtlich mit 22,8 Millionen Franken. Folglich wird der Kanton 60,2 Millionen Franken finanzieren. Im Sommer 2019 sollen die Bauarbeiten beginnen. Diese dauern rund viereinhalb Jahre. Das Bauvorhaben trägt nicht nur zur Erreichung des Schwerpunktziels 1.2 Zukunftsfähige Infrastruktur, sondern auch zum Ziel 3.4 Umfassende Sicherheit bei.

«Das Bauvorhaben ist der erste Schritt, um die Gefängnisse im Kanton St. Gallen langfristig von acht auf drei Standorte zu konzentrieren.»

206 Millionen Franken für St. Galler Agglomerationsprogramme

Der Bundesrat entschied im Jahr 2018, die St. Galler Agglomerationsprogramme der 3. Generation mit rund 206 Millionen Franken zu unterstützen. Mit rund 130 Millionen Franken fliessen in die Agglomeration St. Gallen-Bodensee am meisten Bundesgelder. Fast 37 Millionen Franken gehen in die Agglomeration Wil. Die Agglomerationen Obersee und Werdenberg-Liechtenstein erhalten rund 29 respektive 10 Millionen Franken. Von den 206 Millionen fliessen 90 Millionen Franken in den Fuss- und Veloverkehr, der Rest in Strassenprojekte für den Kapazitätsausbau, in Projekte im Bereich Verkehrsmanagement und in die Aufwertung des Strassenraums. Die grössten mitfinanzierten Projekte sind die Erschliessung des Entwicklungsschwerpunktes Wil

West und die flankierenden Massnahmen in der Stadt Wil, der Autobahnzubringer Witen in Rorschach und die Aufwertung des Bahnhofs Flawil. Einen Schwerpunkt bilden in der 3. Generation die Investitionen in ein durchgehendes Veloverkehrsnetz und in die Verkehrssicherheit. Im Jahr 2019 soll der Beschluss der Bundesversammlung vorliegen. Die Realisierung der ersten Projekte kann wenige Monate später beginnen. Die Agglomerationsprogramme stimmen Siedlung und Verkehr aufeinander ab. Diese Programme bilden wichtige Elemente zur Erreichung des Schwerpunktziels 1.1 Funktionale Räume.

«Das Baudepartement feierte im August 2018 mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Region den Spatenstich für die Hauptarbeiten der zweiten Etappe der Umfahrungsstrasse Wattwil.»

Zweite Etappe der Umfahrung Wattwil gestartet

Das Baudepartement feierte im August 2018 mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Region den Spatenstich für die Hauptarbeiten der zweiten Etappe der Umfahrungsstrasse Wattwil. Mit dem Bau der zweiten Etappe schliesst der Kanton eine Lücke im Strassennetz des Toggenburgs. Gleichzeitig entlastet die Umfahrungsstrasse das Ortszentrum von Wattwil vom Durchgangsverkehr. Im Durch-

schnitt rollen täglich 9000 bis 12 000 Fahrzeuge durch das Zentrum von Wattwil. Mit der 3,36 Kilometer langen Umfahrungsstrasse wird Wattwil künftig südwestlich umfahren. Nach der Fertigstellung soll sich die Zahl der Fahrzeuge im Dorfzentrum um rund 50 Prozent reduzieren. Im Herbst 2022 soll die Strasse dem Verkehr übergeben werden. Der Kanton investiert 123 Millionen Franken in das Bauprojekt. Mit der Realisierung dieses Strassenbauvorhabens trägt das Projekt dazu bei, das Schwerpunktziel 1.2 Zukunftsfähige Infrastruktur zu erreichen.

Kanton arbeitet an Metropolitanregion mit

Im nationalen Standortwettbewerb entfaltet die Bezeichnung als Metropolitanregion im Raumkonzept Schweiz eine zunehmende Wirkung, vor allem im Bereich Verkehr. Bundesgelder fliessen mehr und mehr in Metropolitanregionen. Die Ostschweiz ist per Definition im Raumkonzept Schweiz keine Metropolitanregion. Die Region Appenzell AR-St. Gallen-Bodensee und die Wirtschaft St. Gallen-Bodensee haben vor zwei Jahren den Ball aufgenommen und organisierten mit wichtigen Ostschweizer Persönlichkeiten aus der Wirtschaft und der nationalen, kantonalen und kommunalen Politik mehrere Denkwerkstätten. Es zeigte sich: Die Voraussetzungen für eine Metropolitanregion sind im schweizerischen Kontext klar gegeben, und das grenzüberschreitende Rheintal spielt eine wichtige Rolle. Deshalb fand ein Austausch über die Grenze hinweg mit Vorarlberger und Ostschweizer Akteuren aus Wirtschaft und Politik statt. Ende 2018 haben die Beteiligten eine Charta für die Metropolitanregion St. Gallen-Bodensee-Rheintal entworfen. Die Charta bildet eine Absichtserklärung der beteiligten Körperschaften und Akteure. Die Charta wird durch das Baudepartement in die Vernehmlassung geschickt und soll im Jahr 2019 verabschiedet werden.



Freude über den Spatenstich für die zweite Etappe der Umfahrung Wattwil: (v.l.n.r.) Gemeindepräsident Alois Gunzenreiner, Kantonsratspräsidentin Imelda Stadler, Regierungsrat Marc Mächler und Gemeindepräsident Christian Spoerlé.



Eine regionale Task Force legte im Jahr 2018 ein neues Konzept für das Klanghaus Toggenburg vor.

Viele Baugesuche bearbeitet

Die Anzahl Baugesuche für die Industrie und das Gewerbe nahm im Jahr 2018 aufgrund der guten Baukonjunktur deutlich zu. Bereits Ende Oktober 2018 waren so viele Baugesuche im Amt für Umwelt eingegangen wie im gesamten Vorjahr. Insgesamt bearbeitete das Amt für Umwelt 938 Baugesuche. In Vergleich mit den letzten zehn Jahren ist das Jahr 2018 ein Rekordjahr bei Bauprojekten der Industrie und des Gewerbes. Der Kanton legt ein besonderes Augenmerk auf die rasche Beurteilung der deutlich gestiegenen Zahl von Bauvorhaben. Gesuche werden von den verschiedenen kantonalen Fachstellen parallel bearbeitet. Den grössten Beitrag zur raschen Bewilligung leistet ein gutes und vollständig dokumentiertes Projekt.

Dem Klimawandel begegnen

Der Klimawandel ist eines der grössten Probleme unserer Welt. In der Schwerpunktplanung 2017–2027 legte die Regierung fest, eine Klimastrategie zu erarbeiten (Schwerpunktziel 2.2 Widerstandsfähige Ökosysteme). Mit der Klimastrategie will der Kanton definieren, wie er auf den bereits spürbaren Klimawandel vorausschauend reagieren kann. Um die Synergien mit bestehenden Abteilungen im Baudepartement zu nutzen und die Strategie voranzutreiben, wurde die Nachhaltigkeitsstelle des Kantons im Jahr 2018 von der Staatskanzlei in das Baudepartement verschoben. Der Projektauftrag zur Strategie soll im Sommer 2019 in der Regierung beraten werden. Die Umsetzung der Strategie ist ab Herbst 2020 geplant.

«Mit der Klimastrategie will der Kanton definieren, wie er auf den bereits spürbaren Klimawandel vorausschauend reagieren kann.»

Ausblick 2019

Im Jahr 2019 stehen vier Volksabstimmungen über kantonale Hochbauten an. Im Juni entscheidet das St. Galler Stimmvolk über den Kredit von 160 Millionen Franken für den Campus Platztor. Zum heutigen Zeitpunkt ist mit einem Baubeginn im Jahr 2023 zu rechnen, die Fertigstellung ist im Jahr 2027 vorgesehen. Ebenfalls zur Abstimmung gelangt der Kredit von 22,3 Millionen Franken für den Bau des Klanghauses Toggenburg. Im November entscheidet das St. Galler Stimmvolk über den Campus Wattwil. Die Investitionen des Kantons in den Campus betragen 108 Millionen Franken. Schliesslich gelangt im November der Kredit von 111 Millionen Franken für die Gesamt-erneuerung des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums in St. Gallen zur Abstimmung.

7. Sicherheits- und Justizdepartement



Regierungsrat Fredy Fässler
Vorsteher Sicherheits- und
Justizdepartement

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2018?

Meine Departementsstrategie für die Jahre 2018–2021 setzt sich unter anderem zum Ziel, den Anteil an Frauen auch im obersten Kader zu steigern. Ich freue mich sehr, dass ich mit der Amtsleiterin Justizvollzug und einer Leitenden Staatsanwältin zwei hervorragend qualifizierte Frauen für die oberste Führungsebene des Sicherheits- und Justizdepartementes gewinnen konnte.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Ein direkter Vorteil entsteht für die Bevölkerung durch die Anstellung einer Frau natürlich nicht, weil auch die Männer ihren Job gut machen. Wir haben als Kantonsverwaltung aber eine Vorbildfunktion, und wenn wir bezüglich Gleichberechtigung weiterkommen wollen, müssen auch wir bewusst und aktiv einen Beitrag leisten. Konkret waren die beiden Frauen übrigens die klar Bestqualifiziertesten unter allen Bewerbenden.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

Wir haben uns in diesem Jahr intensiv mit den Gemeinden darüber unterhalten, wie wir die Aufgabenteilung zum Thema Asyl mit Blick auf die Neustrukturierung der Asylverfahren, die auf den 1. März 2019 in Kraft gesetzt wird und sehr wesentliche Verbesserungen bringen wird, umsetzen wollen. Während in anderen Kantonen die Aufgabenerfüllung im Asylbereich zu erheblichen Konflikten führt, wird im Kanton St. Gallen auch in Zukunft in diesem nicht immer einfachen Thema eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton gepflegt.

Was hätte im Jahr 2018 besser funktionieren können?

Die Trockenheit im Sommer 2018, die dazu geführt hat, dass ich ein kantonsweites Feuer- und Feuerwerksverbot erlassen musste, hat gezeigt, dass die Prozesse und Zuständigkeiten zwischen den involvierten Departementen Volkswirtschaft (Wald), Bau (Wasser) und meinem Departement (Kantonaler Führungsstab) sowie den Gemeinden neu und verbindlich definiert werden müssen. Dies ist in der Zwischenzeit bereits erfolgt.

Wo wollen Sie im Jahr 2019 Schwerpunkte setzen?

Die Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus bleibt auch im Jahr 2019 eine grosse Herausforderung – eine Herausforderung, die weit über den Sicherheitsbereich hinausgeht. Entscheidet sich eine Person, terroristisch aktiv zu werden, ist die Radikalisierung bereits erfolgt. Dann ist es zu spät. Wir müssen deshalb alles daran setzen, eine Radikalisierung zu verhindern. Der Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus schlägt 26 Massnahmen vor. Unter Federführung meines Departementes wird im Jahr 2019 ein kantonaler Aktionsplan erarbeitet.

Herausforderung Digitalisierung

Weder Staats- noch Kantonsgrenzen stehen der elektronischen Datenverarbeitung im Weg. Eine Erleichterung für die tägliche Arbeit, ein unerschöpflicher Wissensfundus, aber auch unendliche Missbrauchsmöglichkeiten folgen aus der Digitalisierung, die unser ganzes Leben in rasendem Tempo durchdringt. Die «Grenzenlosigkeit» der Digitalisierung stellt gerade das Sicherheits- und Justizdepartement vor grosse Herausforderungen, will die Strategie aus der Schwerpunktplanung ernst genommen werden: «Die Regierung schafft die Voraussetzungen, damit Polizei und Strafverfolgungsbehörden den neuen kriminellen Handlungsformen des digitalen Zeitalters wirkungsvoll begegnen können.»

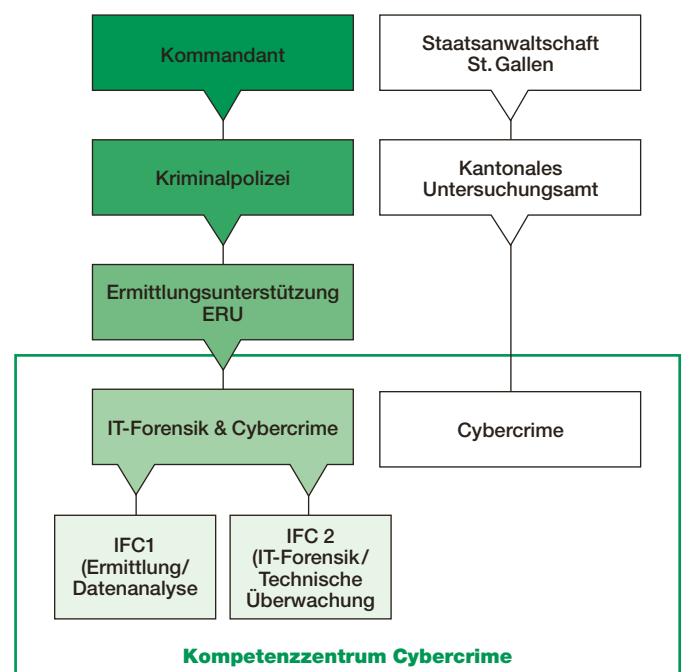
Cybercrime bezeichnet Verbrechen im virtuellen Raum: DDoS-Attacken legen Webseiten lahm. Ransomware infiziert Computer, und der Besitzer wird anschliessend erpresst. Mittels Phishing versuchen Täter, an Bank- oder Kreditkartendaten zu gelangen. Die virtuellen Räume ohne Landesgrenzen und das Fachwissen der Täter erschweren es Polizei und Staatsanwaltschaft, den Tätern auf die Spur zu kommen. Im Sommer 2017 haben daher die Kantonspolizei und die Staatsanwaltschaft St. Gallen ein Projekt für die gemeinsame und wirkungsvolle Bekämpfung der Cyberkriminalität lanciert.

Projekt «Cybercrime Unit (CU)»

Auf der Basis definierter Aufgaben und Prozesse wurde ein Kooperationsmodell zwischen Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft entwickelt und erfolgreich eingeführt. Innerhalb eines Jahres wurden die Organisations- und Führungsstrukturen für ein Kompetenzzentrum Cybercrime geschaffen, in dem Mitarbeitende der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft unter einem Dach arbeiten. Das Kompetenzzentrum, das seine Arbeit im September 2018 aufgenommen hat, umfasst vorerst einen Staatsanwalt, der auf Cyberdelikte spezialisiert ist, sowie eine neue kriminalpolizeiliche Abteilung mit zwei Fachgruppen, in der technische Spezialisten sowie versierte Ermittler und Analysten tätig sind. Mittel- und langfristig wird ein Stellenausbau im Kompetenzzentrum bei der Kantonspolizei wie auch bei der Staatsanwaltschaft unumgänglich sein. Damit werden, wie

in der Schwerpunktplanung (3.4) vorgesehen, die Voraussetzungen geschaffen, damit Polizei und Strafverfolgungsbehörden den neuen kriminellen Handlungsformen des digitalen Zeitalters wirksam begegnen können.

Cyberunit





Martin Reut, polizeilicher Leiter Abteilung IT-Forensik & Cybercrime und Daniel Burgermeister, Staatsanwalt für Cybercrime

Im Rahmen ihrer Aufgabe, Kriminelle über die Landesgrenzen aufzuspüren und trotz komplexer technischer und juristischer Fragestellungen der Strafverfolgung zuzuführen, haben die in der Aufbauphase eingesetzten Spezialisten bereits Ermittlungshandlungen vorgenommen und können erste Erfolge vorweisen. Parallel dazu sind sie in der Ausbildung der Mitarbeitenden von Polizei und Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung der Cyberkriminalität aktiv. Dabei agiert das Kompetenzzentrum in Bezug auf technische, ermittlungstaktische oder juristische Fragestellungen innerhalb der Strafverfolgungsbehörden als zentrale Ansprechstelle (SPOC) und ist mit den entsprechenden Partnerorganisationen der Kantone und des Bundes vernetzt.

Asylbereich wird neu strukturiert

Die Schweizer Bevölkerung hatte am 5. Juni 2016 eine Gesetzesvorlage zur Neustrukturierung im Asylbereich mit grosser Mehrheit angenommen. Die Neustrukturierung des Asylbereichs ist darauf ausgerichtet, die Asylverfahren deutlich schneller und dennoch rechtsstaatlich korrekt ab-

zuwickeln. Etwa 60 Prozent aller Asylgesuche sollen künftig innerhalb von 140 Tagen rechtskräftig entschieden werden und abgewiesene Asylsuchende direkt zurückgeführt werden. Diese Verfahren werden in regionalen Bundesasylzentren durchgeführt. Personen, deren Asylgesuch weitere Abklärungen benötigt (etwa 40 Prozent), werden wie bis anhin auf die Kantone verteilt.

Im Kanton St. Gallen haben sich das Sicherheits- und Justizdepartement sowie die Gemeinden frühzeitig und intensiv mit der Neuausrichtung auseinandergesetzt und die Aufgabenteilung im Asylwesen neu definiert. Die politischen Gemeinden werden ab 1. Januar 2019 – nebst den unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden – Personen mit einem positiven Asylentscheid oder einer vorläufigen Aufnahme direkt ab Bundeszentrum in ihren Einrichtungen unterbringen. Im Gegenzug wird der Kanton alle Personen, deren Asylgesuche weitere Abklärungen benötigen, sowie die Nothilfefälle in kantonalen Zentren unterbringen.

«Mit der neuen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden wird die Neustrukturierung des Asylbereichs im Kanton St. Gallen wirksam umgesetzt.»

Die Neustrukturierung auf Bundesebene und die neue Aufgabenteilung im Kanton bedingen eine konzeptionelle Neuausrichtung der bestehenden Asylzentren. Die Zentren Thurhof (Oberbüren), Bergruh (Amden) und Landegg (Eggersriet/Lutzenberg) werden zu Zentren mit Integrationscharakter. Für die Unterbringung von Nothilfeempfängern ist

Sicherheitspolizeiliche Einsätze der Kantonspolizei 2014–2018

h Stunden MA Mitarbeiter E Einsätze

	2014			2015			2016			2017			2018		
	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E
Rapperswil-Jona Lakers	8064	960	46	6485	772	28	882	105	3	2092	249	7	4250	506	8
FC St. Gallen	1277	152	11	2461	293	12	2024	241	10	2058	245	11	2243	267	11
FC Wil	1235	147	13	1764	210	9	2629	313	6	2890	344	7	1789	213	5
FC Vaduz	1270	151	7	2965	353	14	865	103	5	0	0	0	84	10	1
SC Brühl	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Länderspiele AFG Arena	101	12	1	0	0	0	227	27	1	0	0	0	0	0	0
OD Grenze	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Einsätze (Demos usw.)	1915	228	6	521	62	3	1982	236	3	1176	140	1	0	0	0
Jahrestotal	13862	1 650	84	14196	1 690	66	8609	1 025	28	8215	978	26	8366	996	25

das Ausreise- und Nothilfezentrum Sonnenberg in Vilters vorgesehen. Die Asylsuchenden werden grundsätzlich erst nach einem positiven Asylentscheid oder einer vorläufigen Aufnahme einer Gemeinde zugewiesen. Die Aufenthaltsdauer in kantonalen Kollektivzentren dauert je nach Vorbildung und dem erreichten Integrationsstand rund sechs Monate. Bei der Ausrichtung der Zentren mit Integrationscharakter liegen die Hauptakzente im Erlernen der deutschen Sprache, in der Vorbereitung auf das Leben in einer Gemeinde und auf das Erlangen wirtschaftlicher Selbstständigkeit als Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Schulpflichtige Kinder werden durch ausgebildete Lehrkräfte analog zur Volksschule intern auf den Unterricht in einer öffentlichen Schule vorbereitet. Damit rückt für Asylsuchende auch in den kantonalen Zentren die Integration von Beginn an in den Mittelpunkt ihres Alltags, zumal aufgrund der Erfahrungen zu erwarten ist, dass ein grosser Teil dieser Personen ein Bleiberecht erhalten wird. Hierfür wurden Teilkonzepte in 13 verschiedenen Themenbereichen (Betreuung, Beschulung, Gesundheit usw.) erarbeitet. Diese gilt es in den kommenden Monaten umzusetzen.

Die für das Ausreise- und Nothilfezentrum festgehaltenen Rahmenbedingungen sollen die Bewohnenden zur Ausreise bewegen und ihnen die Aussichtslosigkeit eines längeren Aufenthalts in der Schweiz verdeutlichen. Es herrscht Anwesenheitspflicht während der Nacht, und die Nothilfeleistungen (Unterkunft, Verpflegung, medizinische Grundversorgung) werden nur in Form von Naturalleistungen erbracht. Für die erwachsenen Bewohnenden werden keine Schule oder externe Beschäftigungsprogramme angeboten. Schulpflichtige Kinder haben jedoch Anrecht auf Schulunterricht, der durch eine ausgebildete Lehrperson analog zur Volksschule intern angeboten und sichergestellt wird.

Ausländerbestand steigt weiter

Ausländerbestand im Kanton St. Gallen

	2016	2017	2018
Bestand ständige ausländische Wohnbevölkerung	117 141	118 284	119 834
– davon: EU-28/EFTA (Freizügigkeitsabkommen)	67 455	68 297	69 562
– davon: Drittstaaten	49 686	49 987	50 272
Grenzgänger (gemäss Grenzgängerstatistik)	8 856	9 113	9 146
Grenzgängerbewilligungen	11 226	11 504	11 545

Integrationsvereinbarungen Kanton St. Gallen

	2016	2017	2018
Geführte Integrationsgespräche	487	537	585
Total abgeschlossene Integrationsvereinbarungen, davon:	464	510	568
IntV Familiennachzug	342	250	276
IntV mit vorläufig aufgenommenen Personen	100	239	278
IntV mit Brückenpersonen	3	1	3
IntV mit bereits anwesenden Drittstaatsangehörigen	19	20	11

Zwangsmassnahmen Kanton St. Gallen

	2016	2017	2018
Eingrenzungen	0	16	15
Ausgrenzungen	106	18	20
Ausschaffungen nach AuG	260	286	266
Ausschaffungen nach AsylG	70	49	52
Dublin-Ausschaffungen	108	86	98
Total Ausschaffungen	438	421	416

Einführung Electronic Monitoring als Vollzugsform

Seit dem Jahr 2018 sieht das Schweizerische Strafgesetzbuch den Vollzug mit Electronic Monitoring, der elektronischen Fussfessel, anstelle von Freiheitsstrafen bis zwölf Monaten oder, bei längeren Freiheitsstrafen, anstelle des Wohn- oder Arbeitsexternats vor. Der operative Start erfolgte im Amt für Justizvollzug am 1. April 2018. Bis Ende 2018 wurden erst sieben Gesuche eingereicht, wovon fünf bewilligt werden konnten. Bisher verliefen alle Vollzüge mit Electronic Monitoring weitestgehend problemlos. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die einweisende Behörde die eingehenden Gesuche genau prüft. Andererseits evaluiert die Vollzugsstelle EM (angegliedert bei der Bewährungshilfe) mittels einer Eignungsabklärung ebenfalls umfassend, ob Electronic Monitoring erfolgsversprechend sein könnte. Der Aufwand bei der Vollzugsstelle ist gross, kann und soll die betroffene Person doch nicht einfach ohne Beratung und Betreuung «ihre Zeit absitzen», sondern sich auch bei Electronic Monitoring mit dem Delikt auseinandersetzen. Der Vollzugsaufwand im Einzelfall hängt sehr stark von den beteiligten Personen und deren Bedarf nach Unterstützung in den wöchentlich stattfindenden psychosozialen Begleitgesprächen ab. Die ersten Fälle zeigen, dass mit der Vollzugsform Electronic Monitoring die erhoffte Erhaltung der sozialen Integration der verurteilten Personen erreicht wird.



Die elektronische Fussfessel (Electronic Monitoring) kann seit dem Jahr 2018 als Vollzugsform eingesetzt werden.

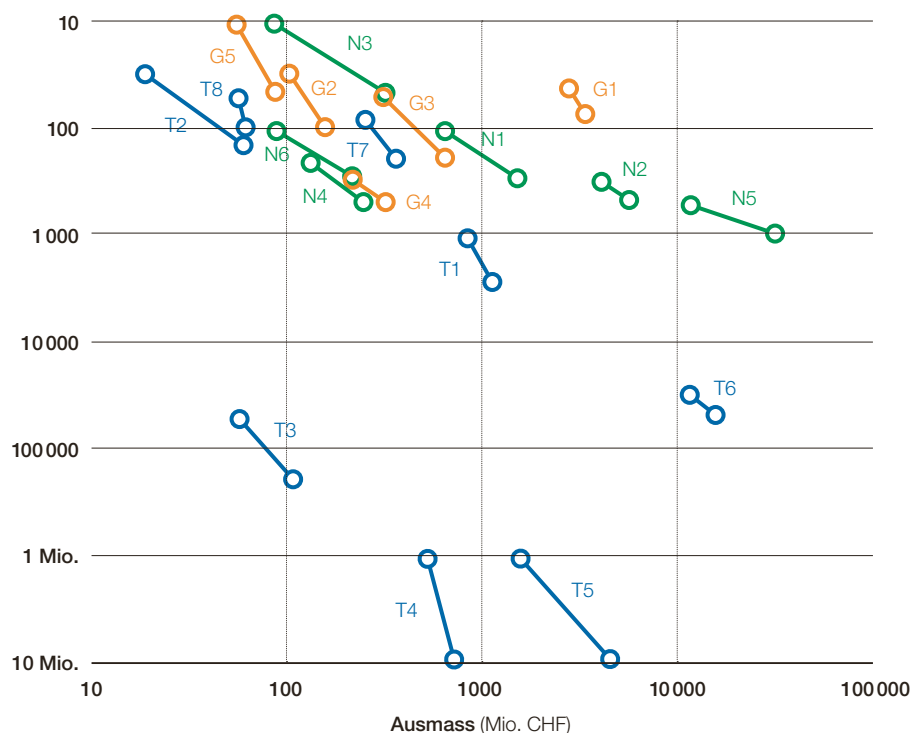
Gefährdungs- und Risikoanalyse: Phase II abgeschlossen

Im Geschäftsbericht 2016 informierte die Regierung über die Analyse der für die Bevölkerung relevanten Gefährdungen. Insgesamt wurden 19 Risiken identifiziert, wobei eine schwerwiegende Pandemie als das grösste Risiko bewertet wurde. In der nun abgeschlossenen Phase II stellte sich die

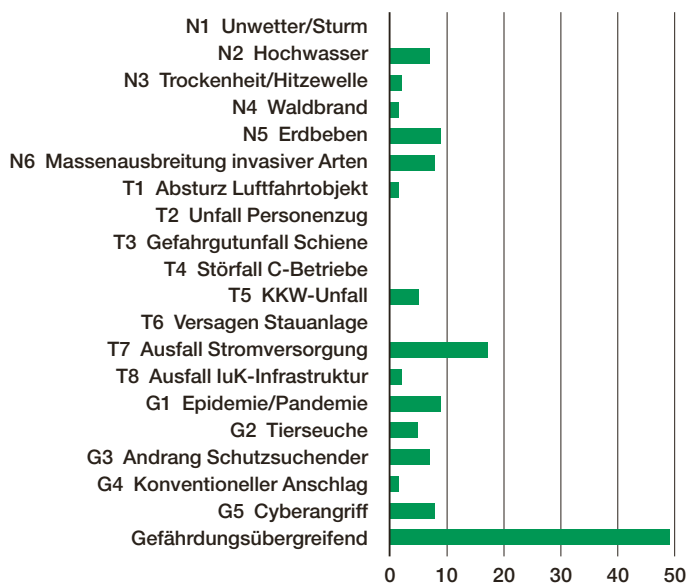
Frage, ob der Bevölkerungsschutz im Kanton St. Gallen in der Lage ist, diese 19 relevanten Gefährdungen zu bewältigen. Es wurde geprüft, wo Verbesserungspotenziale bestehen. Mit einer Massnahmenplanung und Priorisierung wurden Verbesserungen vorgeschlagen. Zudem wurde ein kontinuierliches Risikomanagement für den Bevölkerungsschutz erarbeitet.

Risikodiagramm für den Kanton St. Gallen

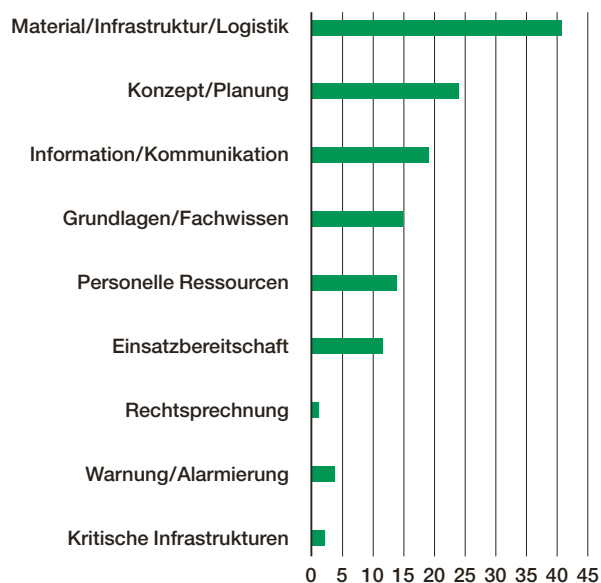
Häufigkeit (1 x in ... Jahren)



Anzahl Defizite pro Gefährdung



Anzahl Defizite pro Defizitkategorie



Die wichtigste Erkenntnis ist: Der Bevölkerungsschutz ist gut aufgestellt und verfügt über ein leistungsstarkes System mit gut vernetzten Akteuren. Dank der offenen und selbstkritischen Auseinandersetzung aller Projektmitarbeitenden aus fünf Departementen und der Privatwirtschaft konnten die Defizite und Massnahmen identifiziert werden. Keines dieser Defizite ist so massiv, dass es die Handlungsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes massgeblich einschränken würde. Rund 80 Prozent der Massnahmen lassen sich im Tagesgeschäft umsetzen und sind vom Umfang her überschaubar. Mehr als ein Drittel der Defizite sind gefährdungsübergreifend, betreffen also nicht nur eine der 19 Gefährdungen. Dabei würde insbesondere ein grösserer Stromausfall den Kanton am stärksten betreffen. Mit einem kontinuierlichen Risikomanagement im Bevölkerungsschutz sollen möglichst alle diese Defizite beseitigt werden. Dazu wurde für alle identifizierten Defizite eine Stelle innerhalb der Verwaltung bestimmt, welche die Führung bei der Umsetzung hat.

Ausblick 2019

Die negativen Auswirkungen der Digitalisierung werden das Sicherheits- und Justizdepartement auch im Jahr 2019 beschäftigen. Insbesondere wird sich das Kompetenzzentrum Cybercrime von Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft etablieren und weiterentwickeln. Im Weiteren wird die Regierung einen Projektauftrag für die Erarbeitung einer umfassenden Cyberstrategie erteilen. Im Rahmen dieser Strategie soll sich der Kanton St. Gallen mit den Herausforderungen digitaler Bedrohungen auseinandersetzen. Ziel der Strategie ist es, nicht nur die Verwaltung und die eigene Infrastruktur zu schützen, sondern auch die Wirtschaft und die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Ein zweites Schwerpunktthema wird die Umsetzung der neuen Asylstrukturen bilden. Wie bewähren sich die Konzepte in den Asylzentren? Wie gelingt die Integration jener Personen, die ein Bleiberecht erhalten, und wie wird sich das Ausreise- und Nothilfzentrum etablieren?



Schlüsselübergabe von Joe Keel an Barbara Looser Kägi.

Stabwechsel im Amt für Justizvollzug

Am 1. August 2018 hat Barbara Looser Kägi von Joe Keel, der zum hauptamtlichen Konkordatssekretär des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats gewählt worden war, die Amtsleitung des Amtes für Justizvollzug übernommen. Ihr unterstehen damit die Strafanstalt Saxerriet, das Massnahmenzentrum Bitzi, das Jugendheim Platanenhof, das Regionalgefängnis Altstätten, die Bewährungshilfe sowie die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug. Nach ihrer juristischen Ausbildung an der Universität Zürich und einem Nachdiplomstudium in Kriminologie arbeitete sie 13 Jahre bei der St. Galler Staatsanwaltschaft und führte anschliessend während rund zweier Jahren die Fachdienste der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde des Kantons Appenzell Ausserrhoden. Seit Februar 2017 leitete sie die Vollzugsabteilung der Strafanstalt Saxerriet.



Christoph Ill ist neuer Erster Staatsanwalt.

Christoph Ill neuer Erster Staatsanwalt

Am 4. Januar 2018 verstarb Dr. Thomas Hansjakob, der seit 2007 Erster Staatsanwalt des Kantons St. Gallen war. Als seinen Nachfolger wählte die Regierung auf Oktober 2018 Christoph Ill, den Leitenden Staatsanwalt des Kantonalen Untersuchungsamtes. Dieser ist ein ausgewiesener Kenner des Straf- und Strafprozessrechts. Bereits seit dem Jahr 1990 war er im Kanton St. Gallen als Untersuchungsrichter und später als Staatsanwalt tätig. Das Kantonale Untersuchungsamt leitet Christoph Ill seit dem Jahr 2007. Seine Fachkenntnisse stellt er auch in den Dienst der gesamtschweizerischen Staatsanwaltsausbildung, zunächst als Studienleiter des Masterstudiums in Forensics, seit dem Jahr 2014 als Mitglied der Geschäftsleitung und seit Januar 2018 als Co-Direktor der Staatsanwaltsakademie, die der Universität Luzern angegliedert ist.

8. Gesundheitsdepartement



Heidi Hanselmann
Vorsteherin Gesundheitsdepartement

Was waren Ihre Highlights im Jahr 2018?

Aus einer Vision wird Realität: Vor Jahren im kleinen Kreis von Gesundheitsfachleuten leise diskutiert, ist jetzt der neue Studiengang in Humanmedizin (Joint Medical Master) an der Urne mit überzeugendem Mehr angenommen worden. Die ersten Masterstudierenden starten im Jahr 2020 in St. Gallen. Auch die gesetzliche Grundlage für Palliative Care ist ein wertvoller Meilenstein. Sie verhilft diesem wichtigen Versorgungsbereich zur vierten tragenden Säule in der Gesundheitsversorgung.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

«Aus der Region, für die Region» lautet das Motto beim Medical Master. Neu haben junge Menschen aus der Ostschweiz die Möglichkeit, Humanmedizin in St. Gallen quasi zu Hause zu studieren. Die Chance ist gross, dass die ausgebildeten Medizinerinnen und Mediziner dann auch bei uns bleiben – als Hausarzt, als Chefärztin im Spital oder als Fachspezialist. Die Verankerung von Palliative Care im Gesetz ermöglicht es dem Kanton, diesen bedeutenden Versorgungsbereich finanziell zu unterstützen.

Wo konnte das Departement sonst noch Akzente setzen?

Mit dem neuen Suchtpräventionskonzept setzen wir neue Schwerpunkte. Zudem haben wir im Jahr 2018 die kantonalen Aktionsprogramme «Alter» und «Psychische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen» gestartet. In diesem Zusammenhang wurde auch das Projekt «Sturzprävention bei älteren Menschen» aufgelegt.

Was hätte im Jahr 2018 besser funktionieren können?

Die Diskussion rund um das Hundegesetz und mein Erdgas-Auto. Es ist aber auch schon über 11 Jahre alt.

Wo wollen Sie im Jahr 2019 Schwerpunkte setzen?

Wir setzen alles daran, die Weiterentwicklung der Spitalstrategie mit einer breiten Auslegeordnung zu guten Resultaten zu führen. Ausserdem soll die Gesundheit von Mensch und Tier weiter gestärkt werden, denn davon profitiert die ganze St. Galler Bevölkerung.

Gesundheit für Mensch und Tier – unser gemeinsames Ziel

Das Umfeld für die Spitäler hat sich in den letzten fünf Jahren schweizweit stark verändert. Der finanzielle Druck auf die Spitäler ist massiv gestiegen. Deshalb wird es auch für die vier Spitalunternehmungen im Kanton St. Gallen stetig schwieriger, Erträge zu erwirtschaften. Aus diesem Grund hat die Regierung im Jahr 2018 einen Lenkungsausschuss eingesetzt mit dem Ziel, die Spitalstrategie weiterzuentwickeln. Weitere Meilensteine im vergangenen Jahr waren die Verabschiedung einer gesetzlichen Grundlage für Palliative Care und die Zusage für die Projektförderung «Sturzprävention in der Versorgung».

Seit Juli 2018 ist der Lenkungsausschuss des Projekts «Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde» intensiv an der Arbeit. Mit diesem Projekt leistet das Gesundheitsdepartement einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Schwerpunktziels 4.2 («Zukunftsorientierte Reformen»). Gemäss Projektauftrag der Regierung werden in einer ersten Phase die vielen Fragen, welche das Grobkonzept des Spitalverwaltungsrates bei Regierung, Kantonsrat, Standortgemeinden, Ärzteschaft und Bevölkerung ausgelöst hat, triagiert und geklärt. Der Spitalverwaltungsrat wiederum arbeitet das Grobkonzept, das er der Regierung im Mai 2018 zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen vorgestellt hat, in ein Detailkonzept aus. Parallel dazu werden alternative Modelle für die fünf Spitalstandorte

erarbeitet, die aufgrund des Grobkonzepts zur Diskussion stehen. Diese Prozesse werden unter Einbezug der Standortgemeinden, der niedergelassenen Ärzteschaft und der Mitarbeitenden der betroffenen Spitalstandorte durchgeführt, damit die verschiedenen Vorstellungen diskutiert werden können gemäss der Philosophie «Betroffene zu Beteiligten machen». Entscheidungen über die zukünftige Ausgestaltung wurden im Jahr 2018 keine gefällt.

Ein bedeutender Aspekt im Gesamtprojekt ist die Kommunikation. So hat der Lenkungsausschuss entschieden, in allen Wahlkreisen des Kantons mit der Bevölkerung das Gespräch zu suchen. Diese Anlässe haben zum Ziel, die Bevölkerung aus erster Hand über die Hintergründe, das

Rund 700
Besucherinnen und
Besucher kamen zum
Bevölkerungsgespräch
in Wattwil.



Regierungsprojekt sowie den zeitlichen Ablauf zu informieren. Im Jahr 2018 wurden drei Bevölkerungsgespräche geführt, die weiteren fünf folgen im Jahr 2019.

Ein zentraler Punkt in den Projektarbeiten war die Klärung verschiedener rechtlicher Fragen. Diese betrafen insbesondere die von der Stimmbevölkerung am 30. November 2014 gutgeheissenen Spitalbauprojekte. Die Regierung hatte zur Klärung dieser Fragen ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Das Gutachten hält fest: Für die Festlegung der Spitalstandorte ist abschliessend der Kantonsrat zuständig. Auch grundlegende Projektänderungen oder der Verzicht auf die Umsetzung eines von der Stimmbevölkerung angenommenen Projekts sind durch den Kantonsrat zu beschliessen. Diese Beschlüsse unterstehen dem fakultativen Referendum.

Stürze vermeiden – Selbstständigkeit fördern

Das Sturzrisiko nimmt bei den über 65-jährigen Personen zu. Ein Drittel dieser Altersgruppe stürzt mindestens einmal pro Jahr. Berechnet man die Zahlen für die St. Galler Rentnerinnen und Rentner, ergeben sich jährlich rund 28 500 Stürze. Eine häufige Folge eines Sturzes ist ein Schenkelhalsbruch. Der Aufenthalt im Spital und im Pflegeheim sowie die anschliessende Rehabilitation bedeuten nicht nur eine grosse persönliche Belastung und Einschränkung, sondern verursachen auch hohe Kosten. Gemäss der nationalen Beratungsstelle für Unfallverhütung fallen durch Stürze schweizweit jährliche Spital- und Heilungskosten von 470 Millionen Franken an.

Im Kanton St. Gallen wurden in zwei Regionen Pilotprojekte zur Sturzprävention durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass die koordinierte Zusammenarbeit zwischen Hausärztinnen,



Sturzprävention ist ein erwiesenes Mittel, um Stürze im Alter wirkungsvoll zu vermeiden.



Quelle: © Gesundheitsförderung Schweiz / Peter Tillessen

«Ziel des Projekts ist es, die aus gesamtkantonomer Sicht zu bevorzugende Vorgehensweise zu erarbeiten, die der gesundheitspolitischen, finanzpolitischen und volkswirtschaftlichen Sicht Rechnung trägt.»

Spitex und Therapeuten zentral ist, um Sturzrisikopatientinnen und -patienten zu erkennen, abzuklären und adäquat zu behandeln. Ein wichtiger Punkt im Behandlungsplan sind Präventionsmassnahmen, wie beispielsweise Trainings zum gezielten Muskelaufbau, das Analysieren von Stolperfallen in den eigenen vier Wänden oder das Betreiben von Notrufsystemen.

Im Jahr 2018 hat die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz für das Thema Sturzprävention in der Versorgung

Geld für ein Projekt gesprochen. Ab dem Jahr 2019 wird der Kanton St. Gallen zusammen mit verschiedenen weiteren Partnern, wie unter anderem der kantonalen Ärztesgesellschaft und dem kantonalen Apothekerverband, die Akteure in der Gesundheitsversorgung für das Thema Sturzprävention sensibilisieren und geeignete Massnahmen entwickeln, um die Sturzhäufigkeit zu minimieren. Das Programm leistet somit einen wichtigen Beitrag zur generellen Förderung der koordinierten und integrierten Versorgung von chronisch kranken und multimorbiden Menschen. Mit der Umsetzung des Programms erfüllt das Gesundheitsdepartement das Schwerpunktziel 2.4 («Ganzheitliche Gesundheitsförderung»).

Ein Gebot der Stunde: Palliative Care stärken

Am Lebensende werden vermehrt individuelle Betreuungsförmungen gewünscht. Gleichzeitig bekommen autonome

«Es geht nicht darum, dem Leben mehr Tage zu geben, sondern den Tagen mehr Leben.»

Cicely Saunders (1918–2005; Begründerin der Palliative Care)

dem XIV. Nachtrag zum Gesundheitsgesetz zugestimmt. Neben den Bereichen der Prävention, Kuration und Rehabilitation wird nun auch die Palliation als Säule der öffentlichen Gesundheitspflege aufgeführt.

Im Gesetz ist festgehalten, dass der Staat Massnahmen im Bereich der Palliative Care fördert. Dazu gehören medizinische, pflegerische und begleitende Massnahmen. Der Staat kann mit öffentlichen oder privaten Organisationen



Palliative Care soll eine würdevolle Sterbebegleitung ermöglichen.

Entscheidungen und der Erhalt der Lebensqualität einen besonderen Stellenwert. Hier knüpft Palliative Care an. Sie ermöglicht es, die Autonomie Schwerstkranker und sterbender Menschen so lange und so umfangreich wie möglich zu erhalten. Palliative Versorgungsstrukturen helfen auch, Re- und Notfallhospitalisationen zu vermindern. Sie tragen damit zur Reduktion der Gesundheitskosten bei.

Auch die Politik hat die Bedeutung der Palliative Care erkannt. In der Septembersession 2018 hat der Kantonsrat

zusammenarbeiten und/oder diese finanziell unterstützen. Der Kanton St. Gallen arbeitet in diesem Bereich bereits seit mehreren Jahren mit Leistungsaufträgen. Der Verein «palliative ostschweiz» und der Palliative Brückendienst erhalten für die zu erbringenden Leistungen finanzielle Mittel. Dafür fehlte bis jetzt aber eine gesetzliche Grundlage. Die Stärkung der Palliative Care trägt zur Erfüllung des Schwerpunktziels 3.1 («Demografische Entwicklung») bei.



Blick ins molekularbiologische Labor: Mittels DNA-Analyse können die Tierarten in Fleischproben eindeutig bestimmt werden.



Gämse geschossen – Reh verkauft

Meldungen zu falsch deklariertem Fleisch führen zu unerwünschten Schlagzeilen. Die kantonale Lebensmittelkontrolle muss immer wieder feststellen, dass unter anderem Schaf in Wildpfeffer oder nicht deklarierte Tierarten in Würsten nachgewiesen werden. Um solche Täuschungen der Konsumenten aufzudecken, hat das kantonale Labor im Jahr 2018 verschiedene Fleisch- und Fischprodukte molekularbiologisch untersucht. Mithilfe der DNA-Analytik kann die Tierart eindeutig nachgewiesen werden.

Zum Beispiel wurden 26 Proben mit Fleisch, das bereits in Stücke geschnitten war, wie Wildpfeffer, Rindsfilet, Bison Rib Eye, Ochsenfleisch, Rindskutteln oder Hasenrücken, untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass eine Rehpfeffer-Probe vorwiegend Gämse-Fleisch enthielt. In den übrigen Proben wurden keine abweichenden Tierarten festgestellt. Ausserdem wurden 25 Wildfang- und Zuchtfische sowie 16 Fischknusperli beziehungsweise Fischfilets im Bier- oder Backteig untersucht. In einer Probe Eglifilets im Bierteig war die Fischart falsch deklariert. Der in der Schweiz als Egli bezeichnete Fisch ist ein Flussbarsch (*Perca fluviatilis*).

Bei den beiden nicht korrekt deklarierten Tierarten wurden die Betriebe aufgefordert, geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit in Zukunft eine Falschdeklaration verhindert wird. Insgesamt darf der Fleisch- und Lebensmittelbranche im Kanton St. Gallen ein gutes Zeugnis ausgestellt werden.

Laboranalysen im Dienste der Kleinsten

Im Rahmen einer Kampagne der Kantonalen Laboratorien der Ostschweiz wurden im Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen des Kantons St. Gallen im letzten Jahr 29 Kinderkosmetik-Artikel untersucht, wie Cremen, Schminke, Nagellacke, Öle und Puder. Weil Kinder und Babys einen empfindlichen Verbraucherkreis darstellen, hat ihr Schutz einen besonders hohen Stellenwert. Überprüft wurde, ob die zulässigen Höchstkonzentrationen für Konservierungsmittel eingehalten werden und ob die Konsumenten, insbesondere Allergiker, korrekt über die Verwendung dieser Konservierungsmittel und über allergene Duftstoffe informiert werden. Zudem wurden die Proben auf Schwermetallrückstände und Verpackungen auf Rückstände von Weichmachern untersucht.



Kühe an der «Tier & Technik» wurden mittels Ultraschalluntersuchungen auf Ödeme im Euter untersucht.

Quelle: «Tier & Technik» / Ueli Steingruber

Von den 29 untersuchten Produkten mussten fünf beanstandet werden. Das sind 17 Prozent. In einem pflegenden Baby-Puder wurden Duftstoffe mit einem Allergiepotezial nachgewiesen, die nicht in der Liste mit den erlaubten Bestandteilen aufgelistet waren. In einer Baby-Po-Creme wurden die toxischen und gesundheitsschädlichen Schwermetalle Blei und Cadmium nachgewiesen. Eine Probe aus einem Kinder-Schmink-Set enthielt ebenfalls Cadmium. Die Schwermetalle Arsen und Quecksilber wurden erfreulicherweise in keiner der Proben nachgewiesen, und es wurden auch keine nicht deklarierten, verbotenen oder überdosierten Konservierungsmittel gefunden.

Gegen prallvolle Kuheuter

Das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen ist bei Tierausstellungen für die Sicherstellung der Tiergesundheit und die Einhaltung der Tierschutzgesetzgebung verantwortlich. Gerade Schauen mit Kühen sind in den letzten Jahren vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit gelangt. An diesen Ausstellungen stehen meist die Euter der Tiere im Zentrum. Bedauerlicherweise grassiert die Meinung, dass ein möglichst volles und pralles Euter die Bewertung

durch den Experten positiv beeinflussen könnte. Deshalb dehnen einige Tierhalter die Melkzeiten aus. Dies kann nachweislich zu schmerzhaften Ödemen im Eutergewebe der Kuh führen. Solche Flüssigkeitseinlagerungen können mittels einer Ultraschalluntersuchung diagnostiziert werden. Zur Quantifizierung dieser Ödeme hat die Vetsuisse-Fakultät der Universität Bern ein standardisiertes Verfahren entwickelt.

Seit Ende 2017 sind die acht grössten Milchviehausstellungen durch das Ausstellungsreglement der Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Rinderzüchter dazu verpflichtet, Euterkontrollen mit Ultraschall durchzuführen. Im Jahr 2018 wurden an der «Tier & Technik» in St. Gallen und der Braunvieh-Betriebsmeisterschaft in Wattwil unter der Aufsicht des Amtes für Verbraucherschutz und Veterinärwesen Ultraschall-Untersuchungen durchgeführt. Bei total 63 Untersuchungen musste in fünf Fällen oder 8 Prozent ein Ödem festgestellt werden. Der Veterinärdienst des Kantons St. Gallen sanktioniert leichtgradige Ödeme mit einer kostenpflichtigen Verfügung und reicht bei mittel- und hochgradigen Ödemen eine Strafanzeige ein. Je nach Schweregrad des Ödems muss die Kuh teilweise oder vollständig gemolken werden.

Ausblick 2019

Das Jahr 2019 steht mitunter im Zeichen der Weiterentwicklung der Spitalstrategie. Ausserdem sollen im Kantonsarztamt verschiedene Bewilligungsprozesse digitalisiert werden. Zukünftig können zum Beispiel Ärztinnen und Ärzte sowie Chiropraktorinnen und Chiropraktoren die Stellvertretungs- und Assistenzbewilligung online einholen. Damit kann die Kundenfreundlichkeit erhöht werden. Ein weiterer Schwerpunkt im Kantonsarztamt ist die Erarbeitung eines neuen Amtsärztmodells. Um dem Mangel an Amtsärztinnen und -ärzten entgegenzuwirken, soll eine Professionalisierung des Amtsarztsystems geprüft werden. Der Fachbereich «Pflege und Entwicklung» führt ein Projekt zur Qualitätsüberprüfung in der ambulanten Pflege durch. Ziel ist es, für Spitex-Organisationen Qualitätsindikatoren zu definieren. Im Jahr 2019 wird vom Gesundheitsdepartement das Projekt «Telefonische Beratung in der Palliativ Care» lanciert. Die geplante Telefon-Hotline soll Anlaufstelle sein für Betroffene, Angehörige und Institutionen für Fragestellungen im Bereich der Palliative Care.

Kantonale Interessen auf Bundesebene vertreten

Der Kanton hat im vergangenen Jahr wiederum seine Interessen auf nationaler und überkantonaler Ebene mit verschiedenen Massnahmen vertreten und verteidigt, wobei diese Bemühungen mehrfach von Erfolg gekrönt waren. Insbesondere beim Bahn-Ausbauschritt 2035 des Bundes konnte einiges erreicht werden.





Mit dem Bahn-Ausbaustritt 2035 will der Bundesrat die Ost-West-Achse stärken, was bessere Verbindungen ab dem Hauptbahnhof St. Gallen bringt.

Nachdem der Bundesrat ursprünglich keine der vom Kanton St. Gallen verlangten Leistungssteigerungen in die Vorlage aufgenommen hatte, protestierte die Regierung auf verschiedenen Kanälen gegen diese Nichtberücksichtigung der St. Galler Ausbaupläne. Neben der Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung erfolgten auch auf Ebene der Ostschweizer Regierungskonferenz und der regionalen Fachdirektorenkonferenz entsprechende Positionsbezüge. Ebenfalls in dieser Frage aktiv waren die beiden St. Galler Ständeräte, mit denen sich die Regierung mehrmals im Jahr nutzbringend zu aktuellen Bundesgeschäften abstimmt. Weitere Proteste des Kantonsrats und aus den Regionen trugen ebenfalls dazu bei, dass in der Botschaft des Bundesrates nun verschiedene St. Galler Projekte und Anliegen vertreten sind. Das Geschäft wird aktuell im Parlament beraten.

Ebenfalls von grosser Bedeutung für den Kanton St. Gallen sind die laufenden Bestrebungen für eine Entflechtung der sogenannten Verbundaufgaben, die gemeinsam von Bund und Kantonen finanziert werden. Aktuell finden Gespräche zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement und der Konferenz der Kantonsregierungen zu einem möglichen Projekt «Aufgabenteilung II» statt, das bei verschiedenen dieser Aufgaben zu einer Finanzierung und Umsetzung aus einer Hand führen soll. Damit würden die Kantone Handlungsspielräume zurückgewinnen, was aus föderalistischer Sicht klar zu begrüssen wäre. Über den Vorsteher des Finanzdepartementes, der als Präsident der Konferenz einen tiefen Einblick in die ganzen Arbeiten hat, ist die St. Galler Regierung nahe an diesem Vorhaben dran.



v.l.n.r. Regierungsrätin Heidi Hanselmann,
Jane Owen (Britische Botschafterin der Schweiz),
Regierungsrat Benedikt Würth im Staatskeller.

Mit der Einigung der Träger zur neuen Fachhochschule Ostschweiz konnte im Berichtsjahr schliesslich auch der Boden für die Umsetzung eines wichtigen überkantonalen Vorhabens gelegt werden.

Gemeinsam für Ostschweizer Anliegen eintreten

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung, Forschung informierte im März 2018 die Öffentlichkeit, dass bei Agroscope Umstrukturierungen geplant seien. So sollte in den nächsten zehn Jahren eine Zentralisierung der Agroscope-Aktivitäten in der Westschweiz erfolgen. Damit hätte der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Tänikon im Kanton Thurgau ein erheblicher Abbau von Arbeitsplätzen gedroht. Die Standorte Tänikon sowie auch Wädenswil und Reckenholz im Kanton Zürich sind für die gesamte Ostschweiz von grosser Bedeutung. Die St. Galler Regierung setzte sich daher im Rahmen der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) für die Erhaltung der Forschungsstandorte ein. Die ORK traf sich zu Beginn der Sommersession der eidgenössischen Räte mit den ostschweizerischen Mitgliedern der Bundesversammlung, um das weitere Vorgehen zu erörtern und gleichzeitig vom Bund einen Marschhalt in Sachen Agroscope zu fordern.

Nachdem im Sommer 2018 die Regierung, die Stadt St. Gallen sowie der kantonale Gewerbeverband ihre Bewerbung für die Durchführung der Schweizer Berufsmesterschaften im Jahr 2022 im Rahmen der Berufsmesterschaften bekannt gegeben haben, fasste die ORK den einstimmigen Beschluss, den Standort St. Gallen zu unterstützen. Am ORK-Sessionsbesuch vor der Wintersession der eidgenössischen Räte konnten auch die

ostschweizerischen Mitglieder der Bundesversammlung für die Idee sensibilisiert werden. Leider konnte die Ostschweiz mit dieser Forderung nicht reüssieren.

Einbezug der Kantone in europapolitischen Fragestellungen

Die Europapolitik berührt verschiedene Zuständigkeiten der Kantone. Im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) haben die Kantone zur Wahrung ihrer Interessen in den letzten Jahren aktiv an der Europapolitik des Bundes mitgewirkt. Die KdK hat als Plattform und koordinierendes Organ massgeblich zur politischen Meinungsbildung in europapolitischen Fragestellungen beigetragen und sich als unverzichtbare Partnerin des Bundes etabliert. Die KdK war nach Massgabe des Gesetzes über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik in den Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) über ein neues Rahmenabkommen involviert. Dieses sichert auf lange Sicht den bilateralen Weg der Schweiz, welcher gerade auch dem Kanton St. Gallen als Grenzregion wirtschaftliche und politische Vorteile gebracht hat. Für den Kanton St. Gallen mit seiner exportorientierten Wirtschaft ist der Zugang zum EU-Binnenmarkt von zentraler Bedeutung. Kritisch sehen die Kantone insbesondere die Schnittstelle zur Unionsbürgerrichtlinie sowie die anvisierte Auslegung der Beihilfenbestimmung des Freihandelsabkommens nach Massgabe des Institutionellen Abkommens.

Regierungspräsident
Stefan Kölliker und der
chinesische Botschafter
Geng Wenbing (Zweiter
von rechts) an der
Sino-Swiss-Tagung.



Wirtschaftliche Beziehungen vertiefen

Rund 400 Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nahmen am 29. Juni 2018 am Wirtschaftskonzil in Konstanz teil. Neben den Regierungschefs der Mitgliedsländer und -kantone der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) wirkten auch EU-Kommissar Günther Oettinger und Bundesrat Johann Schneider-Ammann mit. Das Wirtschaftskonzil ist eine wichtige Plattform, um die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Anrainerstaaten um den Bodensee weiter zu vertiefen und auszubauen. In den vier angebotenen Foren wurden aktuelle Themen wie «neue Geschäftsmodelle», «zukunftsfähiges Wirtschaften», «Start-ups» sowie «Bildung und Digitalisierung» diskutiert. Mit dem Wirtschaftskonzil 2018 wird ein Veranstaltungszyklus abgeschlossen, bei dem Zukunftsdialoge zur wirtschaftlichen Entwicklung geführt wurden. Der Kanton St. Gallen hat aktiv im Organisationskomitee mitgearbeitet und damit alle vier Veranstaltungen wesentlich mitprägen können.

Als einziges kontinentaleuropäisches Land verfügt die Schweiz seit dem 1. Juli 2014 über ein Freihandelsabkommen mit China. Die Universität St. Gallen hat zusammen mit chinesischen Hochschulen und der Nanjing University in Peking die wirtschaftlichen Auswirkungen des Freihandelsabkommens erstmals analysiert. Der Kanton St. Gallen lud aus diesem Anlass am 26. September 2018 zur zweiten

Sino-Swiss FTA Academic Evaluation-Tagung ins Regierungsgebäude ein. Neben hochrangigen Gästen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik empfing die Regierung Geng Wenbing, den chinesischen Botschafter in der Schweiz, sowie Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Direktorin des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco). Der Kanton St. Gallen profitiert, verglichen mit den gesamtschweizerischen Zahlen, überdurchschnittlich stark vom Freihandelsabkommen mit China: Seit der Inkraftsetzung stiegen die St. Galler Exporte nach China um 40 Prozent, während die Importe um 7 Prozent zulegen konnten.

Partnerschaft mit Liberec geht in die nächste Runde

Die Regierung empfing zur Olma-Eröffnung die Liberecer Regionsregierung. Anlass für den Besuch war die erfolgreiche Fortführung der langjährigen Partnerschaft zwischen beiden Gebietskörperschaften. Das neunte Umsetzungsprogramm sieht für den Zeitraum 2019 bis 2021 gemeinsame Projekte und Austausche in den Bereichen Umwelt, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Soziales, Demokratie und Föderalismus, Wirtschaft sowie öffentliche Verwaltung vor.



Regierungspräsident Stefan Kölliker traf Hejtman Martin Puta, Regionspräsident der Region Liberec.

Regierungscontrolling

Das Controlling stellt relevante Informationen für eine wirksame und effiziente Steuerung von Verfahren und Prozessen bereit und trägt so zur bestmöglichen Zielerreichung der Staats-tätigkeit bei. Zu diesem Zweck wird der Stand der Umsetzung der strategischen Ziele der Schwerpunktplanung 2017–2027 dargestellt. Das Projektportfolio und die Übersicht über die Gesetzesvorhaben erhöhen die Transparenz und verbessern die Koordination.



Monitoring zu den strategischen Zielen der Schwerpunktplanung

Mit der Schwerpunktplanung 2017–2027 legte die Regierung die Akzente für die kommenden Jahre fest. Vier Schwerpunkte und zwölf strategische Ziele zeigen auf, welche Themen fokussiert angegangen werden sollen. Die Berichterstattung dazu beinhaltet die Leistungen der Departemente – also die Tätigkeiten und Massnahmen – sowie ein indikatorenbasiertes Monitoring, das die Wirkungen aufzeigt. Die Indikatoren stammen grösstenteils aus dem Staatszielmonitoring (SZM) und können online eingesehen werden (www.statistik.sg.ch › Themenübergreifendes › Staatszielmonitoring). Je strategisches Ziel wird ein Indikator grafisch dargestellt und erläutert.

1 Strukturen optimieren

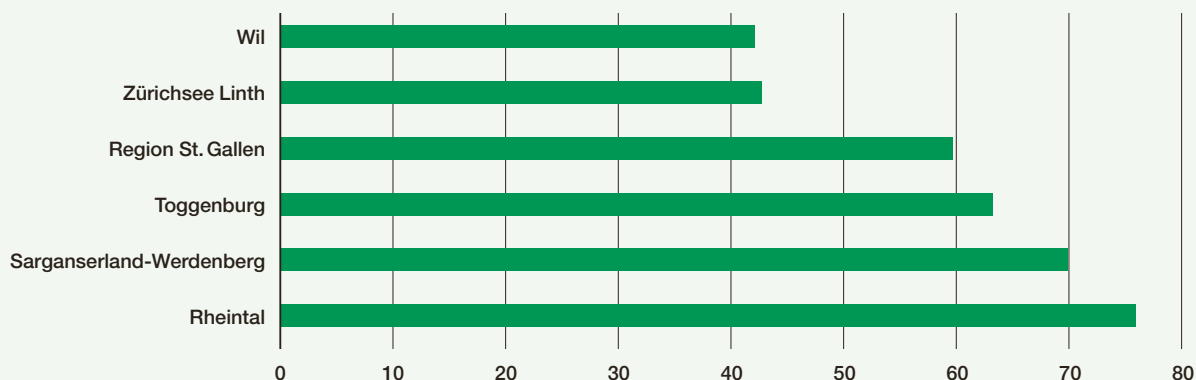
1.1 Strategisches Ziel «Funktionale Räume»

«Der Kanton St. Gallen erfüllt seine Aufgaben in Abstimmung mit den Gemeinden, den Regionen und den Nachbarn effizient in funktionalen Räumen. Die von der Bevölkerung im Alltag wahrgenommenen Auswirkungen von Gebietsgrenzen sind klein.»

Leistungen der Departemente

Derzeit werden das Richtplankapitel «Verkehr» überarbeitet und eine Landschaftsentwicklungsstrategie entwickelt. Alle vier vom Kanton St. Gallen eingereichten Programme der Agglomerationsprogramme der dritten Generation haben reüssiert. Der Bundesbeschluss über die entsprechenden Beiträge wird 2019 erwartet. In der Asylregion Ostschweiz liegen die zwei Bundesasylzentren (BAZ) in Kreuzlingen und Altstätten. Der Wegweisungsvollzug ab BAZ bei Nicht-

Fahrzeit in Minuten mit dem motorisierten Individualverkehr zum Zentrum der Metropolitanregion Zürich (2016)



eintretens- oder Negativ-Entscheid wird durch die beiden Standortkantone Thurgau und St. Gallen wahrgenommen. Die Ostschweizer Kantone haben eine Vereinbarung unterzeichnet, die eine gegenseitige Unterstützung aller Ostschweizer Kantone bei einer Überbelastung des Systems vorsieht. Im Rahmen der Internationalen Bodensee-Konferenz ist neu die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Katastrophen und Grossschadenereignissen unter der Leitung des Kantons St. Gallen projektiert. Die neu geschaffene E-Government-Anstalt will Potenziale der Digitalisierung nutzen, sodass Gebietsgrenzen oder Grenzen einzelner staatlicher Ebenen an Bedeutung verlieren. Zusammen mit Vertretern der Gemeinden wird ein Projektauftrag zum Thema Gemeindestrukturen erarbeitet.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Für einen Wirtschaftsstandort sind die Erreichbarkeit über die Verkehrswege und die Zeit, die benötigt wird, um wirtschaftliche Zentren ausserhalb des Kantons zu erreichen, von grosser Bedeutung. Die Fahrzeit mit dem motorisierten Individualverkehr zum Zentrum der Metropolitanregion Zürich schwankt im Kanton St. Gallen je nach Region zwischen gut 40 und rund 75 Minuten.

Weitere Indikatoren

- St. Galler Gemeinden mit den grössten Pendlerströmen von Erwerbstätigen ([SZM «Verkehr»](#))
- Gemeindebestand Kanton St. Gallen ([SZM «Raumplanung»](#))

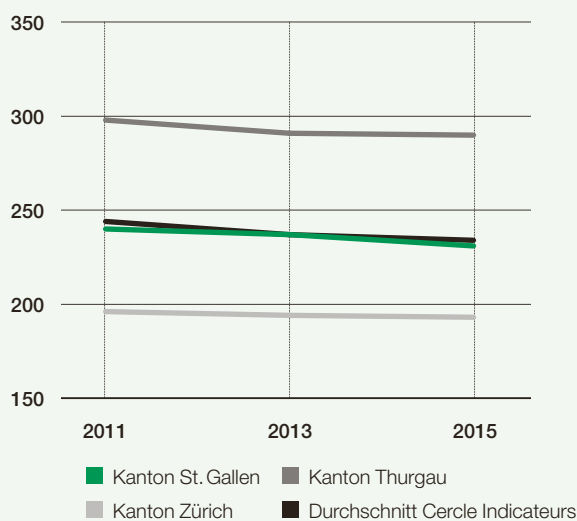
1.2 Strategisches Ziel «Zukunftsfähige Infrastruktur»

«Der Kanton St. Gallen verfügt über eine bedarfsgerechte, zukunftsfähige und moderne Infrastruktur. Diese ermöglicht der Bevölkerung die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.»

Leistungen der Departemente

Die Erneuerung und Erweiterung des Theaters St. Gallen wurde ebenso wie die Gefängnisserweiterung in Altstätten vom Volk gutgeheissen. Der Kantonsrat hat dem Klanghaus Toggenburg in erster Lesung zugestimmt und den Kredit für die Erneuerung des Bibliotheksgebäudes der Universität St. Gallen sowie den Neubau der Forensik-Station der Psychiatrischen Klinik Wil genehmigt. Das neu in Kraft getretene Kulturförderungsgesetz ermöglicht die Förderung wichtiger Kristallisationsorte gesellschaftlichen Lebens. Daneben schritt die Modernisierung der st. gallischen Spitalinfrastruktur voran. Die neue Gesamtverkehrsstrategie wurde vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen. Die laufende Weiterentwicklung der IT-Basisinfrastruktur sowie der IT-Anwendungen in der Verwaltung leisten einen wichtigen Beitrag für eine moderne Infrastruktur. Der Wirkungsbericht Behindertenpolitik untersuchte u.a. die

Durchschnittliche Luftdistanz vom Wohnort zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Verkehrs (in Metern)



Situation von Menschen mit Behinderung in den Bereichen Mobilität sowie Zugang zu Informationen und ihre Möglichkeiten zur Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Die durchschnittliche Luftdistanz vom Wohnort zur nächsten Haltestelle gibt Hinweise auf die Abdeckung eines Siedlungsgebietes mit Haltestellen für Bahn und Bus und damit zur räumlichen Verfügbarkeit des ÖV-Angebots. Im Jahr 2015 waren im Kanton St. Gallen durchschnittlich 231 Meter vom Wohnort zur nächsten ÖV-Haltestelle zurückzulegen. Das sind knapp 60 Meter weniger als im Kanton Thurgau und knapp 40 Meter mehr als im Kanton Zürich. Die Distanz ist seit 2011 kontinuierlich kleiner geworden.

Weitere Indikatoren

- Anteil des öffentlichen Verkehrs bei der Wahl des Hauptverkehrsmittels von Pendelnden ([SZM «Verkehr»](#))
- Fahrzeit mit dem motorisierten Individualverkehr zum Zentrum der Metropolitanregion Zürich ([SZM «Verkehr»](#))
- Gesamtenergieverbrauch ([INFRAS-Bericht, Amt für Umwelt, 2016](#))
- Stromverbrauch ([INFRAS-Bericht, Amt für Umwelt, 2016](#))

2 Ressourcen entfalten

2.1 Strategisches Ziel «Innovative Bildung und Forschung»

«Der Kanton St. Gallen verfügt über herausragende, breit vernetzte und innovative Bildungs-, Wissens- und Forschungsinstitutionen, die mit der Wirtschaft eng verflochten sind und die benötigten Fachkräfte ausbilden.»

Leistungen der Departemente

Die Lern- und Testsysteme der Volksschule und der Mittelschulen wurden zu umfassenden Lernfördersystemen weiterentwickelt und die neuen Betriebskonzepte der einzelnen Sonderschulen genehmigt. Für die Berufsfachschulen wurde die Führungsorganisation optimiert. An den Gymnasien wurden Informatik als obligatorisches Fach eingeführt und das Projekt «Gymnasium der Zukunft» gestartet. Das Stimmvolk hat der Ärzteausbildung in St. Gallen (Joint Medical Master) zugestimmt. Die Universität St. Gallen baut ein Learning Center. Die Eckpunkte der zukünftigen Trägerschaftslösung für die neue Fachhochschule Ostschweiz (nFHO) wurden bestätigt und Rechtsetzungs- und Vorbereitungsarbeiten aufgenommen. Die St. Galler Bevölkerung soll 2019 über die IT-Bildungsoffensive, den Campus Platztor der Universität St. Gallen, das zu erneuernde Gewerbliche Berufs- und Weiterbildungszentrum St. Gallen sowie den Campus Wattwil befinden. Die Planungen für einen Zusammenschluss der Kantons- und Stadtbibliothek St. Gallen am Standort Blumenmarkt laufen. Ende 2019 soll das Bewerbungsdossier für einen Nationalen Innovationspark im Zollikoferareal eingereicht werden. Die Umsetzung des STAF (Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung) setzt einen Anreiz für eine stärkere Innovationsförderung.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Der Fachkräftemangel im Kanton St. Gallen bleibt auf einem hohen Niveau. Der Anteil der personalsuchenden Betriebe, welche Mühe bekunden, Fachkräfte zu rekrutieren, ging im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise zurück. Aktuell bewegt sich der Anteil wieder auf dem Niveau der Wachstumsjahre 2004–2008 von rund 80 Prozent in Industrie und Gewerbe sowie rund 60 Prozent im Dienstleistungssektor.

Weitere Indikatoren

- Höchste abgeschlossene Ausbildung der 25–64-Jährigen (*SZM «Bildung»*)
- Braindrain und Braingain: Wo leben Hochschulabsolvent/innen fünf Jahre nach Abschluss? (*SZM «Bildung»*)
- Reales Wirtschaftswachstum pro Kopf (*BfS*)

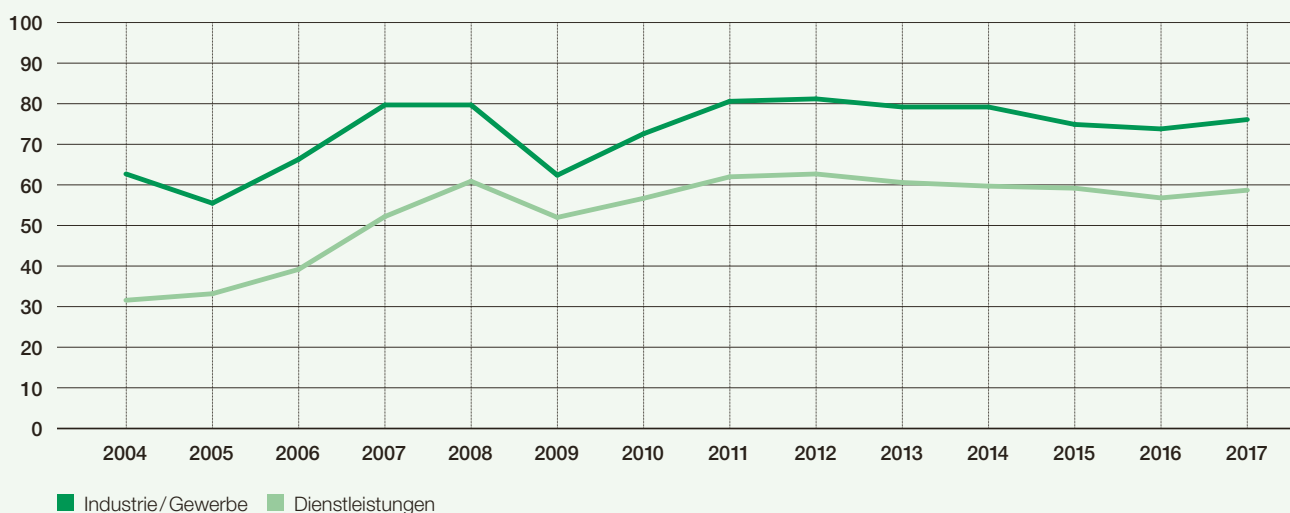
2.2 Strategisches Ziel «Widerstandsfähige Ökosysteme»

«Der Kanton St. Gallen verfügt über widerstandsfähige Ökosysteme, die sich den Klimaveränderungen anzupassen vermögen. Die Biodiversität ist reichhaltig.»

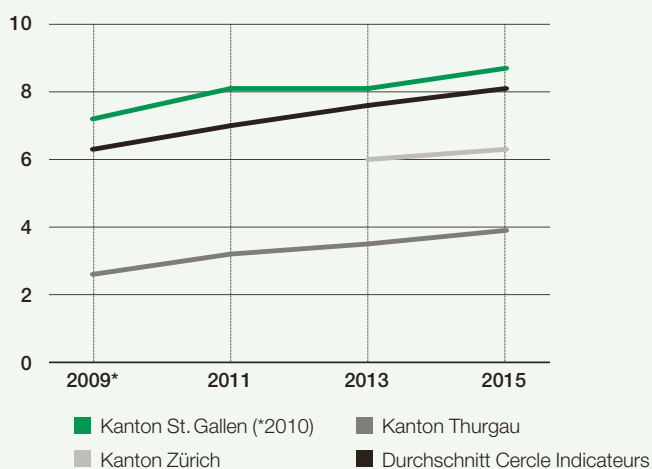
Leistungen der Departemente

Um den Rückgang der Biodiversität zu stoppen, hat die Regierung 2017 eine kantonale Biodiversitätsstrategie verabschiedet und setzt nun die entsprechenden Massnahmen zum Erhalt und zur Förderung der Biodiversität um. Die Vernehmlassung zum VI. Nachtrag zum kantonalen Energiegesetz wurde abgeschlossen. Dieser konkretisiert die Energiestrategie 2050 und setzt Standards für Neubauten und energetische Erneuerungen beim Bau. Die Vorlage soll im Sommer 2019 im Kantonsrat beraten werden; geplanter Vollzugsbeginn ist der 1. Januar 2020. Das Baudepartement wird der Regierung im Frühjahr 2019 den Projektauftrag

Anteil der personalsuchenden Betriebe mit Schwierigkeiten oder keinem Erfolg (Jahresdurchschnitte in %)



Anteil geschützter Naturflächen der Kantonsfläche (in %)



für die Erarbeitung einer departementsübergreifenden kantonalen Strategie zur Anpassung an den Klimawandel unterbreiten.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Der Anteil geschützter Naturflächen zeigt, wie ausgeprägt der Landschaftsschutz ist. Der Kanton St. Gallen verfügt im Vergleich mit seinen Nachbarkantonen über einen hohen Anteil geschützter Naturräume. Im Jahr 2015 betrug dieser Anteil knapp neun Prozent. Der Anteil ist seit 2010 gestiegen.

Weitere Indikatoren

- Biodiversität: Gefässpflanzenarten je Quadratkilometer (SZM «[Natürliche Ressourcen](#)»)
- Stickstoffdioxid (NO₂) in der Luft 2005–2017, ausgewählte Messstandorte im Kanton St. Gallen (SZM «[Umweltschutz](#)»)
- Nitratkonzentration im Grundwasser (SZM «[Umweltschutz](#)»)
- Wasserzufluss ARAs (SZM «[Natürliche Ressourcen](#)»)

2.3 Strategisches Ziel «Neue Arbeitswelt»

«Der Kanton St. Gallen schafft Rahmenbedingungen für neue, flexible und individuelle Arbeitsmodelle und nimmt als grösster Arbeitgeber im Kanton diesbezüglich eine Vorbildrolle ein. Im Kanton St. Gallen ist die soziale Sicherheit für alle gewährleistet. Das Arbeitskräftepotenzial wird ausgeschöpft, die Arbeitslosigkeit sowie die Sozialhilfequote sind tief und das Sozialsystem langfristig finanzierbar.»

Leistungen der Departemente

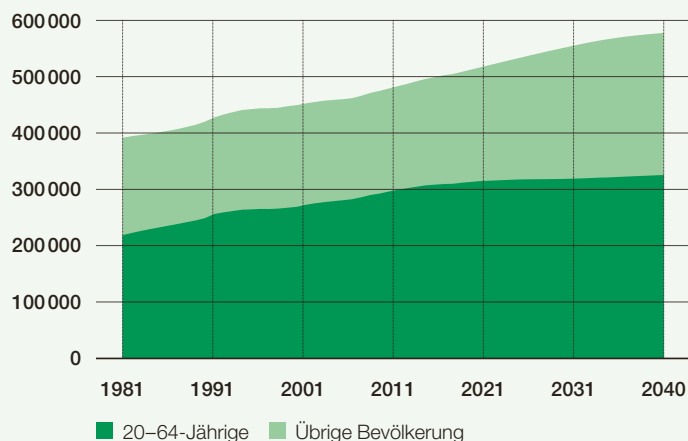
Neue Arbeitsformen wie E-Government, Home-Office, Skype usw. verändern Prozesse und Platzbedarf in der Verwaltung. So wurden z. B. bei der Mobilen Polizei der Region Bodensee-Rheintal sowie bei der Stadtorganisation Büros mit «Shared Desks» eingerichtet. Die Regierung will die

Büroarbeitsplatz- und Büroorganisationsentwicklung in der Verwaltung bewusster steuern. Das Vorprojekt «New Work» schafft Grundlagen für das weitere Vorgehen. Der Kanton St. Gallen stellt ausserdem verschiedene Angebote zur betrieblichen Gesundheitsförderung bereit. Der Kantonsrat hat den V. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz erlassen, der Finanzierungsfragen in der Sozialhilfe klärt. Ausserdem wurde der Bericht Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen. Als Kompromisslösung im Zusammenhang mit der Steuervorlage und der Familienzulageninitiative hat der Kantonsrat beschlossen, die Familienzulagen um Fr. 30.– zu erhöhen. Zudem soll mit den damit zusammenhängenden Steuermehreinnahmen (wenigstens 5 Mio. Franken) die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung gefördert werden. Aus dem Wirkungsbericht Behindertenpolitik folgt ein Pilotprojekt zu Nischenarbeitsplätzen in der Staatsverwaltung.

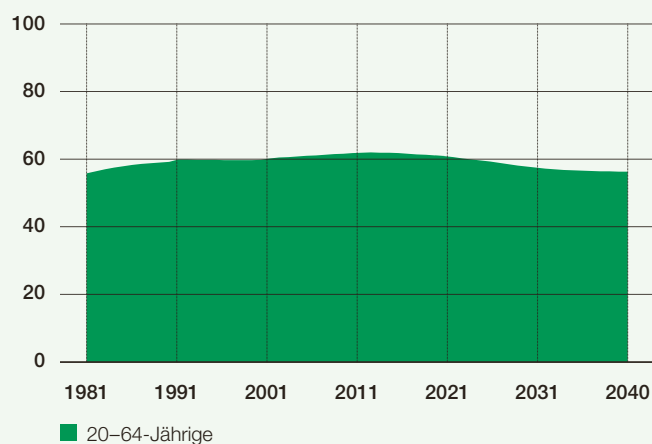
Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials (20–64-Jährige der ständigen Wohnbevölkerung)

1981–2040 (Prognose ab 2018)

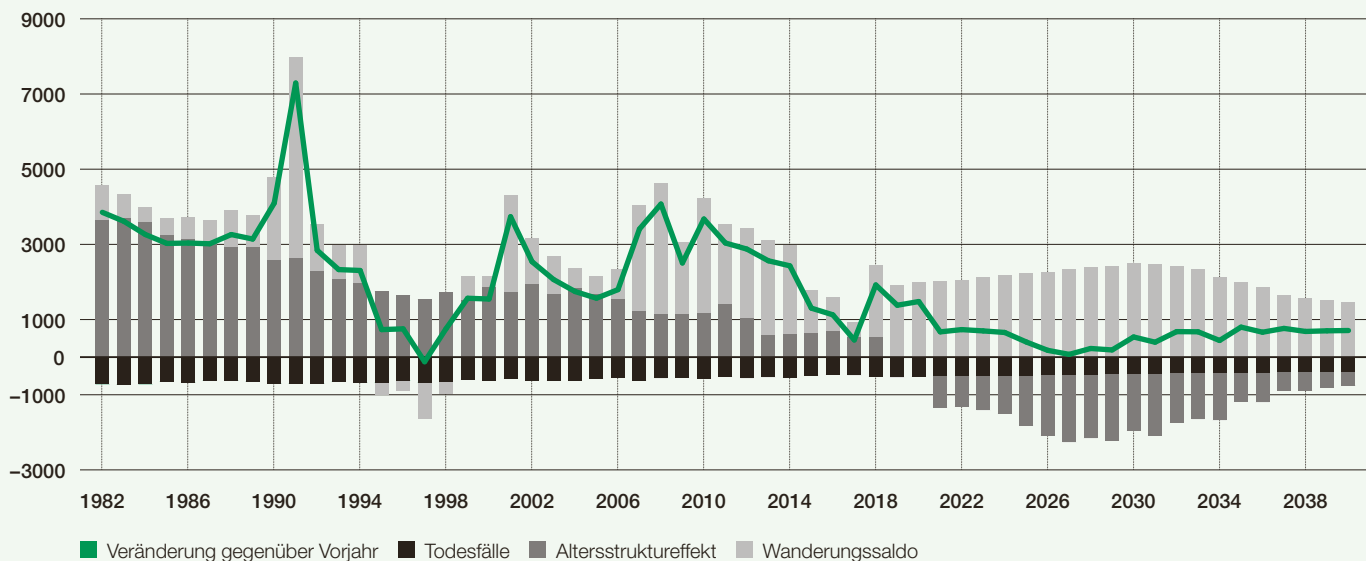
Anzahl Personen



Anteil an der Gesamtbevölkerung (in %)



Veränderung der Anzahl der 20–64-Jährigen



Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Der Grossteil der Erwerbstätigen rekrutiert sich aus der Gruppe der 20–64-Jährigen der ständigen Wohnbevölkerung. Im Kanton St. Gallen wird der prognostizierte Zuwachs dieser Personengruppe wie auch deren Anteil an der gesamten ständigen Wohnbevölkerung ab dem Jahr 2021 abnehmen. Weiter wird die Altersgruppe der über 64-Jährigen voraussichtlich ab dem Jahr 2019 stärker wachsen als die Altersgruppe der 20–64-Jährigen (negativer Altersstruktureffekt). Dies im Gegensatz zu den 1980er-Jahren, als jährlich ein positiver Altersstruktureffekt von rund 3000 Personen zu beobachten war.

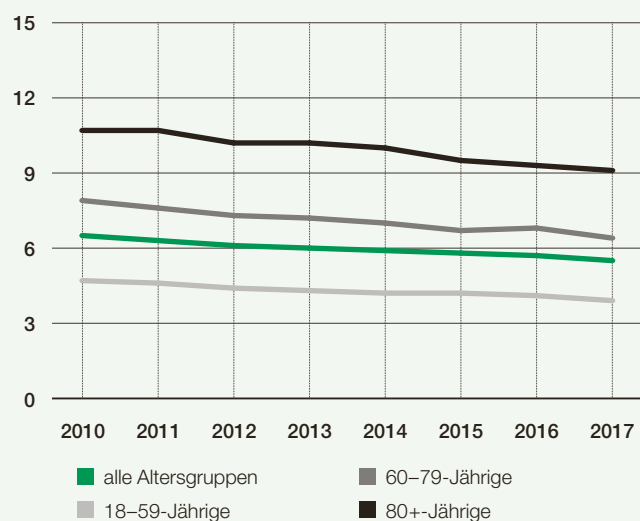
Weitere Indikatoren

- Sozialhilfequote der Gesamtbevölkerung (*SZM «Soziale Sicherheit»*)
- Arbeitszeitmodelle der Beschäftigten der kantonalen Verwaltung (*SZM «Wirtschaft und Arbeit»*)
- Anteil Steuerpflichtige mit niedrigem Einkommen (*SZM «Soziale Sicherheit»*)
- Beschäftigungsgrad der Beschäftigten in Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen (*SZM «Wirtschaft und Arbeit»*)

2.4 Strategisches Ziel «Ganzheitliche Gesundheitsförderung»

«Der Kanton St. Gallen sorgt für Rahmenbedingungen, die einen gesundheitsfördernden Lebensstil begünstigen und soziale Ungleichheiten in Bezug auf die Gesundheit verhindern. Die Gesundheitskosten sind vergleichsweise moderat sowie langfristig finanzierbar und mehr Menschen sind gesund oder haben trotz chronischer Krankheiten eine hohe Lebensqualität.»

Durchschnittliche Verweildauer der St. Galler Bevölkerung in Tagen je Spitalaufenthalt (ohne Geburten)



Leistungen der Departemente

Für eine ganzheitliche Gesundheitsförderung werden verschiedene Massnahmen umgesetzt, wie die Kantonalen Aktionsprogramme (KAP) «Alter», «Psychische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen» und «Ernährung und Bewegung», Programme im Bereich Tabakprävention, HPV-Impfungen, das Interreg-Programm «Kinder im seelischen Gleichgewicht» sowie das Mammografie-Screening-Programm. Das Gesundheitsdepartement hat verschiedene Publikationen zu aktuellen Gesundheitsthemen verfasst und in verschiedenen Fachgruppen mitgewirkt. Der Kantonsrat nahm das Suchtpräventionskonzept zur Kenntnis. Zum

Thema Sturzprävention in der Gesundheitsversorgung erhielt der Kanton eine Projektförderung der Gesundheitsförderung Schweiz zugesagt. Zurzeit wird die Angebots-Plattform «find-help» für die Arbeit mit Kindern aus belasteten Familien aufgebaut. Zur Vermeidung schädlicher und lästiger Einwirkungen auf Menschen wurden vom Amt für Umwelt Sanierungen veranlasst, Gesuche für Neubauten in Bezug auf Lärmbelastung geprüft und Kundengruppen geschult. Zudem wurde eine Informationskampagne zum Thema Holzfeuerungen und Luftreinhaltung durchgeführt.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Da Spitalaufenthalte kostspielig sind, ist die durchschnittliche Verweildauer von volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die durchschnittliche Verweildauer der St. Galler Bevölkerung in akutsomatischen Spitälern sank in allen Altersklassen seit 2010 kontinuierlich. Sie lag 2017 über alle Altersgruppen betrachtet bei knapp 6 Tagen. Die Verweildauer ist höher, je älter eine Person ist. So blieben über 80-jährige Personen im Jahr 2017 durchschnittlich 9 Tage im Spital, während Personen zwischen 18 und 59 Jahren rund 4 Tage und Personen zwischen 60 und 79 Jahren knapp 6,5 Tage im Spital verblieben.

Weitere Indikatoren

- Spitalaufenthalte nach Geschlecht und Altersklasse (SZM «Gesundheit»)
- Krankenpflegekosten je versicherte Person (bis 2017), aktualisiert 2018 (SZM «Gesundheit»)
- Suizidrate: Anzahl Suizide je 10 000 Personen der ständigen Wohnbevölkerung (SZM «Gesundheit»)
- Akutsomatische Spitalaufenthalte der St. Galler Bevölkerung (Hospitalisationsrate) nach Altersklassen (SZM «Gesundheit»)
- Potenziell verlorene Lebensjahre durch Todesfälle vor Alter 70 je 100 000 Einwohner/-innen (SZM «Gesundheit»)

3 Sozialen Frieden sichern

3.1 Strategisches Ziel «Demografische Entwicklung»

«Im Kanton St. Gallen wird Generationensolidarität gelebt: Junge Menschen haben eine gute Perspektive, die ältere Generation kann sich aktiv in Gesellschaft und Wirtschaft einbringen. Der Anteil der verschiedenen Altersgruppen an der Bevölkerung ist ausgewogen.»

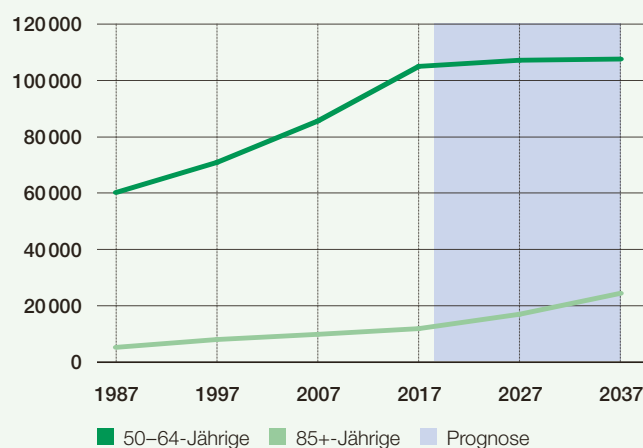
Leistungen der Departemente

Das Programm Kinder- und Jugendpolitik (2016–2018) setzte seinen Schwerpunkt erneut auf die Kinderrechte, wobei die Sensibilisierung von Fachpersonen im Mittelpunkt stand. So konnte etwa bei der Pädagogischen Hochschule St. Gallen angeregt werden, dass das Thema Kinderrechte in einem Modul aufgenommen wird. Weiter hat die Regierung die Pflegefinanzierung angepasst: Um die effektiven Kosten besser abzubilden, werden die stationären Höchstansätze per 1. Januar 2019 angehoben. Der Kantonsrat hat den V. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz erlassen und damit eine bessere Grundlage für die Finanzierung von stationären Betreuungseinrichtungen wie das Frauenhaus und das Schlupfhuus geschaffen. Schliesslich wurde der Projektauftrag «Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik» ausgearbeitet; darauf aufbauend wird eine Strategie für die zukünftige Alterspolitik entwickelt.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

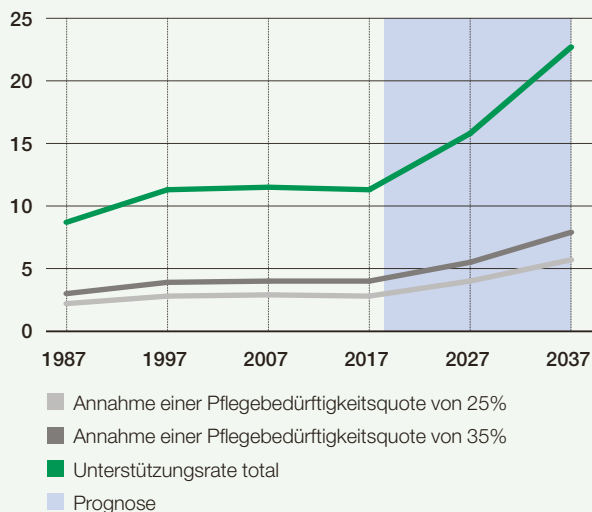
Die Zahl der hochaltrigen Menschen wird in den nächsten Jahrzehnten zunehmen. Dies wird insbesondere für die Generation der 50–64-Jährigen zu einer wachsenden Konfrontation mit der Situation der Alters-Pflegebedürftigkeit ihrer Eltern führen. Mit dem Eintritt der Babyboomer ins Pensionsalter wird in den nächsten 20 Jahren die Unter-

Hochaltrige Menschen und ihre Kinder (Anzahl Personen)



Intergenerationelle Unterstützungsrate

(Zahl der 85+-Jährigen je 100 Personen im Alter von 50 bis 64 Jahren)



stützungsrate markant zunehmen. Diese schwankt je nach Annahme, wie viele der Hochbetagten pflegebedürftig sein werden.

Weitere Indikatoren

- Interkantonaler Wanderungssaldo nach Alter, Kanton St. Gallen von 2011–2017 (*SZM «Bevölkerung»*)
- Anteil der 16–25-Jährigen mit keiner höheren Bildung als Sekundarschule und ohne laufende Ausbildung (*SZM «Bildung»*)
- Alters- und Jugendquotient (*SZM «Bevölkerung»*)
- Altersstruktur (Alterspyramiden) der ständigen Wohnbevölkerung (*SZM «Bevölkerung»*)

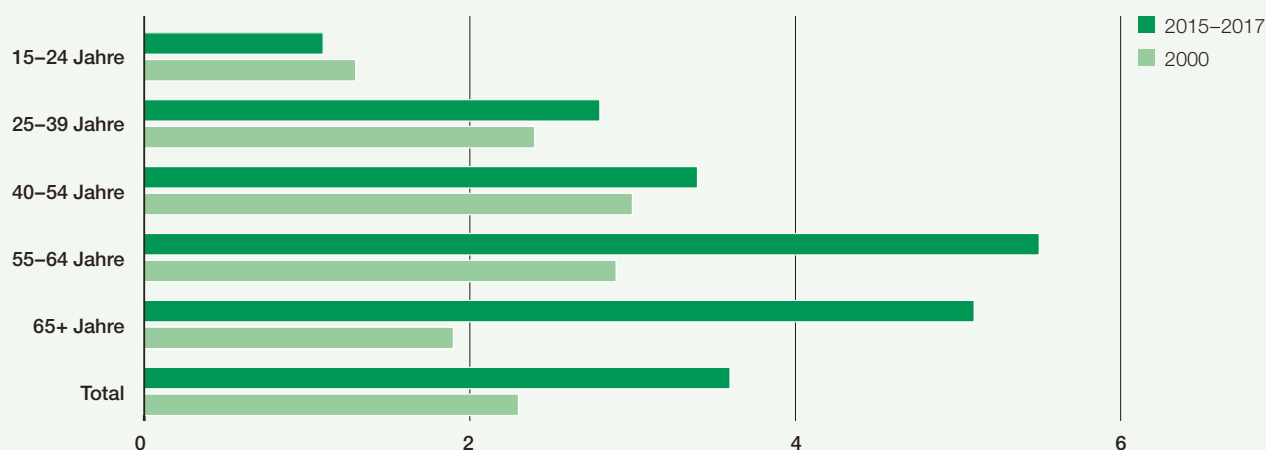
3.2 Strategisches Ziel «Gesellschaftliche Vielfalt und Integration»

«Im Kanton St. Gallen gestalten die Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Lebensentwürfen gemeinsam die Gesellschaft in wohlwollender Offenheit und gegenseitiger Anerkennung. Einheimische und Zuziehende fühlen sich wohl.»

Leistungen der Departemente

Im Rahmen des zweiten kantonalen Integrationsprogramms (KIP II) werden die Bildungsangebote für Migrantinnen und Migranten ausgebaut und deren Integration in den Arbeitsmarkt gefördert. Mit dem Konzept «Teillohnmodell» steht seit 2018 ein neues Instrument zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen zur Verfügung. Projekte zur Förderung des chancengleichen Zugangs von Migrantinnen und Migranten zur Gesundheitsversorgung wurden weitergeführt. Das weiterentwickelte Flüchtlingskonzept trat in Kraft. Auch wurde der Wirkungsbericht zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht vom Kantonsrat beraten. Das darin aufgeführte Optimierungspotenzial wurde im II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht umgesetzt. Des Weiteren wurde die Umsetzung und Implementierung des neuen Rechts in den Bereichen Einbürgerungen und Adoptionen durchgeführt. Der Kanton St. Gallen beteiligt sich 2018–2020 freiwillig an den Solidaritätsbeiträgen des Bundes für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen. Das Staatsarchiv sowie die Opferhilfe unterstützen Betroffene bei der Einreichung von Gesuchen an den Bund und bei der Suche nach Akten zu ihrer Vergangenheit. Schliesslich wurde der im Rahmen der St. Galler Konferenz zu Fragen von Religion und Staat etablierte Dialog zwischen den Religionsgemein-

Anteil der über 14-jährigen Personen ohne Verwendung der deutschen Sprache zu Hause oder bei der Arbeit/Ausbildung (in %)



schaften und dem Kanton fortgeführt und das neue Gesetz über die öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften erlassen.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Der grösste Anteil der Personen ohne Verwendung der deutschen Sprache, wie auch die stärkste Zunahme seit 2000, ist bei den über 55-Jährigen zu beobachten. Dies lässt sich zum Teil damit erklären, dass der Erwerb einer neuen Sprache mit zunehmendem Alter schwieriger wird und mit dem Rückzug aus dem Erwerbsleben ein wichtiges Anwendungsfeld der deutschen Sprache verloren geht. Ausserdem ist insgesamt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund seit 2000 angestiegen. Bei den 15–24-Jährigen hat umgekehrt dieser Wert leicht abgenommen.

Weitere Indikatoren

- Anteil verheirateter Paare mit schweizerischer und ausländischer Staatsbürgerschaft
 (SZM «Soziale Integration»)
- Anzahl Einbürgerungen und rohe Einbürgerungsziffer Kanton St. Gallen (SZM «Soziale Integration»)
- Ausmass der räumlichen Ungleichverteilung ausländischer Staatsangehöriger
 (Segregationsindex) (SZM «Soziale Integration»)

3.3 Strategisches Ziel «Identitätsstiftende Kultur und Gemeinwohlorientierung»

«Im Kanton St. Gallen existiert ein vielfältiges, angemessenes und identitätsstiftendes kulturelles Angebot; das kulturelle Erbe wird erhalten. Die gemeinsame Identität der Bevölkerung zeigt sich an der Beteiligung im politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess sowie dem gesellschaftlichen Engagement.»

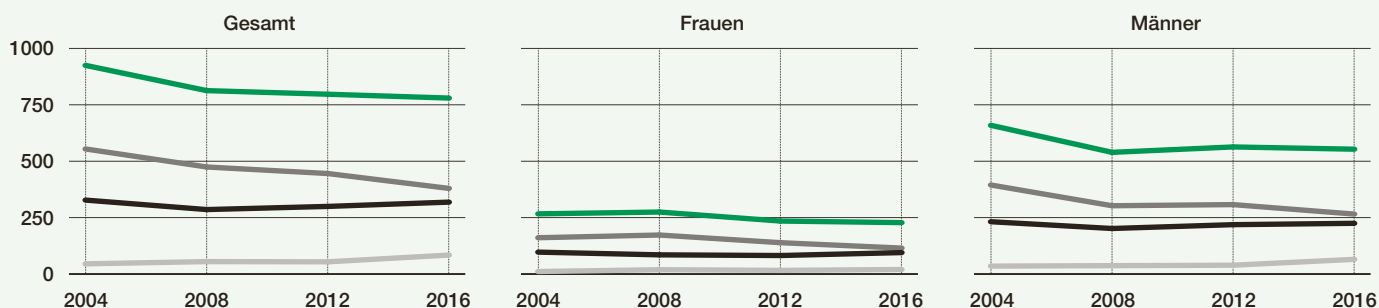
Leistungen der Departemente

Das Kulturförderungsgesetz und das Kulturerbe-gesetz traten in Vollzug. Eine neu aufgebaute «Fachstelle Kulturerbe» ist seit Mitte 2018 für den Schutz des beweglichen Kulturerbes tätig. Das Stiftsarchiv und die Stiftsbibliothek arbeiteten gemeinsam am Ausbau des Vermittlungsangebots im Stiftsbezirk St. Gallen. Für 2019 ist eine neue, dauerhafte öffentliche Ausstellung der grössten Schätze des Stiftsarchivs mit der Präsentation des St. Galler Klosterplans geplant. Zur besseren Sichtbarmachung der Bedeutung und der Entwicklung des Kulturerbes hat sich ein überkantonales Komitee formiert, das mit gemeinsamen Anlässen und einer Informationskampagne das Ostschweizer Kulturerbe gezielt bekannt machte. Schliesslich wurde das Projekt «Neue Bibliothek St. Gallen» als Zusammenschluss der Kantons- und Stadtbibliothek St. Gallen konkretisiert.

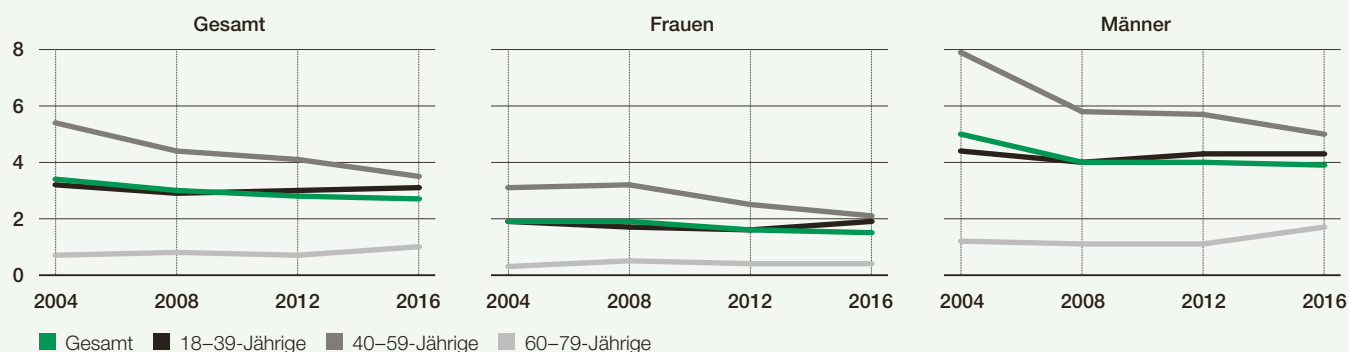
Kandidierende für den Kantonsrat

Kantonsratswahlen Kanton St. Gallen 2004–2016

Anzahl Kandidierende



Anzahl Kandidierende je 1000 Wahlberechtigte



Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Der Rückgang an Kandidaturen für den Kantonsrat nach 2004 dürfte mit der Reduktion der Kantonsratssitze von 180 auf 120 zusammenhängen. Damit standen auch weniger Listenplätze für Kandidierende zur Verfügung. Seit 2008 ging die Gesamtzahl der Kandidierenden nur leicht zurück. Relativ, d.h. je 1000 Wahlberechtigte, war der Rückgang etwas deutlicher. Die Zahl der Wahlberechtigten hat seit 2004 um gut 20 000 Personen zugenommen. Am ausgeprägtesten ist der Rückgang der Kandidaturen bei den 40–59-Jährigen, sowohl bei Männern wie bei Frauen. Diese Altersgruppe ist allerdings weiterhin am stärksten vertreten. Männer kandidieren weitaus häufiger als Frauen.

Weitere Indikatoren

- Stimm- und Wahlbeteiligung an eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen (*SZM «Soziale Integration»*)

3.4 Strategisches Ziel «Umfassende Sicherheit»

«Im Kanton St. Gallen besteht ein funktionierendes Sicherheits- und Justizsystem. Die Bevölkerung und die Unternehmen bewegen sich in der realen und virtuellen Welt frei und sicher.»

Leistungen der Departemente

In der Polizeiregion Fürstenland-Neckertal wurden Vorbe-
reitungen zum Ausbau der Mobilen Polizei getroffen, wie
er sich in der Region Bodensee–Rheintal bestens bewährt.
Wesentlich zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung trägt
bei, dass Straftäter rasch und konsequent verfolgt und
bestraft werden: Über 90 Prozent der Strafanzeigen wurden

innert Jahresfrist erledigt. Zugleich erfolgte ein rascher und
konsequenter Vollzug der Sanktionen unter noch stärkerer
Berücksichtigung des Risikoorientierten Sanktionenvoll-
zugs («ROS»). Einen weiteren Schwerpunkt bildete die
Bekämpfung der Internetkriminalität. Die gemeinsam von
Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft aufgebaute «Cyber-
crime Unit» hat ihren Betrieb erfolgreich aufgenommen.
Schliesslich zeigte die Gefährdungs- und Risikoanalyse,
dass der Bevölkerungsschutz im Fall eines Ereignisses ge-
währleistet ist; Optimierungsmöglichkeiten bestehen aber.

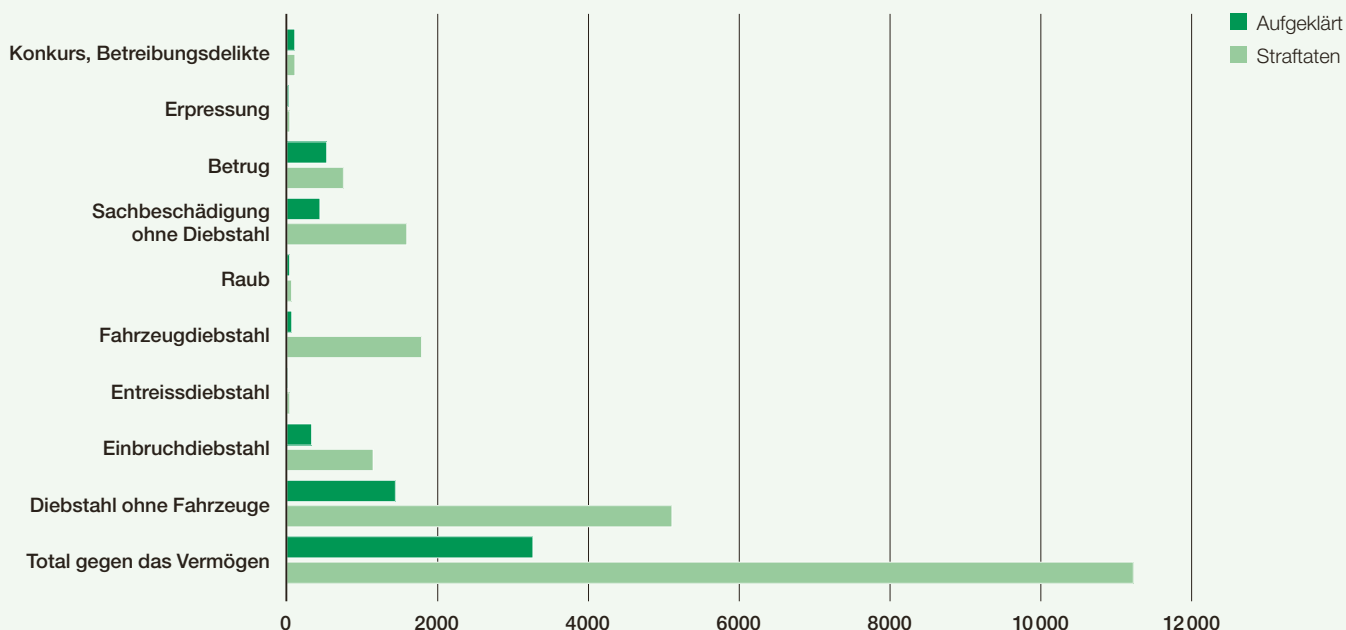
Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung hängt einerseits von
der Anzahl und dem Schweregrad der begangenen Straf-
taten ab, andererseits davon, wie viele der Straftaten aufge-
klärt werden. Etwas weniger als ein Drittel aller Vermögens-
delikte wurde 2017 aufgeklärt. Delikte gegen das Vermögen
nehmen zwar ab, ihre Komplexität nimmt aber zu, ins-
besondere im Bereich der virtuellen Erpressung oder der
betrügerischen Transaktionen übers Internet.

Weitere Indikatoren

- Anzahl der von Polizeiorganen registrierten bzw.
bei diesen angezeigten schweren Gewaltstraftaten
je 100 000 Einwohner/-innen
(*SZM «Sicherheit und Ordnung»*)
- Strassenverkehrsunfälle mit Personenschäden je
1000 Einwohnende (*SZM «Sicherheit und Ordnung»*)
- Auswahl einzelner Straftaten des StGB gemäss
Aufklärung (inkl. nachträglicher Aufklärungen)
(*Polizeiliche Kriminalstatistik 2017, Seite 11*)

Straftaten gegen das Vermögen nach StGB und ihre Aufklärung (2017)



4 Zukunft proaktiv gestalten

4.1 Strategisches Ziel

«Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung»

«Im Kanton St. Gallen besteht ein Umfeld, in dem die Chancen der Digitalisierung genutzt werden. Daraus fliessen die Effizienzgewinne werden realisiert und die Wertschöpfung gesteigert. Die Arbeitskräfte werden befähigt, sich in neuen Aufgaben und Tätigkeitsfeldern zu betätigen.»

Leistungen der Departemente

Im Rahmen des IT-Reformpakets 2019 wurde die E-Government-Organisation als selbstständig öffentlich-rechtliche Anstalt geschaffen (Gesetz über E-Government). Mit dieser können die Interessen von Kanton und Gemeinden gebündelt, Vorgaben verbindlich durchgesetzt und so die aktive und koordinierte Gestaltung der Digitalisierung sichergestellt werden. Ebenfalls im Rahmen dieses Pakets wurde das Geoinformationsgesetz vom Kantonsrat erlassen. Beide Vorlagen treten 2019 in Vollzug. Die Bevölkerung konnte im Februar 2019 über die IT-Bildungsoffensive abstimmen. Des Weiteren werden derzeit die IT-Organisation in der Verwaltung weiterentwickelt, Grundlagen für die Entwicklung des Prozessmanagements und der Stärkung des Architekturmanagements gelegt und das Angebot von E-Government-Diensten ausgebaut. Die Arbeit der Kan-

tonspolizei wurde durch den Einsatz von Convertibles und die Ausrüstung der Patrouillenfahrzeuge mit WLAN effizienter, was eine Fokussierung auf polizeiliche und weniger auf administrative Tätigkeiten ermöglicht.

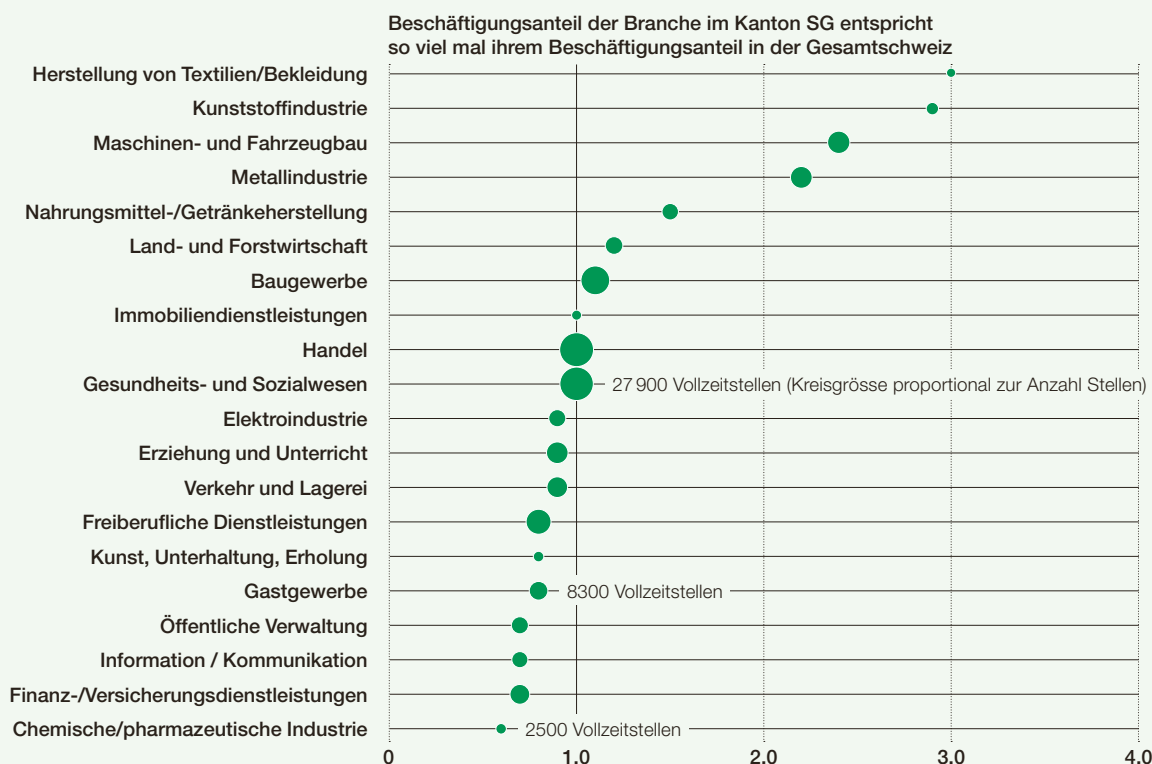
Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Das Branchenprofil zeigt für einzelne Wirtschaftsbranchen, in welchem Ausmass deren relative Bedeutung im Kanton St. Gallen von derjenigen in der Schweiz abweicht. Die relative Bedeutung wird anhand des Beschäftigungsanteils einer Branche gemessen. Verglichen mit der Schweiz hat die St. Galler Wirtschaft deutliche Schwerpunkte in Industrie und Gewerbe, Textil-, Bekleidungs- und Kunststoffindustrie sowie Maschinenbau und Metallindustrie. Die Dienstleistungsbranchen weisen überwiegend unterdurchschnittliche Anteile auf.

Weitere Indikatoren

- Beschäftigungsentwicklung in Industrie/Gewerbe und Dienstleistungen (Index, ohne Land-/Forstwirtschaft) (*SZM «Wirtschaft und Arbeit»*)
- Arbeitsplatzdichte (*SZM «Wirtschaft und Arbeit»*)
- Anzahl in neu gegründeten Unternehmen geschaffene Arbeitsplätze (*SZM «Wirtschaft und Arbeit»*)
- Beschäftigungsanteil technologieintensiver und wissensintensiver Branchen (*SZM «Wirtschaft und Arbeit»*)

Branchenprofil im gesamtschweizerischen Vergleich (Standortquotienten)



4.2 Strategisches Ziel «Zukunftsorientierte Reformen»

«Der Kanton St. Gallen packt Reformen zukunftsorientiert an und optimiert laufend seine Prozesse und Strukturen. Die finanzielle Lage des Kantons entwickelt sich positiv, die Staatsquote bleibt stabil und die Steuerkraft wird gestärkt.»

Leistungen der Departemente

Das im Jahr 2017 gestartete Projekt «Umsetzungsagenda Finanzperspektiven», welches das Wachstum der Staatsbeiträge bremsen soll und Optimierungen in verschiedenen Bereichen anstrebt, wurde weiter vorangetrieben. Bezüglich der Führungsstrukturen der kantonalen Berufsfachschulen hat das Stimmvolk den V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung angenommen und damit den Weg für eine klare Zuständigkeitsregelung freigemacht. Die Zivilschutzreform ist abgeschlossen, und damit der Schutz der Bevölkerung auf künftige Gefährdungen und Bedrohungen ausgerichtet. Schliesslich wurde das Projekt zur Struktur- und Leistungsüberprüfung der St. Galler Spitalverbunde gestartet mit dem Ziel, die Gesundheitsversorgung im Kanton zu gewährleisten und die wirtschaftliche Situation der Spitalunternehmen zu verbessern bzw. auf eine nachhaltig gesunde Basis zu stellen.

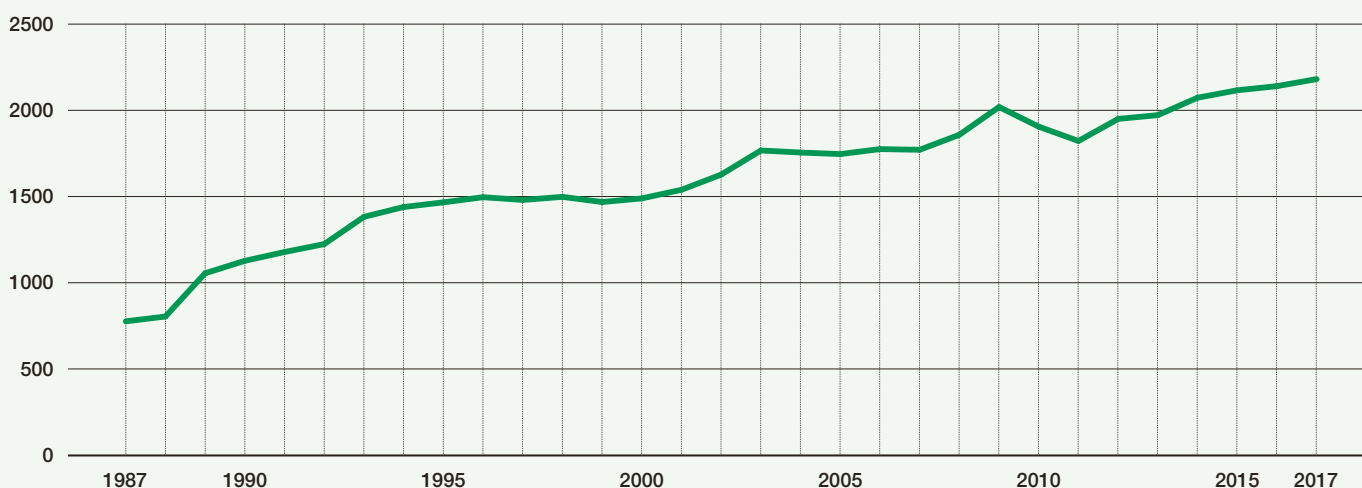
Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Der Indikator zeigt den Steuerertrag von natürlichen Personen einer Gemeinde pro Kopf der ständigen Wohnbevölkerung, den sie bei einem hypothetischen Steuerfuss von 100 Prozent erzielen würde (vor 2009 exklusive Quellensteuerpflichtige). Je höher dieser Ertrag ist, desto wohlhabender sind die Steuerpflichtigen der entsprechenden Gemeinde. Die tatsächlichen Steuereinnahmen sind, abhängig vom geltenden Steuerfuss, höher oder tiefer als die Steuerkraft.

Weitere Indikatoren

- Kantonale Steuerbelastung: Index der Steueraussschöpfung (*SZM «Finanzen»*)

Steuerkraft Natürliche Personen im Kanton St. Gallen (Franken je Einwohner/-in)



Projektportfolio

Im Projektportfolio der Regierung werden die im Jahr 2018 laufenden oder fertiggestellten Projekte aufgeführt. Das Projektportfolio gibt Auskunft über die Projektbezeichnung, das federführende und die mitwirkenden Departemente sowie deren Beanspruchung. Darüber hinaus werden auf der Basis eines Soll-Ist-Vergleichs Angaben zu Projektbeginn und -ende sowie zu den externen Kosten und zur Qualität der Projektumsetzung gemacht. Projekte aus dem Hochbautenprogramm werden gesondert ausgewiesen. Dies ermöglicht spezifische Angaben gemäss dem Immobilienmanagement und zeigt den aktuellen Projektstatus sowie die zeitliche Änderung des Projektstatus auf.

Im Jahr 2018 waren 44 von der Regierung in Auftrag gegebene Projekte in Arbeit. Seit 2015 hat sich die Anzahl der innerhalb eines Jahres bearbeiteter Projekte mehr als halbiert. Am stärksten involviert war das Baudepartement; mit 31 Projekten war es für fast die Hälfte aller Projekte der Regierung verantwortlich, wobei alleine 19 Vorhaben auf Projekte aus dem Hochbautenprogramm zurückzuführen sind.

Tabelle 1 gibt Auskunft über Federführung und Mitwirkung. Neben der interdepartementalen Zusammenarbeit

wird auch intensiv mit Externen zusammengearbeitet. Dies sind vor allem die Gemeinden bzw. die Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP), die Nachbarkantone, der Bund oder die Nachbarländer.

Das Hochbautenprogramm umfasst derzeit 19 Bauprojekte. Tabelle 2 zeigt die Mitwirkung der Departemente. Derzeit sind sieben Projekte in Bau.

Tabelle 2: Projekte aus dem Hochbautenprogramm; Mitwirkung und Projektphase¹

Mitwirkend	Total	Botschaft	Bau
Staatskanzlei	0	–	–
Volkswirtschaftsdepartement	1	–	1
Departement des Innern	2	2	–
Bildungsdepartement	6	5	1
Finanzdepartement	2	2	–
Baudepartement	0	–	–
Sicherheits- und Justizdepartement	5	3	2
Gesundheitsdepartement	4	1	3
Total	20	13	7

Tabelle 1: Federführung und Mitwirkung in Projekten der Regierung

Federführung	Total	Mitwirkung								
		SK	VD	DI	BLD	FD	BD	SJD	GD	EXT
Staatskanzlei	5	–	4	4	4	4	4	4	4	0
Volkswirtschaftsdepartement	7	0	–	1	1	1	4	0	3	10
Departement des Innern	5	0	0	–	2	0	1	0	1	6
Bildungsdepartement	3	0	1	0	–	3	1	0	1	11
Finanzdepartement	6	2	2	3	3	–	4	3	2	0
Baudepartement	31 ²	1	4	4	9	5	–	7	6	7
Sicherheits- und Justizdepartement	5	1	1	4	2	2	1	–	3	5
Gesundheitsdepartement	1	0	0	0	0	0	0	0	–	0
Total	63	4	12	16	21	15	15	14	20	39

¹ Zusätzlich befinden sich zwei Hochbauprojekte in der Phase Projektskizze bzw. Projektdefinition

² 12 Projekte mit Projektauftrag, 19 Projekte aus dem Hochbautenprogramm

Abgeschlossene Projekte

Im Jahr 2018 wurden vier Projekte mit Projektauftrag fristgerecht abgeschlossen. Es wurden keine Projekte aus dem Hochbautenprogramm abgeschlossen:

SK	Totalrevision des Gesetzes über die Urnenabstimmungen (UAG)
VD	6. öV-Programm
DI	Revision Sozialhilfegesetz (2. Paket)
BD	Flächenoptimierung in der Staatsverwaltung Kanton St.Gallen*

Acht weitere Projekte konnten im Jahr 2018 mit einer Verzögerung abgeschlossen werden:

VD	Durchmesserlinie Appenzeller Bahnen
VD	Optimierung der Tourismusstrukturen
VD	Vorprojekt Geldspielgesetzgebung
FD	Ablösung Telefonie
FD	Entwicklung Lohnwesen in der kantonalen Verwaltung; Teilprojekt 2: «Einstufung und Lohnentwicklung»
BD	Erarbeitung 17. Strassenbauprogramm
SJD	KAPOgoesMOBILE: mobile Endgeräte für Polizistinnen und Polizisten
SJD	Gefährdungs- und Risikoanalyse Kanton St.Gallen Phase II

* Die Regierung hat Ende Januar 2019 beschlossen, die Projekte Flächenoptimierung und New Work zusammenzuführen. Die Weiterbearbeitung erfolgt neu innerhalb des Projekts New Work unter Federführung des Finanzdepartementes.

Projekte mit zeitlichem Verzug

Bei zwölf Projekten mit Projektauftrag musste die Terminplanung aus diversen Gründen angepasst werden. Neun Projekte aus dem Hochbautenprogramm verzögern sich. Bei den Projekten aus dem Hochbautenprogramm ist jeweils angegeben, auf welche Teilphase des Projekts sich die Zeitangaben beziehen.

Erneuerung sg.ch

(erwarteter Abschluss: April 2019)

Die Arbeiten sind auf Kurs. Der Abschluss des Projekts verschiebt sich geringfügig um etwa einen Monat.

Zusammenschluss, Errichtung und Führung einer gemeinsamen Kantons- und Stadtbibliothek

(erwarteter Abschluss: Dezember 2024)

Die Verschiebung der Endtermine der Parlamentsbeschlüsse liegt an Planungsveränderungen im politischen Umfeld (Anpassung an Planungsverfahren der Stadt St.Gallen; Verzögerungen im Teilprojekt «Bau» bzw. neuer Termin für die Parlamentsbotschaften).

Rechnungsmodell der St.Galler Gemeinden

(erwarteter Abschluss: Juni 2020)

Die Einführung wurde aufgrund eines Rechtsstreits zwischen IT-Unternehmen und zahlreichen politischen Gemeinden um ein Jahr auf den Januar 2019 verschoben. Daher verzögert sich der Abschluss des Projekts.

IT-Bildungsoffensive – Finanzierung und Massnahmen

(Abschluss: Februar 2019)

Die Überschreitung von Projektdauer und Projektkosten ergibt sich aufgrund der Ausdehnung des Projekts von der Vorbereitung der politischen Kreditvorlage auf die Vorbereitung von deren Umsetzung.

eDossier (elektronische Personalakte)

(erwarteter Abschluss: Juni 2020)

Die Projektarbeiten verlaufen planmässig; das Projekt war bereits vor dem Start um ein Jahr verschoben worden.

Umsetzung der IT-Strategie 2016+

(erwarteter Abschluss: Dezember 2020)

Der Projektabschluss verzögert sich, weil die Arbeiten zur Umsetzung der Strategie komplex und umfassend sind. Im Jahr 2018 hat der Informatikstrategieausschuss zwecks Vorantreiben der Umsetzung einen externen Programmmanager eingesetzt.

Umsetzungsagenda Finanzperspektiven

(erwarteter Abschluss: Dezember 2020)

Bei einzelnen Massnahmen ist eine Abstimmung mit weiteren Projekten vorzunehmen (Beteiligung der Gemeinden an den NFA-Verlusten).

Durchgangsplätze für Fahrende (DGP)
(erwarteter Abschluss: Dezember 2023)

Die Suche nach neuen Durchgangsplätzen wird fortgesetzt, wobei vor allem die Realisierung von provisorischen Plätzen geprüft wird. Bei einem möglichen Standort im Rheintal hat die Gemeinde ihre ursprüngliche Zusage zurückgezogen. Daneben fanden Gespräche mit der Armee statt, um potenzielle Standorte vertiefter zu betrachten. Weiter sind noch Abklärungen zu kantonseigenen Parzellen im Gang.

Landschaftsstrategie Kanton St. Gallen
(erwarteter Abschluss: Juni 2020)

Die zur Verfügung stehenden Ressourcen sind kritisch; die Kündigung der Projektleiterin verschärfte die Situation zusätzlich. Ausserdem musste die schwierige Zusammenarbeit mit dem externen Fachbüro beendet werden.

Gesamtüberarbeitung Richtplan, Teil Verkehr
(erwarteter Abschluss: Juni 2020)

Die Verzögerung ergab sich primär aufgrund fehlender personeller Ressourcen. So konnten wichtige Grundlagen (Teilstrategien Strassen- sowie Fuss- und Veloverkehr) nicht fristgerecht erarbeitet werden.

Aufweitung Alpenrhein «Maienfeld/Bad Ragaz»
(erwarteter Abschluss: August 2020)

Der Termin für die Ausarbeitung des Entwurfs des Auflageprojekts (November 2019) kann voraussichtlich eingehalten werden. Die weiteren Verfahrensschritte, d.h. Vorprüfungen, Einbezug der Bevölkerung usw., können aus heutiger Sicht zu einer Verzögerung von 6 bis 8 Monaten führen.

JURIS 5
(erwarteter Abschluss: offen)

Die Lieferantin hat Lieferschwierigkeiten. Meilensteine sind aufgrund der Koordination mit anderen Kantonen und der Komplexität des Projekts noch nicht definiert. Varianten zur beschleunigten Einführung von JURIS 5 werden derzeit erarbeitet.

Projekte aus Hochbautenprogramm in Verzug

Kant. Psych. Klinik Pfäfers:

Sanierung Klostergebäude

(Bau; erwarteter Abschluss: März 2019)

Personelle Engpässe zum Projektstart im Zusammenhang Übertrag Spitalimmobilien. Seit dem Neustart 2016 Projektverlauf nach Plan mit ausreichenden Ressourcen.

Erweiterung Kantonsschule Sargans

(Botschaft; erwarteter Abschluss: Dezember 2023)

Einsprachen verzögerten das Projekt. Der Entscheid zu einem Rekurs über einen Einspracheentscheid ist hängig.

Umbau und Erweiterung Landwirtschaftliches Zentrum Salez

(Bau; erwarteter Abschluss: April 2019)

Das Projekt wurde in Bezug auf die bauliche Umsetzung und den reduzierten Haustechnikstandard überarbeitet. Die Bauzeit hat sich verlängert.

Kant. Psych. Klinik Wil:

Teilsanierung Aufnahmegebäude A01

(Bau; Abschluss: Februar 2019)

Eine zeitlich ungünstige Projektänderung durch das Nutzerdepartement und ein Wasserschaden im Herbst 2018 führten zu einer Verzögerung.

Universität St. Gallen:

Instandsetzung Bibliotheksgebäude

(Bau; erwarteter Abschluss: Juni 2022)

Aufgrund unerwarteter personeller Engpässe konnte das Projekt nicht planmässig bearbeitet werden.

Universität St. Gallen:

Neubau Standort Platztor

(Botschaft; Abschluss: Juni 2018)

Verschiedene Abklärungen benötigten mehr Zeit als angenommen.

GBS St. Gallen:

Gesamterneuerung Standort Demutstrasse

(Botschaft; erwarteter Abschluss: Juni 2019)

Verschiedene Abklärungen benötigten mehr Zeit als angenommen.

Strafanstalt Saxerriet:

Wärmeverbund und energetische

Instandsetzung Werkstattgebäude

(Bau; erwarteter Abschluss: Juli 2022)

In der Planungsphase musste infolge Geschäftsaufgabe ein neues Ingenieurbüro gesucht werden.

Verwaltungszentrum West:

Neubau Einsatz- und Leitzentrale (NEZ)

(Projektskizze; erwarteter Abschluss: März 2021)

Die Meilensteine verschieben sich durch Änderungen bezüglich Projektvorgehen und Projektumfang. Der Nutzerbedarf ist neu zu prüfen und festzulegen. Die Bauvollendung bleibt im Fahrplan.

Neue Projekte

Im Jahr 2018 wurden folgende zehn (Vorjahr: 19) Regierungsprojekte neu ins Projektportfolio aufgenommen:

VD	Geldspielgesetzgebung
VD	Umsetzung Biodiversitätsstrategie
VD	Postulat 43.17.06 «Perspektiven der St.Galler Landwirtschaft»: Erarbeitung des Berichts
DI	Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik im Kanton St.Gallen – Zukunft Alter(n) im Kanton St.Gallen gestalten
FD	Vorprojekt «New Work»
BD	Initialisierung Umsetzung Revitalisierungsplanung
BD	Aufweitung Alpenrhein «Maienfeld/Bad Ragaz»
BD	Elektromobilität im Kanton St.Gallen
SJD	Massnahmen zur Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus
GD	Weiterentwicklung der Strategie der St.Galler Spitalverbunde: Leistungs- und Strukturentwicklung

Übersicht über die Gesetzesvorhaben

Die Übersicht über die Gesetzesvorhaben weist jene Gesetze aus, die von den Departementen sowie der Staatskanzlei im Berichtsjahr bearbeitet wurden oder seit 2018 angewendet werden. Sie wird ergänzt mit geplanten Gesetzesvorhaben und soll einen Überblick über die Gesetzgebungsaktivität der Staatsverwaltung schaffen. Die Übersicht gibt Auskunft über den Beratungszeitpunkt der Gesetze durch den Kantonsrat, den Vollzugsbeginn sowie die in der Bearbeitung der Gesetzesvorhaben federführenden und mitwirkenden Departemente.

Vollzugsbeginn

Für den Kantonsrat und die Öffentlichkeit ist von Interesse, wie viele bzw. welche Gesetze seit dem Jahr 2018 in Vollzug sind. Insgesamt werden seit dem Jahr 2018 13 (Vorjahr: 12) neue Gesetze angewendet. Seit Januar 2019 sind weitere 14 Gesetzesvorhaben in Vollzug. Eine Übersicht gibt Tabelle 3.

Tabelle 3: Übersicht über die Anzahl neu angewendeter Gesetze

Federführung	seit 2018 in Vollzug	seit Jan. 2019 in Vollzug	rechtsgültig, noch nicht in Vollzug
Staatskanzlei	0	3	1
Volkswirtschaftsdepartement	0	0	0
Departement des Innern	5	4	0
Bildungsdepartement	3	1	3
Finanzdepartement	0	3	0
Baudepartement	0	0	1
Sicherheits- und Justizdepartement	4	2	1
Gesundheitsdepartement	1	1	0
Total Gesetzesvorhaben	13	14	6

Folgende 13 Gesetze weisen einen Vollzugsbeginn im Jahr 2018 auf:

DI	Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen (Gesamtrevision) (sGS 371.1)
DI	Kulturförderungsgesetz (Regelung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden in der Kulturförderung, Abstützung der regionalen Förderorganisationen sowie Festlegung der Eckpunkte der Förderung) (sGS 275.1)
DI	Kulturerbe-gesetz (Aufgabenteilung Kanton und Gemeinden in der Denkmalpflege) (sGS 277.1)
DI	IV. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Revision persönliche Sozialhilfe) (sGS 381.1)
DI	Nachtrag zum Gesetz über das St.Galler Bürgerrecht (Anpassung an Bundesrecht) (sGS 121.1)

BLD	XVII. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Musikalische Bildung) (<i>sGS 213.1</i>)
BLD	XIX. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Bekleidungsvorschriften in der Volksschule) (<i>sGS 213.1</i>)
BLD	VI. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung (Berufsvorbereitungsjahr als Vollzeitangebot) (<i>sGS 231.1</i>)
SJD	Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (Anpassung an Bundesrecht und Umsetzung revidiertes bundesrechtliches Sanktionenrecht) (<i>sGS 962.1</i>)
SJD	Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (Anpassung an Bundesrecht) (<i>sGS 961.2</i>)
SJD	VI. Nachtrag zum Gerichtsgesetz (Interessenbindung von Richtern und Staatsanwälten) (<i>sGS 941.1</i>)
SJD	VIII. Nachtrag zum Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben (Befreiung Raupenfahrzeuge im Pistendienst von Strassenverkehrssteuern) (<i>sGS 711.70</i>)
GD	XIII. Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Regelung Ersatzabgabe ärztlicher Notfalldienst) (<i>sGS 311.1</i>)

Im Januar 2019 wurden folgende 14 Gesetze in Vollzug gesetzt:

SK	Gesetz über Wahlen und Abstimmungen (Modernisierung und Nachführung des Wahl- und Abstimmungsrechts) (<i>sGS 125.3</i>)
SK	XI. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Berichterstattung zwischenstaatliche Vereinbarungen) (<i>sGS 140.1</i>)
SK	XII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Einführung Regulierungscontrolling) (<i>sGS 140.1</i>)
DI	Nachtrag zum Gemeindegesetz (Einführung Rechnungsmodell St.Galler Gemeinden) (<i>sGS 151.2</i>)
DI	V. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Revision stationäre Sozialhilfe) (<i>sGS 381.1</i>)
DI	II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Massnahmen Wirkungsbericht) (<i>sGS 912.5</i>)
DI	Gesetz über die öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften (Anpassung an Kantonsverfassung) (<i>sGS 171.0</i>)

BLD	VI. Nachtrag zum Gesetz über die Universität St.Gallen (Angebotserweiterung um den Joint Medical Master) (<i>sGS 217.11</i>)
FD	Gesetz über E-Government (Gesetzliche Rahmenbedingungen E-Government) (<i>sGS 142.3</i>)
FD	XIII. Nachtrag zum Steuergesetz (Anpassung Pauschalabzug Krankenkassenprämien) (<i>sGS 811.1</i>)
FD	XIV. Nachtrag zum Steuergesetz (Anpassungen aufgrund bundesrechtlicher Vorgaben sowie weitere Änderungen) (<i>sGS 811.1</i>)
SJD	II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz (Kantonalisierung des Zivilschutzes) (<i>sGS 413.1</i>)
SJD	Revision des Übertretungsstrafgesetzes (III. Nachtrag, Vermummungsverbot) (<i>sGS 921.1</i>)
GD	XIV. Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Schaffung gesetzliche Grundlage Palliative Care) (<i>sGS 311.1</i>)

Im Jahr 2019 in Vollzug gesetzt wurde folgender Beschluss:

BLD	Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit für eine IT-Bildungsoffensive*
-----	---

Folgende sechs Gesetze sind rechtsgültig, werden aber noch nicht angewendet:

SK	Publikationsgesetz (Rechtsverbindliche Publikation von Gesetzessammlung und Amtsblatt)
BLD	XX. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Reform der Oberstufe) (<i>sGS 213.1</i>)
BLD	XXI. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Anpassung gesetzliche Bestimmungen über den Erziehungsrat) (<i>sGS 213.1</i>)
BLD	V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung (Neuordnung der Behörden- und Aufsichtsstruktur bei den Berufsfachschulen) (<i>sGS 231.1</i>)
BD	Geoinformationsgesetz (Kantonale Anschlussgesetzgebung zum eidgenössischen Geoinformationsgesetz)
SJD	Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt des Kantons St.Gallen zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen und IX. Nachtrag zum Polizeigesetz (Harmonisierung Voraussetzungen zur Erteilung von Betriebsbewilligungen an private Sicherheitsunternehmen)

* Dieser Erlass wird ab Rechtsgültigkeit angewendet. Volksabstimmung vom 10. Februar 2019.

Projektportfolio

Im Projektportfolio der Regierung werden die im Jahr 2018 laufenden oder fertiggestellten Projekte aufgeführt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass alle Projekte im Blickfeld bleiben. Ersichtlich sind die Dauer und die in den einzelnen Projekten federführenden und mitwirkenden Departemente. Die Übersicht liefert zudem Anhaltspunkte zum Umfang eines Projekts, indem die veranschlagten Ressourcen in Personentagen wiedergegeben sind. Durch ein Ampel-Prinzip wird schliesslich die Zielerreichung bezüglich Termine, Kosten und Qualität signalisiert.

Departemente/Projekte	Start	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Mitwirkend
Staatskanzlei													
Umsetzung GEVER-Strategie 2015–2024	2017								gross	●	●	●	alle Dep.
Ablösung des Ratsinformationssystems (RIS)	2017								mittel	●	●	●	alle Dep.
Einführung eines Vorlagenmanagement-Systems	2017								mittel	●	●	●	alle Dep.
Totalrevision des Gesetzes über die Urnenabstimmungen (UAG)	2017								mittel	●	●	●	–
Erneuerung sg.ch	2017								gross	●	●	●	alle Dep.
Volkswirtschaftsdepartement													
Durchmesserlinie Appenzeller Bahnen	2005								gross	●	●	●	BD, FD, Stadt SG, Kantone AI, AR, AB, Bund (BAV, ARE)
Optimierung der Tourismusstrukturen	2016								gross	●	●	●	Tourismusorganisationen
6. öV-Programm	2017								mittel	●	●	●	BD
Vorprojekt Geldspielgesetzgebung	2017								mittel	●	●	●	DI, GD
Umsetzung Biodiversitätsstrategie								2025	mittel	●	●	●	BD
Geldspielgesetzgebung									mittel	●	●	●	GD, Stadt SG, VSGP
Postulat 43.17.06 «Perspektiven der St. Galler Landwirtschaft»: Erarbeitung des Berichts									mittel	●	●	●	BLD, BD, GD, VSGP, Externe
Departement des Innern													
Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden	2013								gross	●	●	●	Gemeinden
Revision Sozialhilfegesetz (2. Paket)	2016								gross	●	●	●	VSGP
Zusammenschluss, Errichtung und Führung einer gemeinsamen Kantons- und Stadtbibliothek	2016								gross	●	●	●	BD, BLD, Stadtpräsident, Stadtrat Schule & Sport
Regioverbund St. Gallen	2017								gross	●	●	●	Kantonale Bibliotheks-kommission, BLD
Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik im Kanton St. Gallen – Zukunft Alter(n) im Kanton St. Gallen gestalten									gross	●	●	●	GD, VSGP
Bildungsdepartement													
Neustrukturierung und Neuorganisation der Fachhochschulen im Kanton St. Gallen	2015								gross	●	●	●	FD, BD, Mitträger TG, AR, AI, SZ, GL, GR, FL, SH
IT-Bildungsoffensive – Finanzierung und Massnahmen	2016								mittel	●	●	●	VD, FD, Externer
Joint Medical Master St. Gallen	2016								gross	●	●	●	FD, GD, HSG, KSSG

(geplante) Projektdauer
 Projektverlängerung
 Projekt vorzeitig beendet

4. Quartal
 3. Quartal
 2. Quartal
 1. Quartal

Definition Ressourcen
Personentage (PT)
Gesamtprojekt:
klein: 1–24 PT
mittel: 25–100 PT
gross: >100 PT

auf Kurs
 zusätzliche Anstrengung nötig
 Ziel verfehlt

Departemente/Projekte	Start	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Mitwirkend
Finanzdepartement													
Ablösung Telefonie	2015								gross	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
Entwicklung Lohnwesen in der kantonalen Verwaltung; Teilprojekt 2: «Einstufung und Lohnentwicklung»	2016								gross	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
eDossier (elektronische Personalakte)	2016								gross	●	●	●	BLD, BD, SJD, Personalamt, FD-DIP, CC SAP HR, Staatsarchiv
Umsetzung der IT-Strategie 2016+	2017								gross	●	●	●	–
Umsetzungsagenda Finanzperspektiven	2017								gross	●	●	●	–
Vorprojekt «New Work»									mittel	●	●	●	BD
Baudepartement													
Durchgangsplätze für Fahrende (DGP)	2004								mittel	●	●	●	Standortgemeinden
Geodateninfrastruktur Kanton St. Gallen und St. Galler Gemeinden (GDI-SG)	2017								gross	●	●	●	VD, DI, FD, VS GP, IG GIS AG
Einführung Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)	2015								gross	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK, swisstopo, Gemeinden
Erarbeitung 17. Strassenbauprogramm	2017								gross	●	●	●	–
VI. Nachtrag zum Energiegesetz	2017								gross	●	●	●	–
Landschaftsstrategie Kanton St. Gallen	2017								gross	●	●	●	–
Abfallplanung Kanton St. Gallen	2017								gross	●	●	●	–
Gesamtüberarbeitung Richtplan, Teil Verkehr	2017								gross	●	●	●	–
Flächenoptimierung in der Staatsverwaltung Kanton St. Gallen	2017								mittel	●	●	●	VD, BLD, FD, GD
Initialisierung Umsetzung Revitalisierungsplanung									gross	●	●	●	–
Aufweitung Alpenrhein «Maienfeld/Bad Ragaz»									gross	●	●	●	–
Elektromobilität im Kanton St. Gallen									mittel	●	●	●	–
Sicherheits- und Justizdepartement													
KAPOgoesMOBILE: mobile Endgeräte für Polizistinnen und Polizisten	2014								mittel	●	●	●	FD
Gefährdungs- und Risikoanalyse Kanton St. Gallen Phase II	2017								mittel	●	●	●	SK, VD, DI, FD, BD, GD
Häusliche Gewalt – und die Kinder mittendrin!	2017								gross	●	●	●	DI, BLD, GD, KESB, VS GP, Gerichte
JURIS 5									gross	●	●	●	DI, Gerichte
Massnahmen zur Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus									mittel	●	●	●	DI, BLD, GD, SPD
Gesundheitsdepartement													
Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde: Leistungs- und Strukturentwicklung									gross	●	●	●	–

■ (geplante) Projektdauer
■ Projektverlängerung
■ Projekt vorzeitig beendet

4. Quartal
3. Quartal
2. Quartal
1. Quartal

Definition Ressourcen

Personentage (PT)
Gesamtprojekt:
klein: 1 – 24 PT
mittel: 25 – 100 PT
gross: >100 PT

● auf Kurs
● zusätzliche Anstrengung nötig
● Ziel verfehlt

AB Appenzeller Bahnen
AI Appenzell Innerrhoden
AR Appenzell Auser rhoden
ARE Bundesamt für Raumentwicklung
BAV Bundesamt für Verkehr
BD Baudepartement
BLD Bildungsdepartement
Dep. Departemente
DI Departement des Innern
FD Finanzdepartement

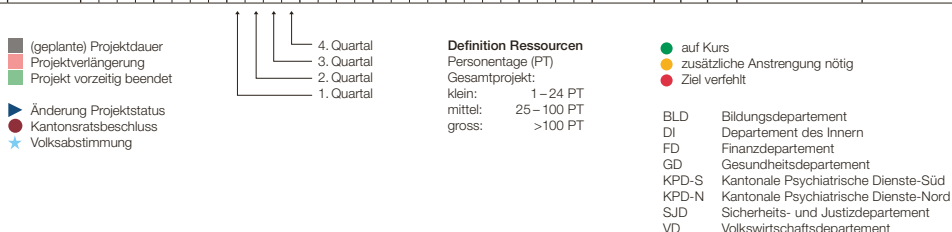
FD-DIP Dienst für Informatikplanung
FL Fürstentum Liechtenstein
GD Gesundheitsdepartement
GL Glarus
GR Graubünden
HSG Universität St. Gallen
IG GIS Interessengemeinschaft Geografisches Informationssystem
KESB Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
KSSG Kantonsspital St. Gallen

Ress. Ressourcen
SG St. Gallen
SH Schaffhausen
SJD Sicherheits- und Justizdepartement
SK Staatskanzlei
SZ Schwyz
TG Thurgau
VD Volkswirtschaftsdepartement
VSGP Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten

Projektportfolio Hochbauprojekte

Im Projektportfolio Hochbauprojekte werden alle Projekte aus dem Hochbautenprogramm gesondert dargestellt. Die Hochbauprojekte haben normalerweise einen längeren Zeithorizont und durchlaufen gemäss dem Immobilienmanagement verschiedene Projektphasen, in denen sich aufgrund eines detaillierteren Bearbeitungsstands auch die Grundlagen immer wieder ändern. Jede Änderung des Projektstatus wird durch einen Regierungsbeschluss bestätigt.

Departemente/Projekte	Start	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Projektphase	Mitwirkend
Baudepartement														
H060, Kant. Psych. Klinik Pfäfers: Sanierung Klostergebäude	2008								gross	●	●	●	Bau	GD, KPD-S
H056, Erweiterung Kantonsschule Sargans	2008								gross	●	●	●	Botschaft	BLD, FD
H073, Umbau und Erweiterung Landwirtschaftliches Zentrum Salez	2009								mittel	●	●	●	Bau	VD
H064, Kant. Psych. Klinik Wil: Teilsanierung Aufnahmegebäude A01	2010								gross	●	●	●	Bau	GD, KPD-N
H062, Regionalgefängnis Altstätten: Erweiterung	2013		★						gross	●	●	●	Botschaft	FD, SJD
H121, Polizeiposten Wil: Erwerb und Neubau	2012								mittel	●	●	●	Bau	SJD
H113, Theater St. Gallen: Umbau und Sanierung	2012	★							mittel	●	●	●	Botschaft	DI
H159, Universität St. Gallen: Instandsetzung Bibliotheksgebäude	2012	●	●						gross	●	●	●	Bau	BLD
H083, Universität St. Gallen: Neubau Standort Platztor	2012	●	●	●	★				gross	●	●	●	Botschaft	BLD
H093, GBS St. Gallen: Gesamterneuerung Standort Demutstrasse	2012	●	●	●	●	★			gross	●	●	●	Botschaft	BLD
H133, Strafanstalt Saxerriet: Neubau Unterhaltszentrum	2014								mittel	●	●	●	Botschaft	SJD
H155, KPD Wil: Errichtung Forensik-Station	2016	●	●						klein	●	●	●	Botschaft	GD, SJD
H160, KPDSN Wil: Erneuerung Unterstationen und Werkleitungen auf dem Areal Psychiatrische Klinik Wil	2017	●							mittel	●	●	●	Bau	GD
H162, Strafanstalt Saxerriet: Wärmeverbund und energetische Instandsetzung Werkstattgebäude	2017	●							mittel	●	●	●	Bau	SJD
H071, Klanghaus Toggenburg, Neubau	2016	●	●	●	★				mittel	●	●	●	Botschaft	DI
H158, BZB Buchs: Instandsetzung Gebäudehülle und Aussensport		●	●						gross	●	●	●	Projektdefinition	BLD
H072, Campus Wattwil – Ersatzneubau Kantonsschule Wattwil	2015	●	●	●	★				gross	●	●	●	Botschaft	BLD
H079, Erweiterung Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg	2015	●	●	●	★				gross	●	●	●	Botschaft	BLD
H123, Verwaltungszentrum West, Neubau Einsatz- und Leitzentrale (NEZ)	2017								gross	●	●	●	Projektskizze	SJD



Gesetzesvorhaben

Die Übersicht über die Gesetzesvorhaben weist jene Gesetze aus, die von den Departementen sowie der Staatskanzlei im Berichtsjahr bearbeitet wurden oder seit 2018 angewendet werden. Ersichtlich sind der Beratungszeitpunkt der Gesetze durch den Kantonsrat, der (mutmassliche) Vollzugsbeginn, der Termin einer allfälligen Volksabstimmung sowie die in Bearbeitung der Gesetzesvorhaben federführenden und mitwirkenden Departemente.

Departemente/Gesetzesvorhaben	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Mitwirkend
Staatskanzlei							
Einführung von E-Collecting im Kanton St. Gallen (Motion 42.18.14)			offen				–
Gesetz über Referendum und Initiative (Motion 42.18.10 Verbindlichere Fristen bei Referenden und Initiativen)			offen				–
Nachtrag Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.18.07 Einbezug des Kantonsrates beim Verordnungsrecht)			offen				–
Publikationsgesetz							–
Gesetz über Wahlen und Abstimmungen							–
XI. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.15.04 Berichterstattung über zwischenstaatliche Vereinbarungen)							–
XII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.16.05 Einführung eines Regulierungscontrollings)							–
Volkswirtschaftsdepartement							
Kantonale Geldspielgesetzgebung							GD
Departement des Innern							
Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen							FD, SVA
Nachtrag zum Gemeindegesetz							FD, VSGP, VSGOG, SGV, VSGF
Kulturförderungsgesetz							FD, BD, VSGP
Kulturerbe-gesetz							FD, BLD, VSGP
IV. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz							VSGP
V. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz							VSGP
II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht							KESB, VSGP
Nachtrag zum Gesetz über das St. Galler Bürgerrecht							–
Gesetz über die öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften							öffentlich-rechtlich anerkannte Religionsgemeinschaften
Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen							–
Gesetzesvorlage zum betreuten Wohnen							–
IV. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz/Wirksamkeitsbericht 2020							FD, VSGP
Bildungsdepartement							
Gesamtrevision Gesetz über die Universität St. Gallen			offen				–
XVII. Nachtrag zum Volksschulgesetz							SK, FD
XIX. Nachtrag zum Volksschulgesetz							SK, DI, SJD
XX. Nachtrag zum Volksschulgesetz							SK, FD
XXI. Nachtrag zum Volksschulgesetz							SK, FD
V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung							SK, VD, FD
VI. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung							SK, VD, FD
VI. Nachtrag zum Gesetz über die Universität St. Gallen							SK, FD, GD, HSG, KSSG

Februarsession

Aprilsession

Junisession

Septembersession

Novembersession

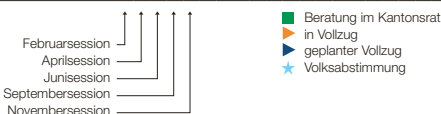
Beratung im Kantonsrat

in Vollzug

geplanter Vollzug

Volksabstimmung

Departemente/Gesetzesvorhaben	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Mitwirkend
Bildungsdepartement (Fortsetzung)							
Gesetzgeberische Vorlage zur Neustrukturierung der Trägerschaft der Fachhochschulen im Kanton St. Gallen					■	★	SK, FD, BD, Mitträger TG, AR, AI, SZ, GL, SH sowie FL
Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit für eine IT-Bildungsoffensive			■	■			SK, VD, FD
Finanzdepartement							
Gesetz über E-Government			■	■			E-Government-Kooperationsgremium
XIII. Nachtrag zum Steuergesetz			■	■			–
XIV. Nachtrag zum Steuergesetz			■	■			–
XV. Nachtrag zum Steuergesetz			■	■	■		–
XVI. Nachtrag zum Steuergesetz			■	■	■		–
XVII. Nachtrag zum Steuergesetz			■	■	■		–
Baudepartement							
Spezialfinanzierung Strassenfonds				offen			–
Nachtrag zum Planungs- und Baugesetz				■	■	■	SK, VSGP
Kantonale Anschlussgesetzgebung zum eidgenössischen Geoinformationsgesetz			■	■			SK
VI. Nachtrag zum Energiegesetz				■	■		SK, VD, FD
Teilrevision Wasserbaugesetz					■	■	SK, VD, FD, GVA
Sicherheits- und Justizdepartement							
Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben (Motion 42.18.17 Vergünstigungen von emissionsarmen Fahrzeugen)				offen			BD
Beitritt Konkordat private Sicherheitsdienstleistungen und IX. Nachtrag zum Polizeigesetz				offen			–
XIII. Nachtrag zum Polizeigesetz				■	■		DI, BLD
II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz	■			■			FD, GD
Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung		■	■	■			Kantonsgericht, Kreisgerichte, Staatsanwaltschaft
Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung		■	■	■			Kantonsgericht, Kreisgerichte, Staatsanwaltschaft
VI. Nachtrag zum Gerichtsgesetz		■	■	■			Kantonsgericht, Verwaltungsgericht, Staatsanwaltschaft
Revision des Gesetzes über den Feuerschutz		■	■	■	■		GVA
Revision des Übertretungsstrafgesetzes (Motion 42.13.20 Vermummungsverbot)		■	■	■	■		DI, BLD
VIII. Nachtrag zum Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben		■	■	■			FD
Nachtrag zum Datenschutzgesetz				■	■		SK, FD
Gesundheitsdepartement							
Hundegesetz Kanton St. Gallen / Revision				■	■		–
XIII. Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Regelung Ersatzabgabe ärztlicher Notfalldienst)		■	■	■			–
XIV. Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Schaffung gesetzliche Grundlage Palliative Care)			■	■			–
II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur eidgenössischen Lebensmittelgesetzgebung; Nachtrag zum Einführungsgesetz zur eidgenössischen Chemikaliengesetzgebung; VI. Nachtrag zum Veterinärsgesetz (Anpassung der kantonalen Ausführungsbestimmungen an das totalrevidierte eidgenössische Lebensmittelgesetz)					■		–



AI	Appenzel Innerrhoden	GD	Gesundheitsdepartement	SGV	Schweizerischer Gemeindeverband	VD	Volkswirtschaftsdepartement
AR	Appenzel Auser Rhoden	GL	Glarus	SH	Schaffhausen	VSGF	Verein St. Gallischer Finanzverwaltungen
BD	Baudepartement	GVA	Gebäudeversicherungsanstalt des Kantons St. Gallen	SJD	Sicherheits- und Justizdepartement	VSGOG	Verband St. Gallischer Ortsgemeinden
BLD	Bildungsdepartement			SK	Staatskanzlei	VSGP	Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten
DI	Departement des Innern	HSG	Universität St. Gallen	SVA	Sozialversicherungsanstalt		
FD	Finanzdepartement	KSSG	Kantonsspital St. Gallen	SZ	Schwyz		
FL	Fürstentum Liechtenstein	KESB	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	TG	Thurgau		

Antrag

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, vom Geschäftsbericht der Regierung über das Jahr 2018 Kenntnis zu nehmen.

St. Gallen, 26. März 2019

Im Namen der Regierung,
Der Präsident:

Stefan Kölliker

Der Staatssekretär:

Canisius Braun

**Regierung des
Kantons St.Gallen**



Regierungsgebäude
9001 St. Gallen

Telefon 058 229 32 60

info.sk@sg.ch
www.sg.ch